Nr. 183 August 1992 DM 6,00 M 3477 F

informationszentrum dritte welt



Nationalismus II

außerdem:

Algerien: Machterhalt um jeden Preis
Thailand: Kampf um Demokratie
Israel: Hoffnung nach den Wahlen?

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr
NEU: Fax: 0761/709866

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Konrad Fisch, Uwe Göde, Stephan Günther, Daniela Heuberger, Hilmar Höhn, Uwe Jungfer, Sebastian Kasack, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Frank Krämer, Georg Lutz, Mechtild Maurer, Christian Neven-du Mont, Christel Opeker, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiner, Jörg Späte, Ulrike Steckkönig, Frank Sträter, Sigrid Weber, Regine Wlassitschau, Udo Wolter.

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
prolit verlagsauslieferung gmbh, Siemensstraße 16, Postfach 9, 6301 Fernwald (Annerod)
Telefon: (06 41) 4 30 71

Redaktionsschluß für Nr. 184:
24.8.1992

Anzeigenschluß für Nr. 184:
(Druckfertige Vorlagen) 31.8.1992

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).

Titelbild:
Festumzug zum 10. Jahrestag der Demokratischen Arabischen Republik Sahara - DARS.
Foto: Christine de Grancy.

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt Nr. 184
Mittelamerika

In diesem Themenschwerpunkt geht es um die Perspektiven Mittelamerikas und den Transformationsprozeß der nationalen Befreiungsbewegungen. Werden FSLN und FMLN zu sozialdemokratischen Modernisierern? Verabschiedet sich die Solidaritätsbewegung? Welche Perspektiven haben unter den Bedingungen formaler Demokratie und fortschreitender Verelendung die neuen sozialen Bewegungen? In diesem Heft soll auch die Diskussion um den Nationalismus anhand lateinamerikanischer Beispiele fortgesetzt werden: Venezuela, Bolivien, Miskitos in Nicaragua. Manuskripte und Anregungen bitte bis Mitte August an

Redaktion 'blätter des iz3w'
Postfach 5328
7800 Freiburg

Änderungen, aber keine Wende

Begrenzte Hoffnungen für die Palästinenser

Mit seltener Offenheit hat der abgewählte israelische Ministerpräsident Yitzhak Schamir wenige Tage nach der verlorenen Wahl erklärt, daß es seine politische Absicht gewesen sei, die Verhandlungen über eine palästinensische Autonomie im Rahmen der Friedensverhandlungen über zehn Jahre hinzuziehen. Daß dieses "Geständnis" auch die israelischen Wähler nicht überrascht hat, beweist das Wahlergebnis, denn eine schnelle Regelung der palästinensischen Selbstverwaltung in den besetzten Gebieten steht auf der politischen Prioritätenliste des neuen Ministerpräsidenten Rabin ganz oben. Doch dies bedeutet nicht eine Realisierung des palästinensischen Rechts auf Selbstbestimmung, keinen israelischen Rückzug aus den besetzten Gebieten und keinen palästinensischen Staat. Auch der alten Schamir-Politik des forcierten Aus- und Neubaus der jüdischen Siedlungen auf der Westbank und im Gaza-Streifen setzte Rabin nicht etwa die Forderung nach einem völligen Siedlungsstopp entgegen, sondern lediglich den Verzicht auf "politische Siedlungen", die "strategischen Siedlungen" im Jordan-Tal und den Anhöhen der judäischen Berge sollen durchaus weiter ausgebaut werden.



Anhänger der Arbeitspartei feiern das Wahlergebnis

Rabin hofft durch diesen Teilverzicht den amerikanischen Präsidenten zu bewegen, grünes Licht für die bislang verweigerte Bürgschaft über 10 Milliarden Dollar für die Integration der russischen Einwanderer zu geben. Zumindest eine Teilsumme von 2 Milliarden Dollar für 1992 würde gewiß auch George Bush im US-Wahlkampf helfen, die bitter benötigten Stimmen jüdischer Wähler für die Wiederwahl zu gewinnen. So das Kalkül des frisch gebackenen Ministerpräsidenten, aber abzuwarten bleibt, ob Rabin nicht doch noch gezwungen wird, unter amerikanischem und arabischem Druck einem Siedlungsstopp ohne wenn und aber zuzustimmen.

Neben der Beschleunigung des Friedensprozesses, der Verbesserung der durch die Schamir-Politik arg strapazierten Beziehungen zu den USA und dem Einfrieren der "politischen Siedlungen" stehen zwei innenpolitische Probleme im Vordergrund des angekündigten Regierungsprogramms: Eine Belebung der rezessionsgeschüttelten israelischen Wirtschaft, um die nicht zuletzt durch die massive Einwanderung von ca. 350.000 russischen Juden während der letzten zwei Jahre entstandenen Probleme auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt angehen zu können, und eine Wahlreform (Direktwahl des Ministerpräsidenten, Einführung eines gemischten Wahlrechts aus Verhältnis- und Mehrheitswahl der Abgeordneten in der israelischen Knesset).

Fortschritte im Friedensprozeß sind aber die Voraussetzung für eine nachhaltige Veränderung im Wirtschaftsbereich. Die Integration der russischen Einwanderer kann nur gelingen, wenn durch die Gewährung der amerikanischen Bürgschaften auch ausländisches Kapital für Investitionen mobilisiert werden kann. Die Arbeitslosigkeit hat mit fast 12% einen Höchststand in Israel erreicht. Aber auch Investitionen in den besetzten Gebieten - vor allem dem Gaza-Streifen - sind erwünscht, um durch eine Konsolidierung der katastrophalen wirtschaftlichen Situation dort sozialen und auch politischen Sprengstoff zu entschärfen. Kompromißbereitschaft im Friedensprozeß soll auch europäisches und japanisches Kapital nach Israel locken und die EG motivieren; Israel stärker als bisher präferentielle Beziehungen zum europäischen Binnenmarkt einzuräumen. Mit einer deutlichen Abwertung des israelischen Schekel - man spricht von 30% - könnte ein Zeichen gesetzt werden. Eine radikale Kürzung der bislang aus rein politischen Gründen in die besetzten Gebiete gepumpten Gelder für den Ausbau der Siedlungen und der Infrastruktur könnten Mittel für dringend benötigte öffentliche Investitionen in Israel freisetzen. Auch eine Streichung der vielfachen Steuervorteile für jüdische Siedler in den besetzten Gebieten ist vorgesehen.

Die bisherige Politik der Schamir-Regierung, die nur widerwillig und mit mehr oder weniger deutlichen Sabotageabsichten am nahöstlichen Verhandlungsprozeß teilnahm, hat Israel politisch in die Isolation und wirtschaftlich an den Rand des Abgrunds geführt. Rabin hat sich vorgenommen, Israel aus dieser Sackgasse herauszuführen. "Sicherheit und Frieden" lautete der Wahlslogan seiner Arbeitspartei. Für Rabin bedeutet das: Sicherheit soviel wie möglich, Frieden soweit wie nötig.

Aber zur Realisierung seiner pragmatischen Vorstellungen braucht er Koalitionspartner. Die Bildung einer Koalitionsregierung in Israel ist immer ein schwieriges Geschäft und unterliegt eigenen Gesetzmäßigkeiten, die sich dem ausländischen Beobachter oft nur schwer erschließen. 30 Parteien und Listen bewarben sich um den Einzug in das israelische Parlament, die Knesset. 10 schafften es, d.h. aufgrund der Erhöhung der Sperrklausel von 1% auf 1,5% immerhin 5 weniger als bei den letzten Wahlen 1988; allerdings kam es zu dieser Reduzierung teilweise nur, weil sich kleine Parteien zu Listen zusammengeschlossen hatten. (In Israel sind Parteiabspaltungen, Neugründungen und wechselnde Listenverbindungen nichts Außergewöhnliches.)

Bei den Wahlen blieb zum einen **Techiya** auf der Strecke (bislang 3 Knesset-Sitze), eine der rechtsradikalen Parteien unter der Führung der ehemaligen Abgeordneten Geula Cohen. Interne Auseinandersetzungen haben dieser ehemaligen Regierungspartei Stimmen besonders unter den radikalen jüdischen Siedlern in den besetzten Gebieten gekostet. Dies führte aber nicht zu einer Schwächung der rechtsradikalen Parteien insgesamt, da **Moledet**, eine chauvinistisch bis rassistische Partei, die den "Transfer", d.h. eine "freiwillige Vertreibung" der Palästinenser aus den besetzten Gebieten propagiert, ihre Anzahl der Sitze von 2 auf 3 erhöhte, und vor allem **Zomet**, die Partei des nationalistischen, stramm rechten ehemaligen Generalstabschefs Rafael Eitan einen sensationellen Wahlsieg verbuchen konnte: Sie vervierfachte ihre Abgeordnetenzahl von 2 auf 8 Parlamentarier. Zurückzuführen ist dieser Wahlerfolg auf einen explizit antireligiös ausgerichteten Wahlkampf - ein neues Phänomen unter Israels rechten Splitterparteien - und die Präsentation des rechten Generals als "Saubermann" der Nation. Die Parteien am rechten Rand des israelischen Parteienspektrums verfügen somit über 11 (statt bisher 7) Sitze, zusammen mit dem **Likud-Block**, der nach einem Verlust von 8 Sitzen von 40 auf 32 Abgeordnete reduziert wurde, über 43 Sitze (gegenüber bislang 47).

Das orthodox-religiöse Lager mit nunmehr 16 Abgeordneten verlor insgesamt 2 Sitze. Vor allem Korruptionsaffären, interne Rivalitäten und der exzessive Griff in die leeren Staatskassen für die Unterstützung religiöser Institutionen werden für diese Verluste verantwortlich gemacht. Insgesamt haben aber die rechtsradikalen und orthodox-religiösen Parteien, die in der vergangenen Legislaturperiode als Mehrheitsbeschaffer für den dominierenden rechten Likud-Block in der Koalitionsregierung dienten, zusammen von bislang 25 auf nunmehr 27 Sitze einen Zuwachs zu verzeichnen, d.h. der unter den rechtsradikalen Wählern schon als zu kompromißlerisch eingestufte Schamir verlor auf dem hart umkämpften 'Wahlkampfschlachtfeld" der nationalistischen Parteien der "Hardliner" gegenüber den Palästinensern wichtige Prozentpunkte an die rechtsradikalen Parteien.

Mit einem stark personalisierten Wahlkampf ist aber auch die Strategie des Yitzhak Rabin aufgegangen, ehemalige Wähler des Likud-Blocks zurückzugewinnen: Er präsentierte sich als pragmatischer Staatsmann, als Garant für die militärische Sicherheit Israels als ehemaliger Generalstabschef während des Juni-Krieges 1967 und ehemaliger Verteidigungsminister, zuständig für das harte Vorgehen der Besatzungstruppen während des Beginns der Intifada ("Wir werden ihnen die Knochen brechen!"), als Mann des Friedens, der sich für vernünftige Regelungen mit den Palästinensern einsetzt, ohne Israel in allzu große Risiken zu stürzen, und als weltgewandter Diplomat, der als ehemaliger Botschafter Israels in Washington am besten geeignet ist, die gestörten Beziehungen zum amerikanischen Verbündeten wieder in Ordnung zu bringen.

Hinter Rabin, der innerhalb seiner **Arbeitspartei** durchaus als "Falke" gilt, hatte die Parteibasis in innerparteilichen Vorwahlen eine Liste zusammengestellt, die gerade jungen, den "Tauben" zugerechneten Kandidaten aussichtsreiche Plätze bot. Mit der Abwahl des ehemaligen Spitzenkandidaten Schimon Peres verlor die Partei den "ewigen Verlierer" an der Spitze, und durch die stark verjüngte Liste gelang es der Arbeitspartei, das Image einer von Rivalitätskämpfen zerrissenen und von einer überalterten Funktionärsclique dominierten, reformunfähigen Honoratiorenpartei zu zerstören. Fünf weitere Knessetsitze (44 statt bisher 39) waren der Lohn für eine geschickt geführte Wahlkampagne, ein im empfindlichen Gefüge des israelischen Parteiensystems deutlicher Gewinn, wenn auch kein Erdrutsch.

Diese Imageverbesserung hat schließlich größere Gewinne der "Linken" verhindert. (In Israel ist "links", wer sich für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser einsetzt, unabhängig von seinen sonstigen gesellschaftspolitischen Vorstellungen). **Meretz**, ein Zusammenschluß der links-liberalen Bürgerrechtsbewegung **Ratz** (zumeist ehemalige Abgeordnete der Arbeitspartei), die sich den Friedenskräften in Israel besonders nahe fühlt, der links-sozialdemokratischen **Mapam** und der bürgerlich-liberalen **Schinui**-Partei, entsendet nun 12 statt bisher 10 Abgeordnete in die Knesset. Von den erhofften 15 Sitzen blieb man doch weit entfernt, weil es nicht - wie anfangs intendiert - möglich war, sich neben der verjüngten Liste der Arbeitspartei als einzige "Partei des Friedens" darzustellen, die allein in einer Koalition mit Rabin diesen zu Zugeständnissen gegenüber den Palästinensern zwingen könnte. Dennoch hat das Wahlergebnis Meretz als unverzichtbaren Bestandteil einer neuen Koalition gestärkt.

Die kleineren Gruppierungen am linken Rand des Parteienspektrums, die früher als gemeinsame jüdisch-arabische Listen angetreten waren, fristen weiterhin ein marginales Dasein: Die von der Kommunistischen Partei dominierte Liste **Chadasch** mußte nach den heftigen Reformauseinandersetzungen im Gefolge des Zusammenbruchs des realexistierenden Sozialismus den weiteren Verlust von einem Abgeordneten hinnehmen (jetzt drei Abgeordnete). Diese nicht-zionistische Liste rekrutierte ihre Wählerschaft schon immer vorwiegend aus der in Israel lebenden palästinensischen Minderheit, zum ersten Mal standen in diesem Wahlkampf aber auch nach heftigen internen Kämpfen zwei Vertreter dieser Minderheit auf den ersten Listenplätzen. Die vor acht Jahren zum ersten Mal als jüdisch-arabische Liste gestartete **Progressive Friedensliste** löste sich nun vollends in ihre Bestandteile auf. Ihr gelang der Sprung über die 1,5% Hürde nicht mehr. Der nationalistische palästinensische Einzelkämpfer Abu Darausche (ehemals Abgeordneter der Arbeitspartei) vermochte als einziger auf der palästinensisch-nationalistischen Seite einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, so daß seine **Arabisch-Demokratische Partei** nun mit zwei Abgeordneten im israelischen Parlament vertreten ist. Alle Träume, einen Großteil des palästinensisch-arabischen Wählerpotentials in Israel hinter sich zu vereinen, dürften aber endgültig zerstoben sein.

Die Arbeitspartei verdankt ihren Wahlsieg zum einen den ideologisch nicht festgelegten Wechselwählern, zum anderen ist es ihr gelungen, einen großen Teil der sefardischen Wähler, orientalischen Juden, die bislang bis zu 70% Likud oder andere rechtsradikale Parteien wählten, zurückzugewinnen. Ihre wirtschaftliche Situation hatte sich in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert. Die Auseinandersetzungen zwischen dem scheidenden Ministerpräsidenten Schamir und seinem Außenminister Levy, der als Exponent der sefardischen Juden in der Regierung galt, im Vorfeld der Wahlen haben den Likud-Block viele Stimmen gekostet. Schließlichlich wurde die Wahl entscheidend von dem Kampf um die Stimmen der russischen Neueinwanderer geprägt. Vielen Prognosen zum Trotz wählten viel mehr dieser Neuwähler die Arbeitspartei (ca. 50%), da der Likud (er erhielt gerade 10% dieser Stimmen) für die schlechte wirtschaftliche Situation und die Schwierigkei-

ten bei der Integration dieser Einwanderer verantwortlich gemacht wurde.

An sich ließe dieses Wahlergebnis in der 120-köpfigen Knesset eine äußerst knappe Mitte-Links-Mehrheit aus Arbeitspartei (44), Meretz (12), Chadasch (3) und der Arabisch-Demokratischen Partei (2) mit zusammen 61 Sitzen zu. Doch in der israelischen Wahlarithmetik werden die nicht-zionistischen Parteien und Listen nicht mitgezählt. Sie stehen außerhalb des sog. nationalen Konsenses und kein israelischer Premierminister mag sich allein mit ihrer Hilfe die notwendigen Koalitionsmehrheiten schaffen. Rabin benötigt also neben Meretz noch andere Parteien für seine Regierung, um die anstehenden historischen Entscheidungen durch eine möglichst breite Mehrheit im Parlament abzusichern. Diese potentiellen Koalitionspartner kommen in Israel aus dem religiösen Lager, denn diese Parteien sind keineswegs alle hinsichtlich der Friedensfrage so einfach auf der rechtsradikalen Seite einzustufen. Ihnen geht es vielfach im wesentlichen um die Durchsetzung einer ihren religiösen Vorstellungen entsprechenden Gesetzgebung, um Privilegien für die religiöse Klientel (z.B. Freistellung vom Militärdienst) und um Gelder für die religiösen Institutionen, vor allem Schulen. Ob und wie weit nun den Palästinensern in den besetzten Gebieten Autonomie gewährt wird, bleibt für diese Parteien nicht selten von sekundärer Bedeutung. Die begehrtesten Ministerien sind für die Ultra-Orthodoxen deshalb das Erziehungs-, Religions- und Innenministerium, denn diese gewähren den unmittelbarsten Zugriff auf staatliche Gelder. Der geistige Kopf der Liste **Vereinigtes Tora-Judentum** (statt bisher 8 nun nur noch 4 Sitze) verzichtete seit Jahren in realistischer Einschätzung der finanziellen Machtverhältnisse auf einen Kabinettsposten und "begnügte" sich mit dem Vorsitz im allmächtigen Finanzausschuß der Knesset.

Quasi natürlicher Partner für Rabin unter den religiösen Parteien ist **Schass,** eine religiöse Partei, die ihre Unterstützung vor allem den benachteiligten sefardisch-orientalischen Juden verdankt. Mit Rabins Formel vom territorialen Kompromiß kann man sich durchaus anfreunden, auch mit dem geplanten Wirtschaftsprogramm der Arbeitspartei, zumal der geistige Mentor von Schass, der ehemalige Oberrabbiner Ovadia Yossef, schon im Wahlkampf eine stärkere Berücksichtigung sozialer und ethnischer Probleme versprach.



Die neue Regierung ist weniger durch religiös-orthodoxe Kräfte erpreßbar als ihre Vorgängerinnen

Mit Meretz als selbstverständlichem Regierungspartner und der sicheren parlamentarischen Unterstützung - wenn auch nicht Regierungsbeteiligung - der linken und arabischen Gruppierungen Chadasch und Arabisch-Demokratische Partei verfügte Rabin über eine ungewöhnlich günstige Verhandlungsposition für die Gespräche über eine Koalitionsbildung, zumal er nicht den Erpressungsversuchen religiöser Parteien nachgeben mußte. Hierin liegt eines der wesentlichsten Merkmale des Wahlergebnisses, denn in der Vergangenheit konnten die religiösen Kräfte, insbesondere auch ultra-orthodoxe Splitterparteien als Zünglein an der Waage fast beliebig Bedingungen für ihre Regierungsbeteiligung stellen.

Entgegen der bisherigen Praxis gelang es somit Rabin relativ schnell, den Kern einer Koalition aus Arbeitspartei (44), Meretz (12) und Schass (6) unter Dach und Fach zu bringen. Allerdings bemüht er sich noch, Rafael Eitans rechte Zomet einzubinden, um die Regierung auf eine möglichst breite parlamentarische Basis zu stellen, obwohl es schwer vorstellbar erscheint, wie sich die links-liberale Meretz mit ihrem Friedenskurs gegenüber den Palästinensern (Siedlungsstopp, Anerkennung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts, Verhandlungen mit der PLO) zusammen mit der nationalistischen Zomet (für den Ausbau von Siedlungen, gegen eine palästinensische Autonomie und gegen Verhandlungen), deren Führer General Eitan auch für rassistische Töne bekannt ist, unter einem gemeinsamen Regierungsdach vereinigen lassen.

Die Erwartungen - besonders auch international - an die neue Regierung sind groß. Amerikaner und Palästinenser hoffen auf neue Impulse für die steckengebliebenen Friedensverhandlungen. Beide haben diesen Wandel in Israel mindestens so sehnlich erwünscht wie viele Israelis, aber vor allem die Palästinenser werden bald spüren, daß diese Veränderung für ihren Kampf um nationale Selbstbestimmung keine Wende bedeutet. Eine begrenzte Autonomieregelung zeichnet sich nun am Horizont ab, nicht erst in zehn Jahren, wie es Schamir wollte, sondern gemäß dem Fahrplan von Rabin vielleicht schon im nächsten Jahr. Aber ein Ende der Besatzung oder gar der eigene palästinensische Staat bleibt auch nach den israelischen Wahlen in weiter Ferne.

Christian Sterzing



Mit Empörung und Entsetzen verfolgte die Weltöffentlichkeit zwischen dem 17. und 20. Mai die grauenvollen Fernsehbilder vom Massaker auf Bangkoks Regierungsstraße: Dutzende von niederknieenden Soldaten, die eine Salve nach der anderen in die wehrlos am Boden liegenden Demonstranten feuern, wildgewordene Soldateska, die mit Fußtritten und Kolbenschlägen Verletzte und Gefangene mißhandelt. 50 Menschen wurden ermordet, 600 verletzt, 700 gelten als vermißt. Nach drei Tagen intervenierte der thailändische König, kehrten die Soldaten in ihre Kasernen zurück, wurden Ausgangssperre und Notstandsgesetze zurückgenommen, und mußte der im ganzen Land verhaßte Premier und Anführer des Militärputsches vom Februar vergangenen Jahres, General Suchinda Kraprayoon, zurücktreten. Als die diskredierte Pro-Militär-Regierung die Stirn hatte, aus ihren Reihen einen neuen Premier zu ernennen und sich neue Protestaktionen abzeichneten, griff der thailändische Monarch erneut ein und verordnete dem Land eine neutrale Übergangsregierung, die das Parlament auflösen und Neuwahlen für September dieses Jahres vorbereiten wird.

Kampf um Demokratie

Suchindas Ernennung zu Thailands neunzehntem Premierminister im April dieses Jahres war, im Rückblick betrachtet, nur der vorläufig letzte Akt eines politischen Schmierentheaters, das mit der gewaltsamen Machtübernahme durch die thailändischen Generäle vergangenes Jahr seinen Anfang genommen hatte. Als am 23. Februar letzten Jahres die thailändische Armeeführung in einem unblutigen Putsch, dem 17. im Laufe der letzten 60 Jahre, die erste aus freien Wahlen hervorgegangene Regierung des Landes für abgesetzt und das Parlament für aufgelöst erklärte und die Verfassung außer Kraft setzte, regte sich nur wenig Widerstand im Lande. Korruption, persönliche Bereicherung, Günstlingswirtschaft und Ämtermißbrauch gehörten zu dem Markenzeichen der alten Regierung.

Im Gegenteil, eine gewisse Schadenfreude machte sich breit, als im Folgenden eine Reihe von hochrangigen Politikern und ehemaligen Ministern vor eine durch das Militär ernannte Kommission zitiert wurden und sich dem Vorwurf ausgesetzt sahen, sich während ihrer Amtszeit unrechtmäßig bereichert zu haben. Bei einigen von ihnen, darunter auch dem Ex-Premier Chartchai Choonavan, wurden Bankkonten in zweistelliger Millionenhöhe konfisziert, Ländereien, Autos und andere Vermögenswerte beschlagnahmt. Überdies versprachen die Militärs feierlich, eine neue Verfassung ausarbeiten zu lassen, schnellstmöglich Neuwahlen durchzuführen und sich selbst jeder politischen Einmischung zu enthalten.

Auf der anderen Seite war die Regierungskoalition unter Chartchai aber auch Garant für ein politisch liberales Klima, wo neue Formen des Pluralismus und der Meinungsfreiheit sich ausbreiten konnten. Die Regierungsparteien setzten sich durchweg zusammen aus Mitgliedern von Bangkoks Geschäfts- und Bankwelt, die durch den wirtschaftlichen Boom der letzten 15 Jahre zu erheblichem Reichtum gelangt sind und nun danach streben, ihren wirtschaftlichen Einfluß auch durch politische Macht abzusichern bzw. zu erweitern. Ihnen geht es nicht um ideologische Grabenkämpfe, um die Kultivierung nationalistischer Ressentiments, um die Reaktivierung überkommener Feindbilder. Ihnen geht es allein um ihre Geschäftsinteressen, um ein günstiges Investitionsklima und um die Etablierung Thailands als regionaler Wirtschaftsmacht. Sie haben sich die rasche Industrialisierung und Modernisierung des Landes auf ihre Fahnen geschrieben, die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Nachbarländer, nachdem die eigenen fast ausgezehrt sind und die Eroberung der Märkte vor allem der indochinesischen Länder.

Bei einer solchen Politik war der Konflikt mit den alten Machteliten des Landes vorprogrammiert. Denn seit jeher dominieren das Militär und der Apparat der Staatsbeamten die politischen Geschicke Thailands. Sie sahen sich nun schrittweise von ihren Pfründen und Ressourcenzugriffen abgeschnitten. Angesichts des weltweiten Klimas politischer Entspannung und des Fehlens innerer wie äußerer Feinde wurde zunehmend laut darüber nachgedacht, wie die Rolle des thailändischen Militärs und vor allem die riesigen Kosten für die Verteidigung künftig reduziert werden könnten. Die parasitäre Rolle der Militärs in den von ihnen dominierten Staatsbetrieben, erpreßte 'Kommissionsgelder' von privaten Unternehmen und bei Waffenkäufen [1], die unzweideutige Verwicklung hoher Militärs in die Herstellung und Vermarktung von aus dem Goldenen Dreieck stammendem Heroin - all das geriet vermehrt in die Schlagzeilen. Das Faß zum überlaufen brachte dann Chartchai mit seiner Beratergruppe aus dem akademischen, linksliberalen Spektrum, die sich als scharfzüngige Kritiker des Militärs hervortaten und kein Hehl aus ihrem Anliegen machten, die Offiziere nach westlichem Vorbild ganz aus der Politik zu verbannen und sie zurück in die Kasernen zu schicken. So waren die von niemanden in Abrede gestellten Vorwürfe bezüglich Korruption und Ämtermißbrauch durch die Regierung Chartchai nur der Rauchvorhang, hinter dem das Militär eine Neuverteilung der Karten politischer Macht erzwang, diesmal unter eigener Regie.

Eine Verfassung nach dem Diktat der Generäle

Als gegen Ende letzten Jahres das Militär der Öffentlichkeit einen neuen Verfassungsentwurf präsentierte, der faktisch die Vorherrschaft der Generäle festgeschrieben hätte, erhob sich ein Sturm des Protestes im ganzen Land. Die gesamte freie Presse des Landes, im Unterschied zu den staats- bzw. militärkontrollierten Rundfunk- und Fernsehstationen, machten nahezu geschlossen Front gegen das Bestreben der Militärs, sich selbst die politische Macht auf unbestimmte Zeit zu sichern. Eine Reihe von politischen Parteien, viele unabhängige soziale und entwicklungspolitische Organisationen und Initiativen (NGOs), Studentengruppen und akademische Zirkel fanden zum ersten Mal zueinander, entfalteten breite Aktivitäten und mobilisierten Protestversammlungen mit bis zu 100.000 Teilnehmern. Das Militär sah sich schließlich zum Nachgeben gezwungen und strich einige der als besonders undemokratisch kritisierten Paragraphen aus der neuen Verfassung. In einer Presseerklärung, zu der die Armeeführung sämtliche Medien eingeladen hatte, versprach Armeechef Suchinda in feierlichen Worten, nicht in die Wahlen einzugreifen und sich politisch neutral verhalten zu wollen. Wörtlich fuhr er fort: "Um die Diskussion um eine neue Verfassung von allen Spekulationen freizuhalten, möchte ich hiermit versichern, daß das NPKC [2] sich nicht einmischen wird, weder in den Wahlkampf noch bei der Bildung einer Regierung nach den Wahlen." [3]

Tatsächlich aber unternahmen die Militärs alles, um den politischen Prozeß unter ihrer Kontrolle zu halten und sich ihren Einfluß auf das neuzuwählende Parlament auch über die Wahlen hinaus zu sichern. Dank großer eigener finanzieller Ressourcen hoben sie mit der Sammakki Tham Party eine eigene Partei aus der Taufe und brachten zwei weitere einflußreiche Parteien, die Social Action Party und die Chart Thai Party des ehemaligen Regierungschefs Chartchai unter ihre Kontrolle, indem sie die Absetzung der Parteichefs und deren Ersetzung durch eigene Günstlinge erzwangen.

Wahlen und Regierungsbildung

Aus den Wahlen zum nationalen Parlament ging dann der unter dem Druck der Generäle zustandegekommene militärfreundliche Block aus fünf Parteien mit zusammen 195 Stimmen gegenüber dem Oppositionsblock mit 163 Stimmen als Sieger hervor. Bei Abstimmungen hätte die Regierungskoalition zusätzlich auf die 270 Senatoren des Oberhauses zählen können, die allesamt von der Militärführung handverlesen wurden und die dafür bekannt sind, am rechten Ort und zur rechten Zeit die rechte Hand zu heben. Bemerkenswerterweise genießt die oppositionelle Phalang Dhamma Party des populären, ehemaligen Bangkoker Oberbürgermeisters General Chamrong Srimuang viele Sympathien in Bangkok, wo sie in einem überwältigenden Sieg 32 der insgesamt 35 Parlamentssitze für sich gewinnen konnte. Ihre Mitglieder gelten als integer, unbestechlich und den Idealen eines buddhistischen Lebenswandels verpflichtet. Doch außerhalb Bangkoks, wo noch immer das System der Patronage, der vollmundigen Versprechungen und des Stimmenkaufs über den Erfolg eines Kandidaten entscheidet, war die Partei ohne Chance.

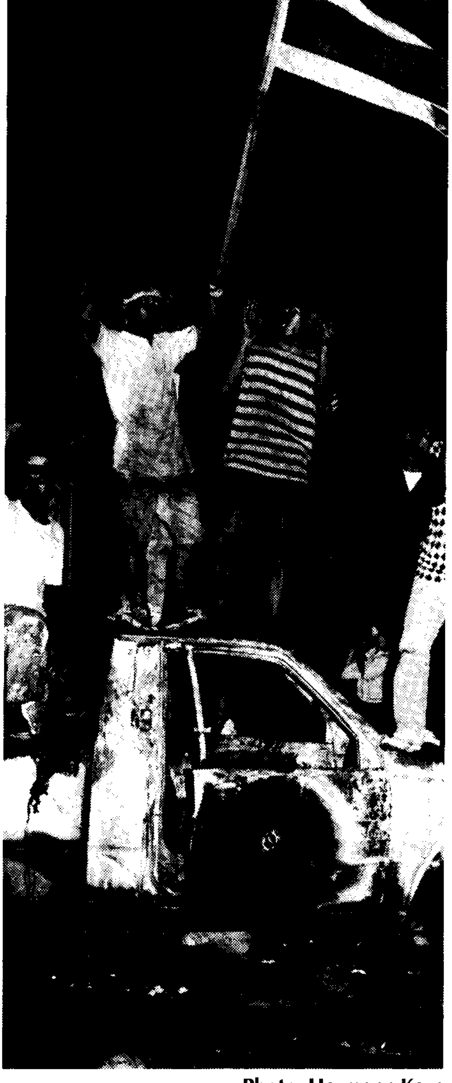


Photo: Hermann Kern

Zwei Wochen später, allen seit Monaten wiederholten Beteuerungen des Militärs zum Trotz, ließ sich der Armeechef und Anführer des Militärputschs vom Februar vergangenen Jahres, General Suchinda Kraprayoon, von der Fünf-Parteien-Koalition zum 19. Premierminister Thailands ernennen, während seine Kumpane aus der Junta, allesamt Angehörige der sog. 5. Klasse der thailändischen Militärakademie, in die höchsten Positionen der thailändischen Armee nachrückten.

Es war aber nicht allein der Wortbruch, der viele Thailänder, insbesondere aus den aufgeklärten, wohlinformierten städtischen Mittelschichten empört hat, sondern auch die Arroganz und dummdreiste Art, mit der die Militärführung ihren politischen Machtanspruch durchsetzte. General Suchinda hatte als Drahtzieher des Putsches vom Februar vergangenen Jahres mit seinem Vorwurf der Korruption gegen die Chartchai Regierung gewisse Sympathie unter der Bevölkerung wecken können. Doch groteskerweise umgab er sich nach den Wahlen erneut mit jenen mafiösen Elementen, darunter elf ehemalige Kabinettsmitglieder, gegen die vor einem von ihm selbst eingesetzten Untersuchungsausschuß Verfahren wegen Bestechlichkeit anhängig sind. Vier der fünf Parteien von Suchindas neuer Regierungskoalition gehörten schon der alten Regierung unter Chartchai an und waren von eben jener Person, die sie gerade als Premier ernannt haben, weggeputscht worden.

Vorwärts in die Vergangenheit

In den folgenden Wochen erschütterte Thailand eine Protestwelle, wie es sie seit den siebziger Jahren nicht mehr gegeben hatte. In vielen Bereichen der Gesellschaft, insbesondere aber den städtischen Mittelklassen, formierten sich antimilitärische, prodemokratische Bewegungen, studentische und akademische Vereinigungen, riefen Gewerkschaftsgruppen, NGOs, und Beamteninitiativen zu Versammlungen, Demonstrationen und Protestaktionen auf. Die gemeinsamen Forderungen lauteten: Rücktritt von General Suchinda, Nominierung eines neuen Premiers aus den Reihen der gewählten Parlamentarier und entsprechende Abänderung der Verfassung. Als der besonders in Bangkok populäre Führer der buddhistischen Phalang Dharmma Partei, Ex-General Chamrong, sich den Hungerstreikenden anschloß, signalisierten die Regierungsparteien zunächst Kompromißbereitschaft. Doch da sie eine paar Tage später ihre Zusage widerriefen, versammelten sich am Abend des 17. Mai erneut mehrere hunderttausend Menschen auf dem historischen Sanam-Luang-Platz trotz unmißverständlicher Drohungen der Militärs. Als zu später Stunde Chamrong die Demonstranten aufforderte, entlang der Regierungsstraße Rachadamnoen zum Parlament vorzurücken, versperrten Polizei und Soldaten mit Stacheldraht den Weg. Es kam zu tätlichen Auseinandersetzungen, als die Protestierenden versuchten die Hindernisse wegzuräumen, kurz darauf krachten die ersten Schüsse . . .

Auch heute, mehr als vier Wochen nach dem blutigen Gemetzel, pilgern noch immer täglich Tausende von Menschen aus allen

Landesteilen zu den Plätzen der Auseinandersetzung, um mit Blumenkränzen, Räucherstäbchen und Opfergaben der Toten zu gedenken, die zahllosen Wandzeitungen entlang des Weges zu lesen, oder Augenzeugenberichten zu lauschen. An den großen Universitäten wie Ramkhamhaeng und Thammasat finden täglich Diskussionsrunden statt, werden Benefizkonzerte für die Hinterbliebenen der Opfer und Bilderausstellungen organisiert. Videos über das Massaker, derzeit sind rd. 20 verschiedene Kopien auf dem Markt, finden in der ganzen Stadt reißenden Absatz. Immer wieder zeigt man sich fassungslos und entsetzt über das Ausmaß an Brutalität das die Soldaten im Umgang mit den unbewaffneten, friedlich Versammelten, gleich ob Männer, Frauen oder Kinder, an den Tag legten. Heute gilt als sicher, daß die meisten Brutalitäten von Einheiten aus den Nachbarprovinzen Bangkoks verübt wurden, die, im Grenzkrieg trainiert, als besonders rücksichtslos gelten. Am Tag vor ihrem Einsatz hatte man ihnen erklärt, sie würden gegen einen randalierenden, kommunistischen Mob eingesetzt, der es darauf anlege, Autos und Regierungsgebäude in Brand zu stecken und den Königspalast zu stürmen.

Erneute Intervention des Königs, Juni 1992

Noch unter dem Schock der Ereignisse stehend, verfolgte in den folgenden Wochen die thailändische Bevölkerung mit Empörung und Abscheu den Versuch der alten Regierung, sich durch Kabinettsumbildung und die Ernennung eines neuen Premiers aus ihren Reihen aus ihrer Verantwortung für das blutige Gemetzel zu stehlen. Fast die gesamte Presse des Landes und die große Mehrheit der städtischen Bevölkerung auch in den Provinzen forderten den Rücktritt der Regierung, Neuwahlen und die Bestrafung der verantwortlichen Militärführer. Selbst die drei thailändischen Unternehmerverbände schlossen sich in der ersten politischen Stellungnahme in der Geschichte ihrer Organisationen den genannten Forderungen an. Als sich neue Protestaktionen und Straßendemonstrationen abzeichneten und damit die Gefahr erneuten militärischen Eingreifens drohte, intervenierte der thailändische König kraft seiner noch immer ungebrochenen Autorität ein zweites Mal innerhalb von wenigen Wochen. Er setzte die Ernennung einer Interimsregierung durch, die das Parlament auflösen und im kommenden September Neuwahlen durchführen wird. Der auch im Ausland angesehene, als integer geltende Premier Anand Panyarachun, der schon im letzten Jahr unter der Militärjunta die Regierung geführt hatte und dabei durchaus seinen engen politischen Spielraum couragiert zu nutzen wußte, hat sich erneut mit überwiegend parteiunabhängigen Technokraten umgeben. In seiner Regierungserklärung versprach er, zur Aufklärung der Hintergründe des Massakers beizutragen, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und einen fairen Verlauf der anstehenden Wahlen sicherzustellen.



Photo: Hermann Kern

Hinsichtlich der politischen Zukunft des Landes hängt vieles davon ab, ob es den demokratischen Gruppen des Landes angesichts des lädierten Ansehen des Militärs in der Bevölkerung und der noch nie dagewesenen Zusammenarbeit und Solidarität unter den zahllosen oppositionellen Initiativen, Parteien und Organisationen gelingt, die Gunst der Stunde zu nutzen, um während der nächsten Monate weitreichende demokratische Reformen durchzusetzen. So werden bereits Forderungen nach einer gänzlich neuen Verfassung erhoben und zum Beispiel die Existenz der Senatoren bzw. eines Oberhauses als eines Werkzeugs der Militärs, um Einfluß auf das gewählte Unterhaus auszuüben, generell in Frage gestellt. Einige Gruppen und Initiativen verlangen eine Neuorganisation der Ausbildung an den Militärakademien, mehr Professionalität und Öffnung gegenüber den Gedanken einer zivilen Gesellschaft mit dem Ziel einer Entpolitisierung des militärischen Establishments. Sie fordern, dem Militär die Kontrolle über Rundfunk und Fernsehen zu entziehen, sie verlangen die verfassungsmäßige Verankerung von Informationsfreiheit und die Privatisierung der vielfach unter militärischer Kontrolle operierenden Staatsunternehmen wie z. B. der thailändischen Fluggesellschaft und der Hafenbehörde. Sie fordern die Abschaffung der Notstandsverordnungen, die, in Zeiten einer nationalen Krise durch den Premier erlassen, praktisch die Staatsmacht von der Regierung an die Militärführung abtreten und den Einsatz der Polizei anstelle des Militärs zur Kontrolle von Demonstrationen verlangen.

Ob allerdings die Generäle diese für sie entscheidenden Machteinbußen tatenlos hinnehmen werden, ist mehr als fraglich. General Suchinda hält sich, anderslautenden Informationen zum Trotz, weiterhin im Lande auf und hat in einer Militärbasis Zuflucht gesucht. Die Militärführer und Hauptverantwortlichen für das Massaker sind weiterhin im Amt und haben, statt vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß über die Maiproteste auszusagen, schriftliche Erklärungen verbreiten lassen, in denen die den Militäreinsatz als gerechtfertigt und angemessen bezeichnen. "Zwingt mich nicht, wie ein von allen Seiten eingekreister Hund zu reagieren", mit diesen Worten soll, der thailändischen Presse zufolge, Armeechef Issarapong auf die Aufforderung der Opposition reagiert haben, die Verantwortung für das Massaker zu übernehmen und zurückzutreten.

Diese Drohungen werden von der Öffentlichkeit sehr ernst genommen. Rechte, militärgesponserte Terrorgruppen aus den 70er Jahren haben sich mit großer Publizität neuformiert und damit begonnen, bekannte Persönlichkeiten aus der Demokratiebewegung zu bedrohen. Von den während der Mai-Demonstrationen aus den Provinzen zusammengezogenen Truppenteilen befinden sich noch immer rd. 10.000 Mann in Bangkoker Kasernen. Nicht für den Augenblick, wohl aber für die Zeit nach den Wahlen im September 1992 wird allgemein mit einem neuen Versuch der Generäle gerechnet, verlorenes politisches Terrain wieder zurückzuerobern. Der Machtkampf zwischen dem traditionellen militärischen Establishment und der Bangkoker Geschäftswelt, den neuen ökonomischen Eliten und der städtischen Mittelklasse ist noch lange nicht entschieden.

Paul Simon, Bangkok

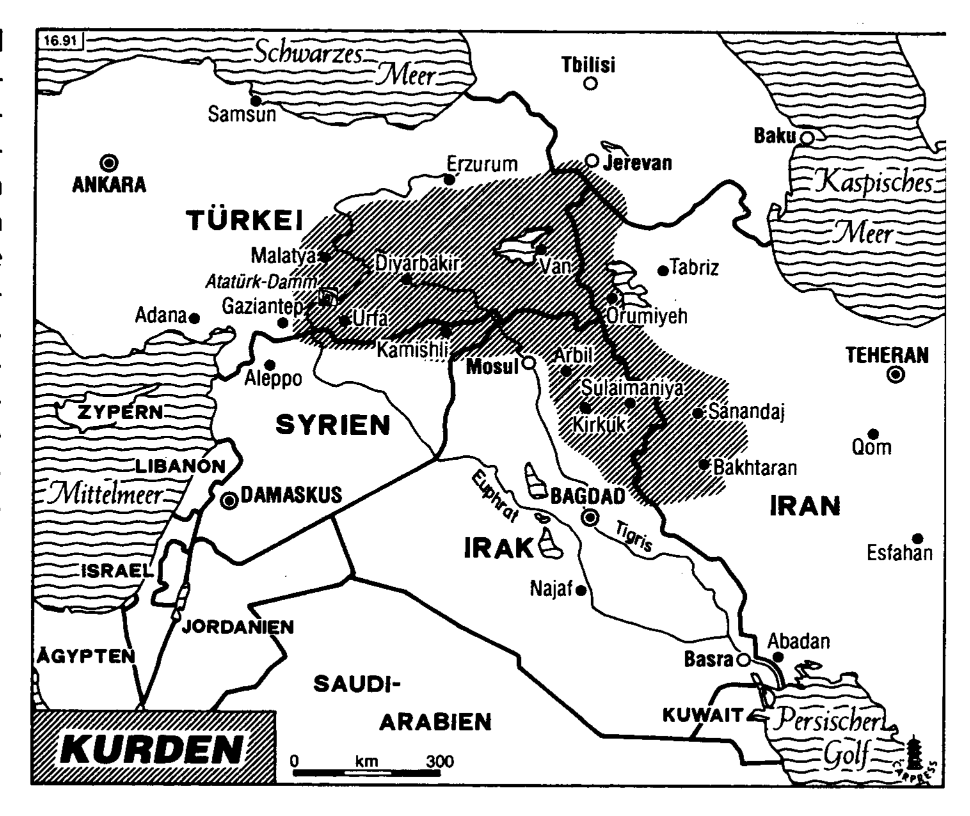
Anmerkungen:

1. Zum Finanzgebaren des thailändischen Militärs vgl. die ausgezeichnete Recherchen in: The Asian Wall Street Journal, 6. Juni 1992
2. National Peacekeeping Council, die nach dem Putsch installierte Militärjunta
3. THE NATION, Bangkok, April 8, 1992
4. So überschrieb der 'Economist' vom 23. Mai seinen Beitrag zum Blutbad in Bangkok.

Bagdad bläst zum Weizenkrieg

Südkurdistan reorganisiert seine Landwirtschaft

Seit mehr als einem Jahr sind ungefähr drei Viertel des Territoriums Südkurdistans (Irak) der Kontrolle der Zentralregierung in Bagdad entzogen. Seit 7-8 Monaten antwortet diese darauf mit einem Wirtschaftsembargo gegen die Gebiete unter kurdischer Verwaltung. Lebensmittel, Treibstoff, Zement und andere überlebenswichtige Güter werden von Bagdad nicht mehr in die kurdische Region geliefert. "So selbstverwaltet wie es fürs erste gar nicht vorgesehen war", sah sich die Kurdistan Front, vor allem in den Wintermonaten, fast unlösbaren Versorgungsproblemen gegenüber. Im Sommer sollte das besser werden, dann nämlich, wenn die kurdischen Bauern ihre Ernten auf den Markt bringen könnten.



Dieser Tage ist es soweit, zum ersten Mal seit Beginn der 80er Jahre oder in manchen Regionen sogar seit 1975 haben die Menschen ihre Dörfer wieder aufgebaut und mit landwirtschaftlicher Produktion begonnen. Doch sind die Versorgungsprobleme mit den Worten eines führenden Mitgliedes der Kurdistan Front "nicht gelöst, sondern nur verschoben".

Der Versuch einer Selbstverwaltung und Selbstversorgung der Kurden hat die Auseinandersetzung mit Bagdad immer mehr von der militärischen Konfrontation zum viel schwerer greifbaren Wirtschaftskrieg werden lassen. Was die Nutzung ihrer Ressourcen anging, so hat die kurdische Bevölkerung im Sommer vergangenen Jahres praktisch bei Null anfangen müssen. Viele Familien hatte ihr Weg bereits in den 70er Jahren aus ihren kurdisch-irakischen Dörfern in den Bergen in ein Sammellager geführt, von dort aus in ein weiteres auf arabisch-irakischem Territorium, Ende der 80er Jahre versuchten viele dann in den Iran zu fliehen und im vergangenen Jahr - die ganz Vorsichtigen erst in diesem Frühjahr - erfolgte die Rückkehr in die Ruinendörfer, die - oft mit internationaler Unterstützung - wieder aufgebaut wurden.

Ein Blick auf die folgenden Zahlen macht deutlich, wie gründlich die Bagdader Regierung ihre Politik der Zerstörung von Subsistenzstrukturen durchgeführt hat: während 1977, ca. 6-7 Jahre vor Beginn der Großoffensive Bagdads ungefähr 44% der arbeitenden Bevölkerung in der Provinz Sülaymania (der bevölkerungsstärksten kurdischen Provinz) in der Landwirtschaft beschäftigt waren, beläuft sich dieser Anteil 1987 nur noch auf knapp 13%. Die Getreideproduktion ist in diesen Jahren um mehr als zwei Drittel zurückgegangen, von den Baumwoll- und Tabakplantagen war so gut wie nichts übriggeblieben. Kurdistan hatte vor 1977 den gesamten Tabakbedarf der vier großen staatseigenen Zigarettenfabriken gedeckt, Baumwolle für die Textilfabriken (in Arbil befindet sich die größte des Mittleren Ostens) geliefert und immerhin einen Teil des irakischen Bedarfs an Gemüse und Getreide decken können.

Getreide war bereits in den vergangenen zwei Jahren in Kurdistan wieder angebaut worden. Gemäß eines 1983 verabschiedeten Gesetzes hatte jeder irakische Staatsbürger zu günstigen Bedingungen Staatsländereien - sprich ehemaligen Besitz der deportierten kurdischen Bauern - pachten können. Mit Beginn der Kuwaitkrise wurden die Anreize noch erhöht; Bedingung war, auf diesen Feldern Weizen anzubauen. So versucht der Irak, seinen Mehl- und Brotbedarf trotz Wirtschaftsembargo zu decken.

Der Verlust eines Teils dieser Regionen an die Kurden im vergangenen Jahr traf die Regierung umso schwerer. Als nun dieses Jahr mit dem Anbau begonnen wurde, blies

Bagdad zum "Weizenkrieg". Das war einfach, da ein großer Teil der nicht bewässerten Ebenen, in denen der Getreideanbau hauptsächlich betrieben wird, unmittelbar entlang der kurdisch irakischen Grenzlinie liegen. So stammten z.B. 1977 27% der gesamten irakischen Weizenproduktion aus Camcamal, zwischen Kirkuk und Sülaymania gelegen. Heute ist es der am heftigsten umstrittene Punkt der Demarkationslinie. Die Ebenen von Kalar, ganz im Süden und Kustepe und Maxmur südlich und südwestlich der Hauptstadt Arbil, werden von irakischer Artillerie von den benachbarten Hügelketten aus kontrolliert. Bis vor wenigen Wochen wurde hier auf Bauern geschossen: "Wir haben uns nicht getraut auszusäen", berichten Bauern aus Kalar: "jeden zweiten oder dritten Tag wurden die Felder beschossen. Erst im Mai, als die Auseinandersetzungen nachließen, haben wir uns auf die Felder gewagt. "Weite Flächen in Cemcemal, wo es am 9.6. zum letzten großen Gefecht kam, liegen heute noch brach.

Ein weiteres Problem hatte das Bagdader Embargo gegen Kurdistan aufgeworfen. Diesel für Traktoren und Erntemaschinen war so gut wie nicht aufzutreiben. So mußten manche völlig darauf verzichten, die Felder zu bebauen, da sie nicht in der Lage waren, die astronomischen Schwarzmarktpreise für Diesel zu zahlen.

Dennoch präsentierte die "Union der Bauern Kurdistans" am 15.6. die erste Statistik, die besagte, daß die Weizenernte der Provinz Arbil den monatlichen Bedarf von acht Kilogramm pro Person sechs bis sieben Monate decken könne. Der Jubel darüber war nur von kurzer Dauer; denn die Vermarktung der Ernteerträge stellte die Kurdistan Front und das mittlerweile gewählte kurdische Parlament vor eine Reihe neuer Probleme. Vor dem Volksaufstand hatte das Landwirtschaftsministerium der Bagdader Regierung Weizen und Gerste im ganzen Land zu hohen Preisen aufgekauft und zentral verteilt. Die Abschaffung dieser Struktur hat ein Vakuum hinterlassen, das das gerade erst konstituierte Parlament noch nicht füllen kann. Hals über Kopf wurde versucht, aus Zollgebühren, Einnahmen aus Dieselverkauf und Maschinenverleih einen Fonds für den Weizenkauf zu gründen. Die Konkurrenz war nicht zu verachten; während die Front Anfang Juni einen Tonnenpreis von ca. 1600 Dinar festlegen konnte, boten Agenten der Bagdader Regierung, die vor allem in den Gebieten um die Demarkationslinie in Erscheinung traten, 3000-6000 Dinar (z.Zt. ca. 400-800 DM) für eine Tonne kurdischen Weizen. Die Front erließ daraufhin ein Exportverbot, auf dessen Übertretung hohe Strafen stehen (die wiederum für den Weizenkauf verwendet werden). Auch aus dem Iran kommen lukrative Angebote für den Weizenkauf.

Während das Weizenproblem immer noch nicht vollständig gelöst ist, droht derweil im Norden des Landes eine der größten eigenständigen Einnahmequellen Kurdistans zu versiegen. 4000-5000 LKWs überqueren täglich die türkisch/irakische oder besser türkisch/kurdische Grenze. Sie bringen Lebensmittel nach Mosul (Irak) - sie beliefern auch kurdische Ortschaften - und fahren mit reichlich überdimensionierten Ersatztanks voller (irakischem) Diesel in die Türkei zurück. Die Zollgebühren der LKW-Fahrer sind momentan eine der größten Einnahmequellen der kurdischen Verwaltung. Gerüchte, daß der LKW-Verkehr künftig über Syrien nach Mosul geleitet werden soll, ohne das kurdische Gebiet zu durchfahren, halten sich im Norden der kurdischen Region hartnäckig.

Zu einer Eskalation im "Weizenkrieg" kam es am 18. und 24.Juni, als irakische Soldaten an der Demarkationslinie Feuer legten und insgesamt 15000 donum (1 donum entspricht 1/4 ha) kurdische Weizen- und Gerstenfelder verbrannten. Zweihundert Familien verloren dadurch ihre gesamten Einkünfte, und die Stadt Arbil verfügt nun über einen Monat weniger an Getreidereserven.

Die Fülle an aktuellen Problemen läßt kurzfristig die Schwierigkeiten in den Hintergrund treten, die sich langfristig aufdrängen werden: Kurdistan hat in den letzten 34 Jahren eine Fülle von Bodenreformen über sich ergehen lassen müssen, die in den meisten Fällen eher zur Bereicherung der Zentralregierung als zur gerechteren Verteilung des Bodens geführt haben. Unklar ist jetzt allerdings, wer Anspruch auf Grundbesitz erheben darf. Einigen Großgrundbesitzern war ihr Besitz von der Baath-Partei beschnitten worden. Diese verlangen ihren ehemaligen Besitz nun genauso zurück wie die Bewohner der zerstörten Dörfer das tun. So gut wie alle im Parlament vertretenen Parteien sind sich einig, "Privatbesitz an Land" nicht anzutasten. Gleichzeitig existieren aber durchaus Pläne über die Verteilung von Land, das sich in irakischem Staatsbesitz befunden hatte. Menschen, die wieder in ihrer angestammten Region siedeln, sollen dabei bevorzugt bedacht werden. Ein großer Teil dieser Ländereien hatte sich vor den Reformen der letzten 30 Jahre im Privatbesitz einiger "Agas" befunden. Im Parlament wird die Lösung diskutiert, Land von den Agas zu kaufen, um es dann an die Bauern zu verteilen - was wiederum die Frage der finanziellen Ausstattung der kurdischen Regierung aufwirft. Eine Frage, die schon jetzt dafür sorgt, daß die Kurden im Weizenkrieg auf der Verliererseite stehen.

me, Arbil





"Angesichts der strukturell gewordenen Brutalität des kapitalistischen Weltmarktes (...) bildet die Vermehrung der Nationalstaaten für die Völker an der Peripherie - aber auch für die Arbeiter des Zentrums - eine letzte Chance auf Würde und Freiheit."
Jean Ziegler

"Nationale Selbstbestimmung ist heute bestandslose Gesinnungshuberei oder, wenn sie ernsthaft praktiziert wird, eine Kannibalenparole."
Ludi Lodovico

Nationalismus II

Alle Nationalismen basieren auf dem Gefühl der Menschen, zu einer unhinterfragbaren, "natürlichen" Gemeinschaft zu gehören. Einer Gemeinschaft, in der die gesellschaftlich erlebte Ungleichheit aufgehoben wird. Die Schwierigkeit besteht aber darin, daß diese Gemeinschaft nur in der Vorstellung der Individuen existiert. Die Nation als "vorgestellte Gemeinschaft" (Benedict Anderson) muß deshalb ihre Kontinuität und Geschichte aus Mythen der Vergangenheit konstruieren bzw. negativ durch die Abgrenzung gegenüber anderen Nationen bestimmen.

Untrennbar ist der Nationalismus mit dem Staat verbunden. Ziel ist die Souveränität einer eingegrenzten Gemeinschaft: Der Staat ist die Institution, die die Deckungsgleichheit von politischer und nationaler Einheit erst garantiert.

Der Nationalismus war zunächst eine europäische Doktrin, die sich aber mit der europäischen Expansion in Afrika und Asien auch dort ausbreitete. Aufgrund der unterschiedlichen Gegebenheiten mußte aber in den Kolonien die imaginäre Grundlage des Nationalen - die erfundene Tradition sowie die Kriterien, die bestimmen, wer zur Nation gehört - anders aussehen als bei den Kolonialmächten.

Reinhart Kößler und Henning Melber untersuchen die Genese des Nationalismus in der "Dritten Welt". Am Beispiel Afrika beschreiben sie, wie der antikoloniale Kampf und später das Versprechen einer nachholenden Entwicklung zum nationalistischen Programm wurde. Mit dem Scheitern dieses Anspruchs stellt sich für Kößler/Melber die Frage, ob der Nationalismus als gesellschaftsmobilisierende Ideologie ausgedient hat.

Auch in Palästina befindet sich der Nationalismus in einer Krise. Die "Bewegung des islamischen Widerstands" scheint zu einer ernsthaften Konkurrenz für die PLO zu werden. Daß ein Überwechseln vom nationalistischen ins islamistische Lager nicht so abwegig ist, zeigt Jörg Später. Er arbeitet zahlreiche Verbindungen und Berührungspunkte zwischen Nationalisten und Islamisten in der Geschichte des palästinensischen Widerstands heraus.

Der Burennationalismus hat sich in diesem Jahrhundert schubweise radikalisiert und auf seinem Höhepunkt die Apartheid hervorgebracht. Christoph Marx analysiert Entstehung und Konzeption des Afrikaaner Nationalismus, den er trotz der Aufweichung der Apartheid auch heute noch als die gesellschaftliche Kraft in Südafrika begreift.

Konjunktur hat der Nationalismus auch auf dem Balkan. Hier dient er zur Erklärung der miserablen wirtschaftlichen Situation, indem er behauptet, sie sei durch die nationale Unterdrückung in der Vergangenheit entstanden. Rüdiger Behrendt widerlegt diesen Mythos und stellt die These auf, daß nicht die Ignoranz gegenüber dem Nationalismus, sondern das Wachhalten nationaler Kategorien durch die Dezentralisierungsstrategie der Kommunisten den Zerfall des Vielvölkerstaates beschleunigt habe.

Gegen die verbreitete Vorstellung, der Nationalismus habe sich im Schlepptau des Kapitalismus in der "Dritten Welt" verbreitet wendet sich Christoph Geisel in seiner Abhandlung über die Geschichte Chinas. Er setzt einen eigenen "chinesischen Nationalismus" dagegen, der von der konfuzianischen Tradition und vom Sinozentrismus geprägt ist.

Einen breiten Raum nimmt die Diskussion um das Thema "Linke und Nationalismus" ein. Zwei Frauen und zwei Männer mit unterschiedlichem politischem background äußern sich zu Nationalismus, nationaler Befreiung und zur Legitimität nationaler Befreiungsbewegungen. Über Antworten oder Beiträge von unseren LeserInnen würden wir uns freuen.

Aus Platzgründen mußten wir die Beiträge zu "Nationalismus in Lateinamerika" bis zur nächsten Ausgabe verschieben. Dort folgen die Länderbeispiele Nicaragua (Miskito-Nationalismus), Venezuela und Bolivien.

Redaktion



Nationalismus und Nationalstaat in der "Dritten Welt"

Eine Zwischenbilanz

Mitten im Befreiungskampf Algeriens stellte Frantz Fanon Ende der 1950er Jahre dem 'nationalen Bewußtsein' die sozialen Beweggründe einer umfassenden 'Volksmobilisierung' gegenüber. Die nationale Bewegung, so sagte er voraus, werde "in jedem Fall nur eine zerbrechliche Form ohne Inhalt sein" (1967, S. 115). Für Fanon war das Elend des Nationalismus, die Brüchigkeit nationaler Ideologie, keineswegs nur ein zweifelhaftes Privileg europäischer Herrenmenschen. Wie recht er hatte, ist heute angesichts einer weltweiten Tendenz zur Auflösung von Nationalstaaten in Regional- und Lokalkonflikten nur allzu deutlich. In dem folgenden Beitrag wollen wir, anknüpfend an unsere Überlegungen zum Nationalismus in Europa (s. Kößler 1991/92 und Melber 1991/92), wesentliche Aspekte von Nationalismus und Nationalstaat in der 'Dritten Welt' in vergleichender Perspektive herausarbeiten.



Die Aufteilung Afrikas

Eine der wichtigsten Einsichten, auf die eine kritische Nationalismus-Diskussion aufzubauen hat, findet sich in den staatstheoretischen Arbeiten von Nicos Poulantzas. Er zeigte, daß das Phänomen 'Nation' im Kontext der Herausbildung moderner Nationalstaaten im Kapitalismus eine neue Qualität annimmt. Im Kapitalismus nämlich treten die Raummatrix 'Territorium' und die Zeitmatrix 'Tradition' und 'Geschichte' in eine neue, eng verschränkte Beziehung zueinander: Poulantzas betont, daß ihre "...Überschneidung und Kreuzung die moderne Nation darstellt. Der kapitalistische Staat setzt die Grenzen, indem er das konstituiert, was innen ist - Volk und Nation -, und das Vorher und Nachher des Inhalts dieser Einfriedung homogenisiert. Die nationale Einheit, die moderne Nation, wird so zur Historizität eines Territoriums und zur Territorialisierung einer Geschichte, zur nationalen Tradition eines Territoriums, die sich im Nationalstaat materialisiert..." (1978, S. 107).

Das impliziert Mechanismen der Aus- und Einschließung von Menschen nach Raum und Zeit, wie sie (national-)staatlichem Handeln immanent sind. Aus- und Einschließung erfolgt auch durch eine mit der Ausbreitung Europas einhergehende 'Verzeitlichung des Nebeneinander' (vgl. Melber 1992). Darüberhinaus sind die Nationalstaaten durch äußere und innere Hierarchisierung bestimmt. Nach außen findet dies Ausdruck in der Konkurrenz der Nationalstaaten untereinander als Exporteure oder als Standorte für Produktionseinrichtungen. Das unauflösliche Wechselverhältnis zwischen Region, Einzelstaat und globaler Vergesellschaftung durch den Weltmarkt wurde für Lateinamerika von Roberts (1981) und Altvater (1987) beschrieben. Es trifft auch für andere Teile der 'Dritten Welt' zu.

Das hat eine Reihe weitreichender Konsequenzen, die wir hier wenigstens andeuten möchten. Vor allem wird unter solchen Umständen die verbreitete Gegenüberstellung zwischen der nationalen, anonymen 'Gesellschaft' einerseits und lokalen bzw. regionalen 'Gemeinschaften' gerade für die Dritte Welt fragwürdig, da die Zwänge des Weltmarkts einesteils durch nationalstaatliche Instanzen vermittelt werden, andererseits aber auch unmittelbar auf die lokale Ebene durchgreifen. Anders als in der Entstehungsphase der bürgerlichen (National)Staaten in Westeuropa hat der Staat hier keine Chance, einen 'nationalen Markt' zu verteidigen, da die Weltmarktzusammenhänge vorab bereits gegeben sind. Versuche, diese Außeneinflüsse strikt zu kontrollieren, müssen derzeit als gescheitert gelten. Der Aufbau und die Entwicklung einer 'Nation' nach der formalen Konstituierung als Staat erfolgt so auf höchst zerbrechlichen Grundlagen. Dennoch sind Strategien des nation building in fast allen postkolonialen Gesellschaften nachdrücklich verfolgt worden. Wir wollen im folgenden die Entwicklung des antikolonialen Nationalismus in groben Zügen nachzeichnen und auf dieser Grundlage versuchen, einige Gründe für das Scheitern der daran orientierten Legitimationsstrategien aufzuzeigen. Dies wollen wir dann anhand afrikanischer Beispiele konkretisieren.

Historische Hintergründe: Antikolonialer und postkolonialer Nationalismus

Nationale Bewegungen im 20. Jahrhundert entwickelten sich in einer historischen Situation, die sich grundlegend unterschied von den Bedingungen, die das Aufkommen von Nationalismus und Nationalstaat im westlichen Europa des 19. Jahrhunderts gekennzeichnet hatten. Die Verbindung nationaler Größe mit der Perspektive industriell-kapitalistischer Entwicklung wurde zusehends prekärer, je mehr die Welt in feste, an starken industriellen Nationalstaaten orientierten oder von ihnen direkt besetzten Einfluß- und Interessensphären aufgeteilt war. Zugleich riefen bestehende und neue Abhängigkeiten erneuten und verstärkten Widerstand hervor.

Vielleicht die wichtigsten dieser neuen Widerstandsbewegungen des 20. Jahrhunderts waren die antikolonialen Bewegun-

gen. Sie setzten an der Ausdehnung des unmittelbaren Herrschaftsbereichs vor allem westeuropäischer Nationalstaaten auf überseeische Besitzungen an, deren Bewohnerinnen und Bewohnern die für den heimischen Nationalstaat konstitutive Gleichheit ausdrücklich verwehrt wurde. Antikoloniale Bewegungen entstanden so in direkter Auseinandersetzung mit Ausformungen des im westlichen Europa entwickelten Nationalismus, sobald einmal erste, 'primäre' Formen des Widerstands gescheitert und überwunden waren, die noch ganz auf vorkolonialen Organisationsformen und gesellschaftlichen Zusammenhängen aufgebaut hatten (Sigrist 1973).

Es wäre dennoch verfehlt, antikoloniale Bewegungen unvermittelt gleichzusetzen mit 'Nationalismus'. Vielmehr bewegte sich antikolonialer Widerstand zunächst in einer Reihe von Fällen gerade in einer internationalistischen Perspektive. Das gilt für die ersten Schritte der antikolonialen Bewegung in Indonesien zu Beginn des Jahrhunderts (vgl. Braun 1991), aber auch für die Orientierung an der Kolonialmacht als dem gemeinsamen Gegner in der Frühphase der späteren nationalen Befreiungsbewegungen in den damaligen portugiesischen Kolonien in Afrika während der 1950er Jahre (vgl. Decke 1983). Die eigentliche nationalistische Wendung erfolgte in solchen Fällen erst dann, wenn die internationalistische Perspektive frustriert wurde, oder wenn sie an Grenzen stieß, etwa durch die Orientierung des antikolonialen Kampfes auf ein bestimmtes, kolonial abgegrenztes Territorium.

Wo der antikoloniale Kampf frühzeitig im 'nationalen' Gewand auftrat, war er vor allem gleichbedeutend mit einem scharfen Bruch gegenüber der Tradition. Das gilt für den Sturz des Kaiserreichs in China 1911, aber auch zuvor schon für die jungtürkische Revolution 1907 und die Tabakrevolte im Iran 1908. Diese Bewegungen zielten in 'halb-kolonialen' Situationen auf die Abwehr der Bevormundung durch die imperialistischen Mächte. Zugleich ordneten sie sich aber in die Strategien nationalstaatlich bestimmter nachholender Entwicklung ein. Das gilt verstärkt für die in den drei exemplarisch genannten Ländern in der Folge etablierten, durchwegs nationalistisch-modernistischen Regimes, sei es nun die Herrschaft der Guomindang und letztlich auch der Kommunistischen Partei in China, der Kemalismus in der Türkei oder die prätorianische Monarchie Reza Shahs im Iran. Der häufig spektakulär inszenierte Bruch mit traditionellen Herrschaftsformen, wie auch die Anstrengungen zum Aufbau einer modernen Industrie und insbesondere eines schlagkräftigen Militärapparats wurden durch alle Schattierungen der politischen Regimes hinweg begründet mit der Forderung, die 'nationale' Würde zu wahren und die 'nationale' Souveränität zu verteidigen. Dabei vollzog sich zugleich der Übergang zu einem ethnisch definierten Nationalismus, der am deutlichsten Ausdruck fand in der Austragung sukzessiver Konflikte mit Armeniern und Kurden in der Türkei.

Die genannten Beispiele sind insofern untypisch, als es sich um 'halbkoloniale' Länder mit längerer staatlicher Tradition handelte. Dennoch sind sie gerade deshalb lehrreich, weil der modernistisch-nationalistische Umbruch die Neudefinition dieser staatlichen Tradition einschloß: mit großen Varianten wurden universale Ansprüche gegen 'nationale', zusehends ethnisch definierte Bestrebungen eingetauscht.

Koloniale Grenze und Ethnizität

Der koloniale 'Normalfall' liegt insofern anders, als sich die Konstruktion einer staatlichen Kontinuität in den allermeisten Fällen von selbst verbietet. Mit wenigen Ausnahmen mußten sich antikoloniale Bewegungen an jenen kolonialen Grenzen orientieren, die so häufig als willkürlich und 'unnatürlich' kritisiert werden. Umgekehrt gilt für den Sonderfall Indien, wie schon Karl Marx festgestellt hat, daß der Subkontinent staatliche Einheit ungeachtet eines uralten kulturellen Zusammenhangs erst durch die britische Kolonialherrschaft erlangte - und über deren Ende nicht hinwegretten konnte, weil sich die Abspaltung des religiös definierten Pakistan nicht vermeiden ließ. Dennoch gilt gerade für die Indische Union ebenso wie für Pakistan zu seiner Entstehungszeit, daß ihre einzige Chance in der Konstituierung nicht-ethnisch definierter Nationalstaaten lag (vgl. Sheth 1991). Dies Dilemma teilten sie mit allen postkolonialen Staaten.

Deren Konstituierung beruhte zumindest in Asien und Afrika wesentlich auf der Unverletzlichkeit der während der Kolonialära abgesteckten Grenzen. In Lateinamerika, wo die Entkolonialisierung und Staatenbildung über 100 Jahre früher erfolgte, kam es zu einschneidenden Grenzveränderungen durch die Kriege, die immer wieder zwischen den unabhängigen, sich konstituierenden Staaten ausbrachen. Das verlieh aber der gegenseitigen Abgrenzung dieser Staaten als 'Nationen' keinen rationaleren Charakter und erst recht nicht ihren Bewohnern mehr Einheitlichkeit und Zusammenhang. Mit ganz wenigen Ausnahmen bieten daher postkoloniale Staaten keine oder kaum Anhaltspunkte für einen ethnisch bestimmten, auf den bestehenden Staat bezogenen Nationalismus. Diese Ausnahmen beziehen sich auf spezifische Produkte kolonialer Herrschaft, wo vor allem im Rahmen der britischen 'indirect rule' vorkoloniale Staatsbildungen nicht nur konserviert, sondern gründlich transformiert und modernisiert wurden. Das trifft etwa für Lesotho und Swaziland, in gewissem Maß auch für Botswana im Südlichen Afrika, für die Emirate am persisch-arabischen Golf oder auf Brunei zu; überall schloß 'indirect rule' die bewußte Selektion der Herrschaftsgruppen und die Re-Konstruktion von Traditionen zur Legitimierung ihrer Herrschaft ein.

Wo sich antikoloniale Impulse oder gar regelrechte antikoloniale Bewegungen nationalistisch orientierten, bezogen sie sich in aller Regel auf die durch die Kolonialherrschaft entstandenen Abgrenzungen. Das trifft auch da zu, wo nationalistische Organisationen klar erkennbar die Bestrebungen einer ethnisch definierten Basis zum Ausdruck brachten, wie dies exemplarisch für die FNLA in Angola gelten dürfte. Ihre ethnische Basis waren ohne Zweifel die Bakongo, deren Siedlungsgebiet neben dem Norden Angolas den Westen von Zaire und große Teile von Kongo-Brazzaville umfaßt. Dies hinderte den FNLA-Führer Holden Roberto in keiner Weise, die politische Führungsrolle für Gesamt-Angola zu beanspruchen. Ethnische Affinitäten bestimmten freilich sehr wohl seine Allianzstrategie mit dem Diktator



Konstruktion brüchiger Traditionslinien zur Legitimation der Herrschaft **aus: Kommune 11/91**



Mobutu im benachbarten Zaire (vgl. Decke 1983). Gerade dies Beispiel einer häufig als tribalistisch interpretierten Gruppierung unterstreicht die Bedeutung der kolonial vorgegebenen Grenzen für die Bestimmung des Handlungsfeldes 'nationaler' Bewegungen.

Die Herausbildung nationaler Bewegungen in kolonisierten Gesellschaften ging in der Regel von kleinen Gruppierungen aus, die spezifische Erfahrungen mit kolonialer Unterdrückung und Diskriminierung, aber auch mit Modernisierung gemacht hatten. Häufig handelte es sich um Studenten, die sich zunächst im kolonialen 'Mutterland' organisierten und begannen, eine auf ihre gemeinsame kolonisierte Heimat bezogene 'nationale' Ideologie zu entwickeln (vgl. Anderson 1988). Es muß nicht verwundern, daß diese Gruppierungen nicht nur die Ausgangsbasis für die Organisation antikolonial-nationalistischer Parteien bildeten, sondern sich auch zu Allianzen und strategischen Gruppen formierten, die in der gesellschaftlichen Umbruchsituation der Entkolonialisierung entscheidende Positionen im Staatsapparat besetzten und es so vermochten, sich Appropriationschancen zu sichern (vgl. Bayart 1989; Evers/Schiel 1988).

Die Erfindung von Tradition

Die postkoloniale Situation stellt erhöhte Anforderungen an die nationale Ideologie. Postkoloniale Staaten stehen vor dem Problem, Bezugspunkte für die eigene Existenz zu finden, die über die im Wesentlichen zufällige und willkürliche Grenzziehung hinausgehen. In einigen Fällen - besonders in Südostasien, in Äthiopien, Mexiko oder Peru - wurden Versuche zur Konstruktion mehr oder weniger brüchiger Traditionslinien unter Berufung auf vorkoloniale Vorgänger oder Vorbilder unternommen. Unabhängig von der Glaubwürdigkeit solcher Legitimationsversuche können sie die Problematik unterschiedlicher lokaler und regionaler, meist ethnisch bestimmter Identifikationen auf dem einmal gegebenen Staatsgebiet nicht beseitigen. Neben der Strategie, 'Minderheiten' zu definieren und diese zu unterdrücken oder auch durch Zugeständnisse spezifischer Rechte abzufinden, stehen daher Versuche, eine eigene Identität zu entwickeln und diese ideologisch zu überhöhen.

Solche Strategien kamen in der Phase nach der Unabhängigkeit beispielsweise in dem Versuch vieler afrikanischer Regierungsequipen zum Ausdruck, spezifische 'nationale' Ideologien zu propagieren, meist mit mehr oder weniger ernst gemeintem 'sozialistischem' Anspruch. Das gilt auf dieser Ebene beispielsweise für 'harambee' in Kenya, 'ujamaa' in Tanzania oder 'humanism' in Zambia. Aber auch mit der Behauptung einer spezifischen, nationalstaatlich bestimmten Identität in Lateinamerika, etwa einer 'Peruanidad', dürfte es nicht viel anders bestellt sein. Ernster zu nehmen sind die bewußten und ausdrücklich so deklarierten Versuche, nationale Identität im Zusammenhang nationaler Befreiungskämpfe zu konstituieren, im Prozeß des militant und auch militärisch geführten Kampfes "als Nation geboren zu werden" (SWAPO 1981). Hier soll der nationale Zusammenhalt durch die gemeinsame historische Erfahrung des Kampfes um die nationale Unabhängigkeit entstehen, der es zugleich möglich mache, regionale Unterschiede zu überwinden. Wir werden darauf noch ausführlicher eingehen. Einen wichtigen Schritt weiter gehen Konzepte nationaler Befreiungskämpfe, die die Konkurrenz mehrerer 'nationaler Projekte' berücksichtigen, etwa aufgrund der Orientierung an unterschiedlichen 'Klasseninteressen' (vgl. bes. No Sizwe 1979). Hierher gehört auch das Eingeständnis, daß mit der Beseitigung unmittelbarer 'nationaler' Unterdrückung, d.h. des Beweggrundes des nationalen Befreiungskampfs, die internen Widersprüche und Gegensätze der Nation aufbrechen werden (vgl. Cabral 1983): Das Versprechen, die Nation als harmonische Gemeinschaft zu definieren, erweist sich als gefährliche Illusion, weil es Ausgangspunkt neuerlicher Unterdrückung sein kann, die sich diesmal gegen die Artikulation innergesellschaftlicher Konflikte richtet.

Die Illusion nachholender Entwicklung

Nun verspricht aber die nationale Perspektive gerade eine - in der Formulierung von Benedict Anderson - 'vorgestellte Gemeinschaft', die den Kolonisierten versagt geblieben war, die Anerkennung als Freie oder doch zumindest Gleiche in einem nach außen abgegrenzten Staat. Und 'vorgestellte Gemeinschaft' ist keineswegs 'fiktiv'; vielmehr verlangt sie nach einer substantiellen Ebene, auf der sie für die Teilhaberinnen und Teilhaber erfahrbar eingelöst wird. Wir stoßen hier auf einen wesentlichen Beweggrund für die Emphase, mit der postkoloniale Staaten fast durchgängig das Ziel nachholender Entwicklung verfolgt haben, für den staatlichen 'Entwicklungsfetischismus' (v. Freyhold 1992). Sein Antrieb wurde häufig im Erwartungshorizont der Massen angesichts der Unabhängigkeit gesehen, zumal dann, wenn die staatliche Eigenständigkeit in langjährigen, bitteren und verlustreichen Kämpfen errungen worden war.

Diese Erwartungen richteten sich in erster Linie auf ein Minimum dessen, was Staaten in anderen Teilen der Welt ihren Bürgerinnen und Bürgern zu gewährleisten schienen: Sicherheit nicht nur vor gewaltsamen Übergriffen seitens (kolonialer) Staatsorgane oder auch Einzelner, sondern auch ein Minimum an Sicherung materieller Lebensbedingungen (vgl. Schiel 1988; Kößler/Schiel 1991). Das Scheitern unterschiedlichster Strategien nachholender Entwicklung in der erdrückenden Mehrheit postkolonialer Staaten hat diese entscheidende Legitimitätsbedingung, die substantielle Grundlage dieser Staaten als Verkörperung einer vorgestellten Gemeinschaft, wegbrechen lassen. Damit ist in den meisten postkolonialen Staaten der Versuch zur Konstituierung einer nicht-ethnischen nationalen Identität wo nicht gescheitert, so doch in eine fundamentale Krise geraten.

Trotz alledem bleibt es eine Tatsache, daß antikoloniale Bewegungen in erster Linie mit 'nationalen' Programmen aufgetreten sind, und daß auch postkoloniale Staaten nach wie vor als nationale Einheiten definiert werden. Es scheint uns daher lohnend, den Gründen nachzugehen, warum die Nation nicht nur als Vorstellung, mit immerhin einigen substantiellen Grundlagen, sondern selbst als offenkundige Fiktion eine so herausragende Rolle gespielt hat und noch immer spielt. Wir versuchen diesem Problem durch einen etwas genaueren Blick auf die Entwicklung in Afrika auf die Spur zu kommen.

Probleme des nation building am Beispiel afrikanischer Länder

Der Kolonialstaat war nicht nur der Gegner der antikolonialen und nationalistischen Bewegungen, er war auch der unmittelbare Vorgänger der Staaten, die nach der Unabhängigkeit entstanden. Die koloniale Staatenbildung in Afrika war in hohem Maß ein 'kulturelles Projekt' (Young 1988), d.h. es ging um die Übertragung von Verwaltungstechniken und politischen Verfahren, um die Hegemonie der Kolonialmacht zu sichern. Als Modell für den kolonialen wie für den nachkolonialen Staat diente daher der metropolitane Staat. Wie wir gesehen haben, liegt diese Modellfunktion aber gleichsam quer zu den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen der Entwicklung von Staat und Nation.

Und wesentliche Aspekte, die metropolitane Staaten selbst erst im Lauf des 20. Jahrhunderts entwickelten, vor allem die garantierte Massenpartizipation formal gleicher Staatsbürger, waren den Kolonisierten ja gerade verweigert worden. Für Fatton (1990) drückt sich in diesen Zusammenhängen das historische Erbe jahrzehntelanger kolonialer Fremdherrschaft aus. Nicht nur orientierte sich die Kolonialherrschaft an dem Modell der Metropolen; ihre diktatorischen Züge und rigiden Unterwerfungsstrategien führten auch zur Infantilisierung der Bevölkerung, zur Herausbildung einer unterwürfigen Kultur des Gehorsams und der Anpassung an Autoritäten. Diese unter kolonialer Sozialisation geschaffenen bzw. verstärkten Dispositionen und Persönlichkeitsstrukturen liessen wenig Raum für Widerstand, Herausfor-



derung und Revolte, weniger noch für die Einübung demokratischen Verhaltens.

Dagegen wurden partikular-regionale, vor allem ethnisch-tribale Identitäten da, wo sie vorhanden waren, vertieft oder überhaupt erst geschaffen (vgl. Melber 1985). Für Amilcar Cabral, den 1973 ermordeten Präsidenten der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei für Guiné-Bissau und die Kapverden (PAIGC) folgte daraus die Notwendigkeit, sorgfältig zwischen (potentiell destruktiven) ethnisch-tribalen und (potentiell konstruktiven) regional-kulturellen Identitäten zu unterscheiden. Die Befreiungsbewegung habe die widersprüchlichen Gegebenheiten des kulturellen Panoramas zur Kenntnis zu nehmen und zu bestimmen, "um die positiven Werte zu erhalten, deren Vereinigung im Sinne des Kampfes und in einer neuen Dimension - der nationalen Dimension - zu verwirklichen" (Cabral 1983, S. 307).

In der Situation des antikolonialen, bereits national definierten Kampfes wurde 'Nation' zur vorrangig politisch bestimmten Antithese zu dem durch das koloniale System geprägten, ethnisch-partikular verbrämten Herrschaftsapparat der weißen Minderheit. Dieser Nationalismus beruht entscheidend auf der Negation der Fremdherrschaft durch den organisatorischen Träger des Befreiungskampfs, die 'nationale' Befreiungsbewegung und vor allem die Organisation(en), in denen sie sich kristallisiert und repräsentiert. Deren zentrale Parole appelliert an die eine Nation gegenüber den vielen partikularen, vor allem 'ethnischen' Loyalitäten ("one xyz, one nation"). Der Mythos 'Nation' wird so dem kolonialistisch besetzten und verstärkten Mythos 'Stamm' entgegengesetzt. Die zunächst wenigstens fiktive Zielvorstellung der Vereinheitlichung der Bevölkerung eines Territoriums in der durch den Befreiungskampf zu schaffenden Nation kann sich auf die gesellschaftliche Polarisierung stützen, die durch das koloniale Unterdrückungssystem herbeigeführt wurde. Die politisch- kulturelle Vereinheitlichungstendenz verhält sich also komplementär zu der kolonialen Herrschaftsstrategie des 'teile und herrsche'. Durch die verschärfte Konfrontation im Befreiungskampf - zumal wenn er nicht nur politisch, sondern auch militärisch geführt wird - verstärkt sich diese Tendenz.

Die ideelle, voluntaristische Überhöhung des 'Nationalismus als Ausgleichsreaktion der Peripherie' läßt sich so noch einmal als Kompensation für die fehlende materielle Realität verstehen. Sie steht für den verzweifelten Versuch, diese substantielle Grundlage durch "die kompensatorische ideologische Waffe Nationalismus" zu schaffen, der zum "ideelle(n) Motor des Ausbruchs" aus den Aporien der postkolonialen Situation werden soll (Nairn 1978, S. 22, 23; vgl. Kadritzke 1992, S. 184). Es geht also darum, die beiden Mythen 'Stamm' und 'Nation', die Ausdruck in der materiellen Realität gefunden haben, gerade auch in ihrer wechselseitigen Abgrenzung neu zu definieren. Der antikoloniale, nationalistische Widerstand wendet sich gegen die 'Tribalisierung' der Kolonisierten mit der Forderung nach 'Nationalisierung des Bewußtseins'.



Eine sahrauische Militärkapelle spielt die Nationalhymne. Photo: Christine de Grancy

Doch die vom kolonialen 'Tribalismus' erzeugten oder zumindest geschürten Ressentiments sind nicht durch das bloße Auftreten einer nationalen Bewegung zu erledigen. Sie können auch nicht einfach ignoriert oder deklamatorisch dem 'Müllhaufen der Geschichte' anheimgegeben werden. Ein solches Vorgehen entspricht zwar den Versuchen in vielen dekolonisierten Staaten Afrikas, straff zentralisierte Einheitsstaaten aufzubauen. Die realen Erfahrungen weisen aber in eine andere Richtung. Die gesellschaftlichen (Verteilungs-)Konflikte nach der formalen Unabhängigkeit haben meist gezeigt, daß nach dem Wegfall des negativen Bezugspunkts gemeinsamer Abgrenzung, also des Kolonialregimes, interne Widersprüche neu aufgebrochen sind. Im Unterschied zu den meisten anderen Führern nationaler Befreiungsbewegungen hat Amilcar Cabral dies schon im Vorfeld der Übernahme der Staatsmacht prognostiziert (vgl. 1983, S. 121). Doch ist wohl zu wenig gesehen worden, daß diese innergesellschaftlichen Widersprüche wesentlich auch in ethnisch-partikularer Form artikuliert werden.

Ludi Lodovico bezeichnet es denn auch als besonders gravierendes und langlebiges "Mißverständnis westeuropäischer und amerikanischer Linker", daß sie die "Befreiung von Völkerschaften aus kolonialer Abhängigkeit unter dem unpassenden Terminus 'nationale Befreiung'" subsumierten. Eine solche 'Verpuppung' bediene sich mangels der Verwirklichung der zumindest von den Organisationen nationaler Befreiungsbewegungen proklamierten sozialen Revolution des nationalen Kostüms, "um wenigstens Reste von Massenloyalität und Legitimität zu behalten" (1992, S. 203). Soll aber der Staat ein Minimum an Legitimität als Repräsentant der Allgemeinheit erreichen, so ist eine objektiv vorhandene kollektive Identität ebenso erforderlich wie deren subjektive Internalisierung durch die Betroffenen (vgl. van Cranenburgh 1990, S. 29f).

Gerade in Afrika besteht sonst einerseits die Alternative des Rückzugs vom Staat im Sinne der lange afrikanische Gesellschaften prägenden 'exit option' (vgl. Bayart 1989); das mag für einzelne Gemeinschaften als eine sinnvolle Option erscheinen. Das 'nationale Projekt' ist unter solchen Voraussetzungen jedenfalls zum Scheitern verurteilt. Näherliegend und zugleich gefährlicher dürfte in vielen Fällen eine andere Möglichkeit sein: die Konkurrenz ethnisch definierter Gruppen um die Kontrolle des zentralen Staatsapparats, die immer wieder zu militärischen Konflikten geführt hat, gegenwärtig besonders in Liberia, Rwanda und Somalia. Doch auch in Angola waren die militärischen Auseinandersetzungen nach dem Zusammenbruch der portugiesischen Kolonialherrschaft wesentlich geprägt durch ethnische Mobilisierung, die hier freilich durch die südafrikanische und die US-Politik von außen forciert worden ist.

Nationales Projekt und 'zivile Gesellschaft'

Für die Staaten der 'Dritten Welt' stellt sich also -gerade angesichts einer in vielen Fällen äußerst zerklüfteten und von

Ungleichzeitigkeiten geprägten gesellschaftlichen Situation - mit besonderer Schärfe das Problem von Kohäsion und Konsens. Die Schaffung von 'Kohäsion' bezeichnet dabei die Aufgabe, widerstreitende Interessen soweit in Übereinstimmung zu bringen, daß das nationalstaatlich umschriebene Gesamtsystem vom Zerfall bewahrt bleibt (vgl. Poulantzas 1975, S. 361).

Diese Frage hat sich mit besonderer Dringlichkeit für 'Befreiungsbewegungen an der Macht' gestellt, also für die im afrikanischen Kontext bisher radikalste Negation des kolonialen Verhältnisses. Die Befreiungsbewegung hat in einer auch militärisch geführten gesellschaftlichen Auseinandersetzung, die dem von Antonio Gramsci (vgl. 1967, S. 347) so bezeichneten 'Bewegungskrieg' entspricht, die politischen Machtzentren erobert. Dieser 'Bewegungskrieg' bedeutete eine frontale Konfrontation mit der illegitimen kolonialen Staatsmacht, allenfalls gemildert durch das Aushandeln von Übergangsmodalitäten in der Schlußphase. Es fragt sich nun, wie in der Übernahme der Staatsmacht durch die Repräsentanten der Befreiungsbewegung neue hegemoniale Strukturen etabliert werden können, die einen neuen Basiskonsens als Grundbedingung gesellschaftlichen Zusammenhalts schaffen können.

Gramsci hatte in seiner Gegenüberstellung von 'politischer Gesellschaft', also dem Staatsapparat, und 'ziviler Gesellschaft' (società civile) deutlich gemacht, daß Zivilgesellschaft als ein Feld der Auseinandersetzung um hegemonialen Konsens nicht einfach durch staatliches Handeln ersetzt werden kann. Zivilgesellschaft läßt sich dabei kurz und bewußt unvollständig verstehen als ein Bereich zumindest potentiell autonomer Organisation, der als kritisches Moment, als Widerlager zu staatlichem Handeln dienen kann (vgl. im einzelnen Kößler/Melber 1993 (i.E.)). In dieser Perspektive kommt politisch-kulturellen Faktoren als zentralen Momenten der 'Vergesellschaftungs- und Integrationsproblematik' (Deppe 1989, S. 27) entscheidende Bedeutung zu. Das gilt nicht zuletzt für 'nationale', aber auch für 'ethnische' Identität, wobei der Bereich autonomer Organisation die Artikulation derartiger Identitäten schwerlich wird ausschließen können.

Die Frage ist nun, ob das Fehlen eines solchen Raumes relativ autonomer Organisation ausgeglichen werden kann durch eine "'erzieherische' Rolle des Staates", wie dies, ebenfalls unter Bezug auf Gramsci, ausdrücklich für 'postkoloniale Staaten' behauptet wurde (Hall 1989, S. 89). Die Erfahrung der Unabhängigkeit in Afrika und der Schaffung 'nationaler' Identitäten unter Bezug auf die durch die Entkolonialisierung geschaffenen Staaten begründet vielmehr ernstliche Zweifel an dem gesamten Projekt. Der Versuch, nationale Identität von oben, durch die Aktivitäten eng umgrenzter Eliten zu schaffen (vgl. Cahen 1992) hat zwar an dem von uns oben erläuterten Problem der gesellschaftlichen Kohäsion auf gesamtstaatlicher Ebene angesetzt. Aus einer ganzen Reihe von Gründen mündete dieser Versuch aber in der Entstehung neuerlicher, verengter Dominanz- und Subordinationsverhältnisse.

Die nahezu drei Jahrzehnte dauernde Vorherrschaft politischer Monopole in Afrika ist heute durch eine 'Demokratiebewegung' erschüttert (vgl. u.a. Kößler/Melber 1990, 1991, Melber 1992a), die sich bisher auch durch Rückschläge nicht hat eindämmen lassen. Diese Bewegung stellt aber gerade da, wo sie relative Erfolge zu verbuchen hat, etwa die Regimewechsel in Benin und in Zambia, die Frage nach den Grundlagen gesellschaftlicher Hegemonie und Kohäsion in neuer und verschärfter Form. Es scheint, daß der auf die bestehenden Staaten bezogene Nationalismus sich in seinen bisherigen Ausformungen hier als untauglich erwiesen hat. Die Krise Afrikas, ebenso wie der postkolonialen Gesellschaften generell, ist daher nicht nur und vielleicht nicht in erster Linie ökonomisch. Wenn es Lösungen gibt, so werden sie die Frage politisch-kultureller Hegemonie und der Grundlagen gesellschaftlichen Zusammenhangs einschließen müssen.

Reinhart Kößler / Henning Melber



Zitierte Literatur:

Altvater, Elmar 1987: Sachzwang Weltmarkt. Hamburg.
Anderson, Benedict 1988: Die Erfindung der Nation. Frankfurt am Main/New York 1988.
Bayart, Jean-François 1989: L'État en Afrique. Paris.
Braun, Bärbel 1991: Nationalstaat und Nationalismus in Indonesien. phil. Diss. Münster, Buchfassung i.E.
Buci-Glucksmann, Christine 1982: "Formen der Politik und Konzeptionen der Macht." In: Neue Soziale Bewegungen und Marxismus. Argument-Sonderband 78. Berlin, S. 39-63.
Cabral, Amilcar 1983: Die Theorie als Waffe. Bremen.
Cahen, Michel 1992: "Ce que l'Afrique noire pourrait apprendre à l'Europe." Le Monde diplomatique, Juli 1992.
van Cranenburgh, Oda 1990: The Widening Gyre. The Tanzanian One-Party State and Policy towards Rural Cooperatives. Delft.
Decke, Bettina 1983: A terra é nossa. Bonn.
Deppe, Frank 1989: "Zur Aktualität der politischen Theorie von Luxemburg und Gramsci." In: Die "Linie Luxemburg-Gramsci". Argument-Sonderband 159. Berlin und Hamburg. S. 14-32.
Evers, Hans-Dieter/Tilman Schiel 1988: Strategische Gruppen. Berlin (W).
Fanon, Frantz 1969: Die Verdammten dieser Erde. Reinbek.
Fatton Jr., Robert 1990: "Liberal Democracy in Africa." Political Science Quarterly, vol. 105, S. 455-473.
von Freyhold, Michaela 1992: "Demokratisierungsprozesse in Afrika". Peripherie 45, S. 32-66.
Gramsci, Antonio 1967: Philosophie der Praxis. Frankfurt am Main.
Hall, Stuart 1989: "Antonio Gramscis Erneuerung des Marxismus und ihre Bedeutung für die Erforschung von 'Rasse' und Ethnizität." In: Ders., Ausgewählte Schriften. Berlin und Hamburg, S. 56-91.
Kadritzke, Niels 1992: "Die überraschende Wiederkehr des Nationalismus in der Geschichte." Prokla, Nr. 87, S. 166-188.
Kößler, Reinhart 1991/92: "Einschluß und Abgrenzung. Nation, Nationalismus und erfundene Tradition." Blätter des iz3w 178, S.20-23.
Kößler, Reinhart/Tilman Schiel 1991: "Verstaatlichung nationaler Befreiungsbewegungen." Peripherie 41, S. 50-70.
Kößler, Reinhart/Melber, Henning 1990: "Afrika vor der demokratischen Frage." Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 9, S. 1052-1059.
Kößler,Reinhart/Melber, Henning 1991: "Demokratisierungsbewegungen in Afrika - Das Ende der Ein-Parteien-Herrschaft?" Dritte Welt, Nr. 6, S. 5-8.
Kößler, Reinhart/Henning Melber, 1993: Chancen internationaler Zivilgesellschaft. Frankfurt am Main (i.E.)
Lodovico, Ludi 1992: "Wem das Posthorn bläst - zur Konstruktion und Konjunktur des Nationalen." Prokla, Nr. 87, S. 189-206.
Melber, Henning 1985: "Stammeskultur als Zivilisationsgut." Peripherie, Nr. 18/19, S. 143-161.
Melber, Henning 1990:"Befreiungsbewegungen an der Macht." In: Uwe Hirschfeld/Werner Rügemer (Hg.), Utopie und Zivilgesellschaft. Berlin, S. 179-188.
Melber, Henning 1991/92: "Rassismus und Nationalismus ... Klassengesellschaft und Staat." Blätter des iz3w, Nr. 178, S.24-26.
Melber, Henning 1992a: "Demokratisierungsbewegung in Ländern Afrikas." Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 1, S. 40-42.
Melber, Henning 1992b: Der Weißheit letzter Schluß. Rassismus und kolonialer Blick, Frankfurt/Main.
Nairn, Tom 1978: "Der moderne Janus". In: Ders./Eric Hobsbawm/Regis Debray/Michael Löwy, Nationalismus und Marxismus. Berlin (W), S. 7-44.
No Sizwe 1979: One Azania, One Nation. London.
Poulantzas, Nicos 1975: Politische Macht und gesellschaftliche Klassen. Frankfurt/M. (2. Aufl.).
Poulantzas, Nicos 1978: Staatstheorie. Hamburg.
Roberts, Bryan R. "State and Region in Latin America." In: G.A. Banck/R. Buve/I. van Vroonhov (Hg.), State and Region in Latin America. Amsterdam, S. 9-40.
Schiel, Tilman 1988: "Alltag und Geborgenheit." Peripherie 32.
Sigrist, Christian 1973: "Emanzipationsbewegungen in abhängigen Gesellschaften." In: Martin Greiffenhagen (Hg.), Emanzipation. Hamburg, S. 365-386.
Sheth, D.L. "Nation-Building in Multi-Ethnic Societies." In: Ramakant/B.C. Upreti (Hg.), Nation-Building in South Asia. Bd. 1, New Delhi 1991.
SWAPO of Namibia 1981: To be Born a Nation. London.
Young, Crawford 1988: "The African Colonial State and Its Political Legacy." In: Donald Rothchild/Naomi Chazan (Hg.), The Precarious Balance. State and Society in Africa. Boulder und London, S. 25-66.



Nationale Befreiung und Fundamentalismus

Der Islam in der, mit der und gegen die PLO

Als bei den Wahlen zur Bestellung der Handelskammer der Stadt Ramallah in der Westbank im März dieses Jahres die fundamentalistische Islamische Liste sämtliche elf Sitze ergatterte, mußten auch die letzten Ungläubigen die enorme Stärke der Islamisten anerkennen. Diese Katastrophe für die "Nationale Liste" der PLO zeichnete sich schon in den vorangegangenen Wahlen zu den Handelskammern in Hebron und Tulkarem ab, die knapp verloren wurden. Nur in den Maiwahlen in der nationalistischen Hochburg Nablus konnten sich die PLO-Parteien behaupten.
Die Hamas-Bewegung (Harakat al-Muqawama al-Islamiya, "Bewegung des islamischen Widerstands") scheint dem nationalistischen Lager den Rang abzulaufen und stellt eine ernsthafte Bedrohung für den Anspruch der PLO dar, das palästinensiche Volk allein zu vertreten. Außerdem stellt sich die Frage, ob der Islam sich anschickt, den Nationalismus als identitätsstiftendes Moment des palästinensischen Volkes abzulösen.

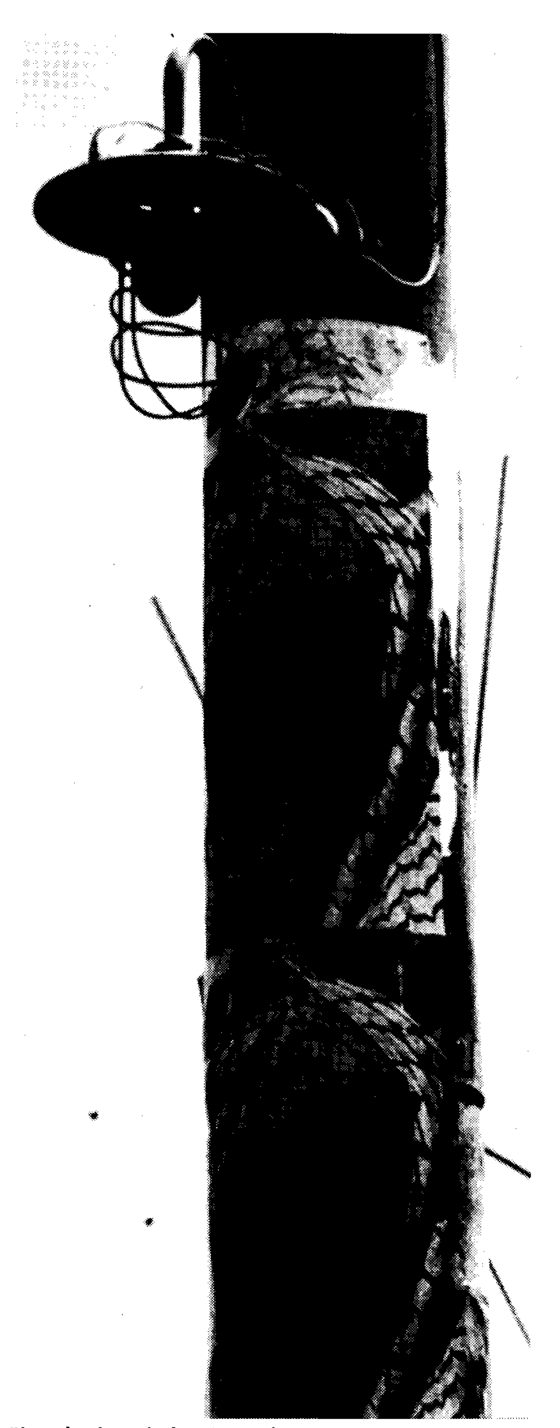
Das nationalistische und das islamistische Lager haben sich in der Vergangenheit oft bekämpft, teilweise bekriegt. Jüngster Ausdruck dieser Konkurrenz sind die militanten Auseinandersetzungen zwischen Fatah- und Hamas-Anhängern im Streit um die Beteiligung einer palästinensischen Delegation an den Nahost-Befriedungsgesprächen. Die Geschichte des palästinensischen Widerstands in diesem Jahrhundert zeigt aber auch, daß eine Reihe von Verbindungen und Berührungspunkten zwischen Nationalisten und Islamisten bestanden, bzw. daß der Islam innerhalb der Nationalbewegung schon immer eine bedeutende Rolle gespielt hat. Betrachtet man die Geschichte unter diesem Blickwinkel, so erscheint das Überlaufen großer Bevölkerungsteile vom nationalistischen in das islamistische Lager bei weitem nicht mehr so abenteuerlich.

Die Anfänge der Nationalbewegung

Der palästinensisch-arabische Nationalismus entwickelte sich als Reaktion auf die Einwanderung zionistischer Siedler nach Palästina. Für die ansässige Bevölkerung stellte sich der Zionismus zum einen als mit der kolonialen Expansion Großbritanniens in Verbindung stehend dar. Er wurde als Phänomen mit rein europäischem Charakter angesehen, wie auch der Zionismus sich als Antwort auf den Antisemitismus in Europa begriff. Zum anderen wurde der Zionismus als ein religiös-politischer Anspruch wahrgenommen, ein jüdisches Land für eine jüdische Nation zu schaffen.

Auf palästinensischer Seite waren zwei entsprechende Motive anzutreffen: ein allmählich erwachendes nationales Bewußtsein großsyrischer, panarabischer oder palästinensisch-arabischer Prägung mit dem Ziel, die Vorherrschaft Europas zu beenden und ein in der palästinensischen Sozialstruktur und der religiösen Tradition begründeter Rückgriff auf den Islam als Kristallisationspunkt gegen den Zionismus [1].

In den zwanziger Jahren dominierten die gegenüber der britischen Mandatsregierung gemäßigt auftretenden Notablen aus der Osmanenzeit die Nationalbewegung. Sie hofften, England von seiner prozionistischen Politik abbringen zu können und verfolgten das Ziel, ein autonomes Palästina in den Grenzen des britischen Mandatsgebietes unter britischem Protektorat zu schaffen. In ihrer Argumentation gegen den Zionismus betonte die Nationalführung die Zersetzung des traditionellen Sozialverhaltens durch die drohende Verwestlichung der gesellschaftlichen Werte und die angeblich bolschewistische Haltung der Juden. Der Kampf gegen



Ein palästinensischer Staat - im Namen Gottes?
Photo: Palästina 1/88



den Zionismus als politische Bewegung vermischte sich in dieser Zeit sehr stark mit antijüdischen Ressentiments. Die Nationalführung hob den Konflikt bewußt auf die Ebene eines "Rassen- und Religionsstreits" Juden gegen Araber, um die ländliche Bevölkerung anzusprechen, deren sozialer Bezugsrahmen bis in die dreißiger Jahre hinein nicht national war. Hier schienen Ordnungsvorstellungen, die Religion und Politik ineinander übergehen ließen, am geeignetsten, um den Widerstand gegen den Zionismus zu organisieren. Mufti und Moschee übernahmen die entsprechenden Rollen.

So kam es 1929 nach Zwischenfällen zwischen Juden und Muslimen auf dem Tempelberg, auf dem heilige Stätten des Islams und des Judentums beheimatet sind, zu einer regelrechten Judenjagd, auch in Gebieten, in denen alteingesessene Juden lebten, nachdem die arabischen Führer eine Kampagne mit einer Mischung aus nationalen und religiösen Parolen gestartet hatten.

Den islamischen Aspekt der nationalen Sache betonte v.a. der "Großmufti" von Jerusalem Hadsch Amin al-Husaini, der in den dreißiger Jahren zum führenden Kopf in der Auseinandersetzung mit dem Zionismus avancierte. So gelang es dem Führer der muslimischen Gemeinde in Palästina sogar, Mitte der dreißiger Jahre eine große Anzahl von Mitgliedern der Istiqlal- ("Unabhängigkeits"-)Partei um sich zu scharen. Die Istiqlal-Partei war eigentlich panarabisch orientiert. Aber auch die explizit nationalen Kräfte um die Jerusalemer Familien Husaini (Arabisch-palästinensische Partei) und Naschaschibi (Nationale Verteidigungspartei) bemühten immer wieder die religiöse Symbolik [2].

Die Muslimbrüder bei Fatah

Nach der palästinensischen Katastrophe von 1948, als 700.000 AraberInnen aus Israel vertrieben wurden oder flüchteten, bildeten sich in der Diaspora zwei Grundströmungen in der Nationalbewegung heraus. Die eine organisierte sich im Bund der Arabischen Nationalisten, der Qaumiyun, und orientierte sich panarabisch und nasseristisch. Die Qaumiyun glaubte, der Weg zur Befreiung Palästinas liege in der arabischen Einheit. Sie predigte einen bürgerlichen Nationalismus und Antiimperialismus. Aus ihr gingen in den späten sechziger Jahren die Volksfront (PFLP) und die Demokratische Front (DFLP) zur Befreiung Palästinas hervor, die sich nach Nassers Tod auf den wissenschaftlichen Sozialismus beriefen.

Eine andere Richtung der Nationalbewegung griff Ende der fünfziger Jahre im kuwaitischen Exil die Fäden aus der Zeit vor 1948 wieder auf. Sie gründete eine Organisation, die sich ausschließlich der Befreiung Palästinas verschrieb: al-Fatah. In den Augen von Fatah war die palästinensische Katastrophe v.a. aus dem Versagen der arabischen Regierungen zu erklären. Dementsprechend wurde ein eigenständiger palästinensischer Nationalismus propagiert und eine Sammlungsbewegung verschiedener Strömungen angestrebt. Wie stark islamistische oder zumindest streng gläubige Kräfte in Fatah vertreten waren, zeigt ein Blick auf die Gründungsgeneration:

Die Initiatoren waren ehemalige Muslimbrüder oder deren Sympathisanten, z.B. Yasir Arafat, Abu Dschihad und Abu Iyad. Eine zweite Gruppe rekrutierte sich aus unabhängigen palästinensischen Nationalisten. Die dritte Strömung bestand aus Mitgliedern der palästinensischen islamistischen Tahrir- ("Befreiungs-")Partei, die 1952 von einem Schüler Hadsch Amin al-Husainis gegründet wurde. Mitglied war u.a. Khalid al-Hasan. Schließlich gesellten sich auch Mitglieder der Baath-Partei hinzu, die sozialistisches Gedankengut einbrachten [3].

Ein nationaler Islam: Dschihad Islami

Bis heute hat Fatah weitgehend auf eine ausgearbeitete Ideologie verzichtet. Sie begreift sich bislang mehr als eine Bewegung für einen palästinensischen Nationalismus als eine Partei. Noch immer sind verschiedene politische Strömungen vertreten, wobei die Rechte mit einem konservativislamischen Gesellschaftsbild dominiert. Da Fatah die stärkste Kraft innerhalb der PLO ist, verwundert es nicht, daß Arafat den palästinensischen Staat auf dem 19. Palästinensischen Nationalkongreß 1988 in Algier 'im Namen Gottes' ausrief.

Als im Dezember 1987 durch spontane Massendemonstrationen die Intifada als explosives Gemisch nach 20 Jahren Entrechtung, Enteignung und Einzwängung durch die israelische Besatzung ausbrach, bildete sich nach einem Monat die Vereinigte Nationale Führung des Aufstandes (VNF), ein Bündnis aus Fatah, Volksfront, Demokratischer Front und der Kommunistischen Partei. Als religiös-nationale Kraft schloß sich auch der Dschihad Islami der VNF an.

Der Dschihad Islami steht in enger militärischer Kooperation mit Fatah, manche sagen, er sei von Fatah gegründet worden. Der Dschihad sieht sich in der Nachfolge des syrischen Scheichs Izzadin al-Qassam (1871-1935), der mit seinen Anhängern zu Beginn der dreißiger Jahre die ersten bewaffneten Kampfhandlungen gegen Zionisten und (im Unterschied zur National-





führung) Briten begann. Qassam wollte die Muslime zu einem von Modernismen gereinigten Islam zurückführen und lehnte die Herrschaft von Nicht-Muslimen über Muslime ab. Um ihn scharten sich landlose und vertriebene Bauern, fromme muslimische Kämpfer.

Das Dschihad-Verständnis des Dschihad Islami drückt sich im Glauben an den bewaffneten Kampf aus, dessen Ziel die Beseitigung der Besatzung und der Besatzungsmacht ist, also auch des Staates Israel. Da in dieser Organisation die Palästina-Frage als die zentrale Frage der islamischen Bewegung betrachtet wird und der Islam sogar in den Dienst der Palästina-Frage gestellt wird, stellt sich der Dschihad Islami in das nationale Lager und arbeitet mit säkularen Gruppen zusammen. "Der hauptsächliche Kampf" sei der "zwischen Israel und allen Gegnern der Okkupation, einschließlich der nationalen Kräfte"[4]. Auseinandersetzungen will der Dschihad auf demokratische Weise nach Errichtung des palästinensischen Staates ausfechten.

Die Beispiele der religiösen Agitation der Nationalführung aus den zwanziger und dreißiger Jahren, der Verbundenheit breiter Strömungen in Fatah mit dem Islam und des "nationalen Islams" des Dschihad Islami zeigen, daß sich die beiden ideologischen Kristallisationspunkte des palästinensischen Widerstands, der Islam und der Nationalismus, in der Geschichte schon oft verbunden haben. Sie konnten und können dies, weil die Interessen ihrer Vertreter im palästinensischen Antizionismus zusammenfallen.

Hamas und die PLO

Hamas hat eine Beteiligung an der VNF dagegen bislang abgelehnt. Die islamische Widerstandsbewegung bestreitet, daß die säkulare PLO Vertreterin eines islamischen Waqf ("Besitz") sein könne. Diese religiöse Begründung müßte es der panislamischen Hamas-Bewegung prinzipiell verbieten, mit PLO-Parteien zusammenzuarbeiten; zumal solchen, die bereit sind, ein Stück des Waqf, Besitz aller Muslime bis zum Jüngsten Tag, abzutreten. Daß die Entscheidung neben der Nationalbewegung zu agieren statt in ihr aber eher eine Frage der Machtverhältnisse ist als eine der Ideologie, zeigt das Angebot von Hamas, sich im Palästinensischen Nationalkongreß vertreten zu lassen, wenn es 50% der Sitze erhält.

Auch die jüngsten bewaffneten Aktionen von Hamas-Aktivisten verdeutlichen, daß die Islamisten schon einmal Ideologie Ideologie sein lassen können. Entstanden ist Hamas nämlich aus der Muslimbruderschaft zu Beginn der Intifada. Die Muslimbruderschaft sah es als ihre gesellschaftliche Aufgabe an, sich um die moralische Ordnung und den Bildungsbereich zu kümmern. Hamas kam nun die Aufgabe zu, das Monopol des Dschihad Islami in Sachen "islamischer Aktivismus" zu brechen. Doch die Dschihad-Verpflichtung der Muslime verstand Hamas getreu den Prinzipien der palästinensischen Muslimbrüder als Auftrag, islamisches Bewußtsein zu verbreiten, auf dem Weg zu einem islamischen Palästina. Das scheint sich jetzt geändert zu haben. Hamas paßt seine Theorie und Praxis den jeweiligen Gegebenheiten an, mit dem Ziel, seine gesellschaftliche Basis so weit als möglich zu verbreitern.

Der Aufstieg der islamistischen Hamas-Bewegung heißt also nicht zwangsläufig, daß die Mehrheit in den besetzten Gebieten nicht mehr in nationalen Kategorien denkt. Auch wäre es unsinnig von einer Islamisierung der palästinensischen Gesellschaft zu sprechen, da deren Grundlagen ohnehin islamisch sind. Trotz aller Differenzen zwischen politischem Islam und Nationalismus fühlt und begreift sich die große Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung als muslimisch und arabisch. Die Widersprüche der Intellektuellen und Aktivisten sind nicht die der Massen.

Man sollte Hamas daher ganz nüchtern eher als politische denn als weltanschauliche Alternative zur PLO im nationalen Befreiungskampf gegen die äußere Bedrohung betrachten. Letztendlich bewegen sich die Islamisten, trotz anderslautender Ideologie, wie die PLO im palästinensisch-nationalen Rahmen.

In der palästinensischen Gesellschaft selbst verursacht der Aufschwung von Hamas dagegen natürlich gravierende Veränderungen, bzw. er ist Ausdruck dieser Veränderungen. Das spüren zur Zeit v.a. die palästinensischen Frauen, die noch vor zwei, drei Jahren aktiv am Aufstand beteiligt waren. Ihre Verschleierung und ihr Zurückdrängen aus dem öffentlichen Leben sind für Hamas zentrale Fragen, an denen das Wohl Palästinas hängt. Die VNF verurteilte Angriffe gegen Aktivistinnen zwar mehrfach in ihren Flugblättern, doch sie tat in der Praxis nichts, um diese zu verhindern. Die Attacken werden auch von linken Parteien als individuelles Problem der Frau betrachtet oder allein Kollaborateuren in die Schuhe geschoben. Durch ihre Passivität helfen die linken Männer mit, daß das reaktionäre Frauenbild von Hamas zur gesellschaftlichen Norm wird.

Dieser Punkt weist auf die eigentliche Erklärung des Aufschwungs von Hamas hin: Die Erfolge der islamischen Widerstandsbewegung sind ein Produkt der Krise der Intifada und der nationalistischen Parteien.

Die Krise der Intifada und der PLO

Die Intifada begann als Aufstand einer neuen Generation von Jugendlichen, die ihr Schicksal selbst in die Hand nahmen, ungeachtet israelischer Repression, arabischer Machtpolitik und internationaler 'Wetterlagen'. Sie war Ausdruck eines autonom-palästinensischen Nationalismus, der die eigene Gesellschaft auf die Selbständigkeit vorbereiten wollte. Den Volkskomitees - Menschenrechtsorganisationen, Frauenorganisationen, Komitees für medizinische Hilfe, für landwirtschaftliche Hilfe, Gewerkschaften etc. - kam daher zunächst eine zentrale Bedeutung zu. Die Mitarbeit in ihnen diente neben den Massendemonstrationen zum einen zur Mobilisierung der Bevölkerung. Zum anderen erhofften die PalästinenserInne durch den Ausbau eigenständigen Versorgung die Abhängigkeit von der israelischen Wirtschaft zu mindern. Die eigene Gesellschaft sollte so umgestaltet werden, daß sie sich den Erfordernissen der Intifada anzupassen vermochte. V.a. für Frauen bedeutete diese Entwicklung, sich über die einengenden traditionellen gesellschaftlichen Strukturen hinwegsetzen zu können.

Die Intifada war und ist kein bloßes Ereignis in der Geschichte der palästinensischen Nationalbewegung, sie wurde zu einem "way of life" für die Menschen in den besetzten Gebieten. Die feste Verankerung des Aufstandes im Alltag eines jeden Dorfes, also seine lokale Präsenz, ist die größte Stärke der Intifada. Das erkannten bald auch die israelischen Militärs, die versuchten, die Volkskomitees zu zerschlagen. Hunderte führende, meist junge AktivistInnen wurden inhaftiert und die Volkskomitees 1988 ver-



Die Erfolge von Hamas - Produkt der Krise der Intifada **Photo: Palästina 2/92**



boten. Damit wurde eine Massenbeteiligung sehr eingeschränkt, da die Komitees nun im Untergrund weiterarbeiten mußten [5].

Die soziale Ebene des nationalen Befreiungskampfes wurde aber auch durch einen selbstverschuldeten Umstand geschwächt: Die VNF betonte mehr und mehr die politische Dimension der Erhebung und vernachlässigte die sozialen und ökonomischen Aufgaben. Der Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten und die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates unter Führung der PLO in diesen Gebieten wurde die zentrale Forderung, neben der andere Inhalte von Befreiung zunehmend verblaßten, spätestens seit der Proklamation des palästinensischen Staates auf dem 19. Palästinensischen Nationalkongreß 1988 in Algier. Die Intifada wurde immer weniger als langanhaltender Kampf nicht nur gegen die Besatzung, sondern auch für die eigene palästinensische Gesellschaft begriffen.

So verpaßte die VNF, ein soziales und ökonomisches Programm zu entwerfen, das den Widerstand gestärkt und die schwere wirtschaftliche Krise nach dem Golfkrieg abgefedert hätte. Die Opfer des nationalen Aufstandes wurden und werden ohnehin von den "einfachen" Leuten erbracht. Der Beitrag der palästinensischen Bourgeoisie zur Intifada ist mehr rhetorischer Art. Während palästinensische ArbeiterInnen ihrer Arbeit in Israel fernblieben, solange sie es ökonomisch verkraften konnten, wurden die arabischen Unternehmer von der politischen Führung des Aufstandes nicht dazu angehalten, zu investieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Gewinne, die die Unternehmer durch die Boykottmaßnahmen gegen israelische Waren zusätzlich einfuhren, schafften sie auf ausländische Banken, statt sie in die nationale Produktion zu leiten. Die festgesetzten Mindestlöhne in der Westbank, um ein letztes Beispiel zu nennen, blieben bei fast identischen Preisen in Westbank und Israel auf einem Viertel derer in Israel [6].

Die "eindimensionale" Intifada wurde schließlich von nationalen Führungspersönlichkeiten wie Faisal Husaini als Verhandlungsmanövriermasse für die Errichtung eines Staates ausgenutzt, ohne daß die Frage angegangen wurde, für welche gesellschaftliche Gruppe dieser Staat vorteilhaft sei.

Die PLO-Führung hat einseitig auf die diplomatische Karte gesetzt - und ist im diplomatischen Spiel weitgehend marginalisiert worden. Die Friedensinitiative der PLO von 1988 muß als gescheitert angesehen werden. Die Linke hat auf den Zusammenbruch des Sowjet-Systems noch keine Antwort gefunden und die PFLP, das läßt die vorbehaltlose Unterstützung für Saddam Hussain nach dem Einmarsch in Kuwait vermuten, hat sich wieder ihren historischen Wurzeln, der bürgerlich-nationalistischen Qaumiyun angenähert. Die vernichtende Niederlage des irakischen Diktators trifft daher auch sie.



Unter Hamas wäre das nicht möglich **Photo: Palästina 2/90**

Das entstandene Vakuum besetzt zur Zeit die sich radikal gebende Hamas-Bewegung. Was praktische Angebote an die Bevölkerung z.B. im Bildungsbereich angeht, haben die aus Saudi-Arabien finanzierten ehemaligen Muslimbrüder gegenüber der in Finanznöten steckenden PLO ohnehin Vorteile. Angesichts der durch die israelischen Restriktionen während und nach dem Golfkrieg nochmals verschärften Lage der palästinensischen Ökonomie ein bedeutender Faktor. Hamas ist es sogar gelungen in politische Lager einzudringen, die ihr in der Vergangenheit äußerst feindlich gesinnt waren. Mit einem politischen Islam, der als Abwehrideologie gegen äußere Bedrohungen und für die Regulierung gesellschaftlicher Verhältnisse bemüht wird, scheinen sich neuerdings auch linksnationalistische Kräfte anfreunden oder doch zumindest paktieren zu können. So gaben PFLP, DFLP und Hamas während der Nahostverhandlungen in Madrid und Washington gemeinsame Kommuniqués heraus. In einer Zeit, in der die Palästina-Frage international nicht mehr als nationales, sondern als Minderheitenproblem angesehen wird, und in der die Linke geschwächt ist, wird die Suche nach Gemeinsamkeiten zu einem vordringlichen Anliegen.

Diese Suche nach Gemeinsamkeiten erfolgt im Moment auf Kosten sozialer Inhalte. Die Kontrolle der Frau dient den Islamisten zur Identitätsfindung. Die Linken nehmen sie hin, weil sie vor lauter Feinden außerhalb den Feind im Inneren nicht mehr sehen. Die nationale Elite und die palästinensische Bourgeoisie interessiert die soziale Befreiung ohnehin nicht. Wenn es der Intifada nicht gelingt, sich auf sich selbst zu besinnen, wird es wohl dabei bleiben, daß große Bevölkerungsteile, wie in den letzten Monaten geschehen, nach jedem Strohhalm greifen, der sich ihnen bietet: Saddam, Madrid oder Hamas.

Jörg Später

Anmerkungen:

(1) Vgl. Stefan Wild: Zum Selbstverständnis palästinensisch-arabischer Nationalität, in: Helmut Mejcher und Alexander Schölch: Die Palästina-Frage 1917-1948. Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nationenkonflikts. Paderborn 1981, S.73-88.

(2) Vgl. Alexander Flores: Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten. Kommunistische Partei und arabische Nationalbewegung 1919-1948. Münster 1980, S.169-203.

(3) Vgl. Helga Baumgarten: Palästina: Befreiung in den Staat. Die palästinensische Nationalbewegung seit 1948. Frankfurt/M. 1991, S. 133-138.

(4) Zitiert nach Gerhard Höpp: Gibt es noch eine islamische Lösung für Palästina?, in: asien, afrika, lateinamerika, Band 19, Nr.4/1991.

(5) Zur Intifada vgl. Alexander Flores: Intifada. Aufstand der Palästinenser. Berlin 1988.

(6) Vgl. Adel Samara: A Popular Struggle Betrayed, in: News From Within, Vol. VIII, Nr. 1/1991.

Weitere, verwendete Literatur:

Azmy Bischara: Die Linke muß stärker werden, in: blätter des iz3w, Nr. 171, Febr. 1991.

Azmy Bischara: "Wenn wir erst die Besatzung akzeptieren, werden wir auch nichts anderes bekommen als Besatzung", in: blätter des iz3w, Nr. 182, Juli 1992.

Alain Gersh: Palestinian Communists in the Intifadah, in: Middle East Report, Nr. 157, März/April 1989.

Rashid Khalidi: The PLO and the Uprising, in: Middle East Report, Nr. 154, Sept. 1988.

Lisa Taraki: The Islamic Resistance Movement in the Palestinian Uprising, in: Middle East Report, Nr. 156, Jan. 1989.

Palästina-Info Nr. 17, Juli 1991 mit dem Schwerpunkt "Frauen und Intifada".



Der besondere Weg Jugoslawiens... ...zum Nationalismus

In der Diskussion über die jugoslawischen Nationalitätenkonflikte wird im allgemeinen behauptet, das dort bis vor kurzem herrschende kommunistische Regime habe sich mit einer zentral gelenkten Wirtschaft und einem straffen Parteiaufbau dem Nationalismus gegenüber indifferent gezeigt. Dagegen vertritt der Autor die These, daß das jugoslawische Wirtschaftssystem mit dezentralisierter Arbeiterselbstverwaltung sowie die föderale Struktur des "Bundes der Kommunisten" dem Nationalismus eher zugespielt haben. Die heutigen Nationalitätenkonfklikte lassen sich deshalb nicht allein auf die Zeit vor Tito zurückführen, sondern erhielten eine besondere Note gerade unter der kommunistischen Staatsführung.

Seit Jahrhunderten waren die Völker des Balkans mehr oder weniger von fremden Mächten beherrscht und unterdrückt worden und hatten um ihre nationale und kulturelle Identität kämpfen müssen. Der Gedanke des Nationalstaates wie in Westeuropa war in Osteuropa nicht verwirklicht. Die jeweiligen Beherrscher des Balkans (Türken, Österreicher, Russen, Bulgaren etc.) hatten die Grenzen ihrer Reiche oder der von ihnen geschaffenen Staaten stets willkürlich gezogen. Nation und Staat fielen deshalb oft auseinander, denn nach den willkürlichen Grenzziehungen verblieben stets Teile der betreffenden Nation auf dem Gebiet eines anderen Staates zurück. So war der Nationalismus auf dem Balkan besonders stark vorhanden und der Ruf nach Selbstbestimmung wurde laut vertreten.

Der Versuch, die Minderheitenprobleme durch die Schaffung von Staatenbunden zu beseitigen, wie z.B. dem geplanten Zusammenschluß von Jugoslawien und Bulgarien sowie Jugoslawien und Albanien, scheiterten an den unterschiedlichen Vorstellungen der einzelnen kommunistischen Parteien. Diese waren alle stark nationalistisch geprägt, eine Tatsache, die ihren Ausdruck in der "Volksfront"- Strategie der Komintern ab 1935 findet. Politische Motive im Kampf gegen den Faschismus wurden in den Hintergrund gestellt und dafür der nationale Verteidigungskampf ins Zentrum der kommunistischen Politik gerückt. Dies schwächte sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Aufbau des "sozialistischen Vaterlandes" nicht ab, da der Sozialismus meist als Herrschaftsmodell einer fremden Macht empfunden wurde, die das eigene Land besetzt hielt. So ist es auch verständlich, daß gerade diejenigen kommunistischen Parteien die meiste Zustimmung bei der Bevölkerung erhielten, die der Politik der Sowjetunion mit eigenen nationalen Forderungen entgegentraten: Rumänien und Jugoslawien. Die Waffe des Nationalismus - gegen die SU gewandt - verschaffte den nationalen KP's die Möglichkeit, ihre eigenen Ziele besser und erfolgreicher durchzusetzen.

Aufbau der Volksrepublik und Bruch mit der Sowjetunion

Es war die von Tito geführte Kommunistische Partei, die schon sehr früh die föderalen Nachkriegsstrukturen eines jugoslawischen Staates erahnen ließ, denn schon 1937 wurden kroatische und slowenische nationale Sektionen der KP gegründet. In der neuen Volksrepublik bildete dann auch die Kommunistische Partei die ideologische und organisatorische Klammer der einzelnen Republiken. Jede dieser Republiken verfügte über eine eigene KP und mit deren Vertretern wurde in Belgrad der Staat zentral regiert. Eine Kommission wurde eingesetzt, die die Grenzen zwischen den einzelnen Republiken nach völkischen Kriterien zog. "Auf Titos Vorschlag hin ernannte das Politbüro (...) eine Grenzziehungskommission, die vom Parlament formell bestätigt wurde. Ich stand an der Spitze dieser Kommission (...) Die Kommission bestand aus Serben, Kroaten und anderen. Wir hielten uns bei der Arbeit ans ethnische Prinzip, um das Minderheitenproblem in Serbien bzw. Kroatien so gering wie möglich zu halten und das nationale Gefüge möglichst wenig zu stören", so Milovan Djilas, damals einer der wichtigsten Funktionäre der KPJ in seinen Memoiren "Jahre der Macht" (München 1992, S.111/112).

Bis zum Bruch Jugoslawiens mit der Sowjetunion 1948 blieb Tito einer der engsten Verbündeten Stalins.[1] Trotz einiger Differenzen, die die jugoslawischen Kommunisten auf die Politik der Anti-Hitler-Koalition zurückführten, akzeptierte die KPJ vollkommen das Vorbild der Sowjetunion zum Aufbau des Sozialismus in einem Lande. Sie übernahm dabei auch sowjetische Maßnahmen wie die Kollektivierung der Landwirtschaft, die mit teilweise starkem Terror vollzogen wurde.

Es ist wichtig zu betonen, daß Jugoslawien das einzige Land des Ostblocks war, das nicht von der Sowjetunion besetzt wurde und von daher auch nicht in der bekannten Weise beherrscht werden konnte. Zwar kam es auch in Jugoslawien zur Bildung der berüchtigten "Gemischten Gesellschaften" (das sind Betriebe und Unternehmen, die die Sowjetunion gemeinsam mit einem Satellitenstaat bildete); stets beharrten die jugoslawischen Kommunisten aber auf Selbständigkeit und wehrten sich gegen Nachteile, die ihnen von der SU aufgezwängt werden sollten.

Zu den eigentlichen Spannungen kam es jedoch durch Grenzstreitigkeiten mit Italien (Triest) und durch die geplante Föderation mit Albanien, die die Jugoslawen letztlich über eine Besetzung erzwingen wollten. Sie argumentierten, - und hier sieht man die Parallelen zur stalinistischen Politik - Albanien werde von griechischen Reaktionären "bedroht". Im wesentlichen ging es jedoch nur um die Einverleibung des Nachbarlandes. Völlig überraschend traf die politische Führung Jugoslawiens am 28.Juni 1948 der Bannstrahl durch die Kominform Stalins, die Jugoslawien eine nationalistische Machtpolitik vorwarf.

Der Sowjetunion gelang es allerdings nicht, Tito zu isolieren. Vielmehr half die Konfrontation mit Stalin ein gesamtjugoslawisches Bewußtsein zu entwickeln, das die



Nationalitätenkonflikte überdeckte. Gleichzeitig aber wurden durch den föderalen Aufbau der KP - der zunächst auch integrativ wirkte - und durch den wirtschaftlichen Sonderweg Jugoslawiens alte Konflikte wiederbelebt.

Der besondere jugoslawische Weg zum Kommunismus

Da die KPJ nicht bereit war, sich Stalin unterzuordnen, mußte sie eigene Anstrengungen unternehmen, um einen speziellen jugoslawischen Weg zum Sozialismus zu entwickeln. Es begann eine lebhafte Auseinandersetzung mit den Klassikern und eine breite Kritik an der sowjetischen Entwicklung, besonders am Zentralismus und der Leitung der Wirtschaft über Fünfjahrespläne. Am 26. Juni 1950 wurde von Tito die Parole "Die Fabriken den Arbeitern - Leitung der Produktion durch die Produzenten" ausgegeben und zur besonderen Methode der jugoslawischen KP auf dem Weg zum Sozialismus erklärt.[2]

Diese Erläuterungen der Besonderheiten des jugoslawischen Kommunismus sind für die weitere Entwicklung sehr wichtig, da die ab 1950 propagierte Einführung der Arbeiterkontrolle und Selbstverwaltung als Kritik am Zentralismus der SU eine starke Dezentralisierung voraussetzte. Doch Dezentralisierung bedeutete nicht, daß die Betriebe, Gemeinden und Republiken über alle politischen und wirtschaftlichen Fragen frei bestimmen konnten. Neben den "Dezentralisierungs"-Ebenen bestand natürlich die zentrale Regierung in Belgrad weiter, die für sich beanspruchte, die gesamtjugoslawischen Entscheidungen zu fällen. "Nach der Verfassung sind die Republiken und Provinzen die Grundträger der Gesellschaftsplanung auf ihrem Gebiet, während im Gesellschaftsplan Jugoslawiens nur die vom gemeinsamen Interesse berührte Politik festgelegt wird. Als gemeinsames Interesse sämtlicher Republiken und Provinzen wurde im Gesellschaftsplan Jugoslawiens die Politik des beschleunigten Aufbaus der ungenügend entwickelten Republiken Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und insbesondere der Provinz Kosovo als der am geringsten entwickelten gesellschaftspolitischen Gemeinschaft festgesetzt."[3]

Der Zentralstaat beanspruchte eine große Menge des in Arbeiterselbstverwaltung geschaffenen Gewinns für sich und sah es als seine Aufgabe an, die innerjugoslawischen Unterschiede in der Entwicklung der Republiken auszugleichen. Die Maßnahmen der Dezentralisierung hätten in anderen sozialistischen Staaten vielleicht fruchtbar sein können, aber in einem von nationalen Widersprüchen durchsetzten Land wie Jugoslawien führten sie letztlich dazu, daß die nationalen Konflikte verschärft wurden.



Der Sozialismus fällt, die innerjugoslawischen Verteilungskämpfe nehmen zu
Photo: Kommune 12/91

Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzungen wurde die Verteilung der zentralen Mittel. Die Konkurrenz der selbstverwalteten Betriebe um Investitionszuschüsse äußerte sich als Konkurrenz der Republiken, da die Ansiedlung von Betrieben jeweils auch den Anteil der Republik und der in ihr lebenden Arbeiter am Gesamt-"Kuchen" erhöhte.

So wurden die Forderungen, einen größeren Teil des Geldes in den Republiken zuückzulassen und die Selbstverwaltung, sprich Dezentralisierung, auf diese Weise zu erhöhen, schon sehr früh erhoben. Gerade die Republiken mit hoher industrieller Entwicklung wollten immer weniger in die gemeinsame Staatskasse als Ausgleich für die schlechter entwickelten Republiken zahlen und stellten immer größere Autonomieforderungen. "Die Kroaten klagen über die vergeudeten Milliarden, die für unwirtschaftliche Investitionen im Süden ausgegeben worden seien, die Slowenen weisen auf ihren enormen und unverhältnismäßig großen Beitrag zu den zentralen Fonds hin; die Bosniaken tadeln, daß die Preise für Rohstoff künstlich niedrig gehalten werden; die Serben zählen auf, wieviel sie infolge der niedrigen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und des Fehlens geeigneter Transportmittel verlieren."[4]

Verteilungskämpfe und nationale Widersprüche

Solange Tito lebte, gelang es, die nationalen Widersprüche gering zu halten. Die KPJ (später Bund der Kommunisten) bildete die Klammer, die den Aufbau eines gesamtjugoslawischen Nationalismus be-werkstelligen sollte. Ungeheure ideologische Anstrengungen wurden unternommen, um das Nationalgefühl für den Gesamtstaat zu bilden. Dieses Vorhaben ist jedoch gescheitert, obwohl gerade die Trennung von der Sowjetunion zu einem neuen Schub eines jugoslawischen Nationalismus geführt hatte und den jugoslawischen Kommunisten große Zustimmung brachte. Der sogenannte "besondere jugoslawische Weg zum Sozialismus", der den Widerspruch zwischen weitgehender Selbstbestimmung der Republiken und weiterhin zentraler Planung und Machtausübung durch die Kommunisten aushalten wollte, trug in sich schon das Moment des Scheiterns. Denn die nationale Untergliederung der Kommunistischen Partei führte letztlich dazu, daß das Nationalgefühl der Republiken immer lebendig blieb und mit den auftauchenden Verteilungskämpfen die Forderungen einzelner Republiken nach Autonomie (Slowenien, Kroatien) immer stärker wurden.

Tito gelang es durch wechselseitige Unterstützung entweder für die Vertreter der Dezentralisierung oder für die Vertreter eines stärkeren Zentralstaates diesen Widerspruch gering zu halten. Trotzdem war der Kampf dieser "beiden Linien" in der kommunistischen Bewegung Jugoslawiens bestimmendes Moment, obwohl sich keine der beiden zu Titos Lebzeiten durchsetzen konnte. Erst in den letzten Jahren kam dieser Widerspruch zu seiner Auflösung: im Zerfall des jugoslawischen Staates.

Auch ließ Tito die Vorherrschaft einer einzelnen Nationalität in der jugoslawischen Zentralregierung nicht zu,[5] wenn auch die Serben als dominierende Gruppe im Gesamtstaat auftraten und sie die meisten Posten in der zentralen Verwaltung sowie in der Armee innehatten. Da Serbien sich lange Zeit als eigentliche Gründer- und Führungsmacht in Jugoslawien verstand, konnte es lange Zeit auf eigene nationale Ausprägungen verzichten, während andere Republiken des öfteren versuchten, nationale Vorrechte geltend zu machen.

Sieht man die Entwicklung Jugoslawiens seit Gründung der Volksrepublik, so ist festzustellen, daß der Nationalismus immer ein bestimmendes Moment war. Die Kommunistische Partei hat versucht ihn für eigene Interessen einzusetzen, hat dabei aber seine Bedeutung unterschätzt. Über die eingeschlagene Dezentralisierung wurde dem Nationalismus sogar noch neue Nahrung gegeben. Die ökonomische Konkurrenz zwischen den Einzelrepubliken wurde nationalistisch interpretiert. Kroatien und

Slowenien warfen den Serben vor, daß der von ihnen erwirtschaftete Reichtum nicht ihrer Bevölkerung zugute käme. Serbien wies auf seinen heroischen Kampf gegen den Faschismus hin und warf Kroatien und Slowenien immer wieder vor, daß diese auf seine Kosten lebten, während seine Bevölkerung auf Almosen angewiesen sei. Diese Entwicklung führte nach dem Zusammenbruch des Staates zu einem offenen Kampf der Republiken um eigene Vorteile und endete letztlich im offenen Bürgerkrieg.

Das Ende der Volksrepublik

Die innerjugoslawischen Verteilungskämpfe nahmen nach Titos Tod an Vehemenz zu. Während die kroatische und slowenische Landesbank, die im wesentlichen für den Export arbeiteten, z.B. immer wieder versuchten, dem Zentralstaat zustehendes Geld einzubehalten, machten die serbischen Führer wiederholt Versuche, ihre Vormachtstellung zu erhöhen. Der Konflikt eskalierte anläßlich des neuen Republikengesetzes und der Frage nach dem Status der vormals autonomen Republik Kosovo. Von der Parteiführung in Belgrad massiv bedroht, stimmten die Vertreter der albanischen Bevölkerungsmehrheit im Kosovo Ostern 1989 der weitgehenden Einschränkung ihrer Autonomierechte zu. Durch diese Politik der serbischen Parteiführung sahen sich die kroatischen und slowenischen Führer immer mehr in ihrer nationalen Entwicklung bedroht. Wie schon in den 70er Jahren richteten sie ihr Augenmerk wieder verstärkt auf die Unabhängigkeit.

Die Widersprüche in den Republiken zeigten sich auch in den Ergebnissen der ersten freien Wahlen, die im Dezember 1990 stattfanden. Während in Kroatien und Slowenien nationalistische Parteien gewählt wurden, die für Abschaffung des Kommunismus, Unabhängigkeit und den Umbau zur Marktwirtschaft eintraten, gelang es in Serbien der national-bolschewistischen Partei Milosevics' (der SPS, Sozialistische Partei Serbiens) die absolute Mehrheit zu erreichen. Eine Erklärung dafür ist, "daß ein überdurchschnittlicher Teil der serbischen Bevölkerung direkt oder indirekt vom Staatsapparat abhängig ist. Während anderswo in Jugoslawien die Kommunisten aus nationalem Interesse abgewählt wurden, sind sie in Serbien aus dem gleichen Grunde wiedergewählt worden." [6]

Der Osten war rot

In allen osteuropäischen Ländern hat sich die ökonomische und politische Lage nach dem Zusammenbruch des Staatskapitalismus verschlechtert. Die Menschen sind jetzt mit Verhältnissen, Werten und Zusammenhängen konfrontiert, die nicht so leicht zu begreifen sind. Denn im Gegensatz zur Macht der Partei, die an Personen festzumachen war, vollziehen sich die anonymen Gesetze des Kapitalismus hinter dem Rücken der Individuen. Gleichzeitig war die Marktwirtschaft das Zauberwort, das eine Verbesserung der Gesamtsituation versprach. Nun kann schwer zugegeben werden, daß die schlechte Lage gerade Ausdruck dieser selbst geforderten Marktwirtschaft ist.

Bei der Interpretation der eigenen Situation bieten sich die alten Denkstrukturen an, die auf der Basis der Personalisierung funktionierten. Es wird versucht, die Schuld am jetzigen Zustand anderen zu geben: in den meisten Ländern ist der Schuldige die Sowjetunion (in der Sowjetunion selbst sind es die Russen). Sie habe den Nationen den Sozialismus aufgezwängt und sie über Agenten und Kommissare unterdrückt und beherrscht. So werden aus den Opfern der Verhältnisse die Opfer der schlechten Taten von Personen, die nur noch benannt werden müssen.

Dort, wo die Sowjetunion als Schuldiger ausfällt, werden schnell "fremde Elemente" entdeckt, die der Nation den Kommunismus aufgedrückt haben. Diese "fremden Elemente" sind meist von anderer Nationalität oder: sie sind Juden. Schon zu Zeiten der Oktoberrevolution wurde behauptet, diese sei eine jüdische Aktion gewesen. Auf dem Balkan, wo viele jüdische Intellektuelle in leitenden Positionen der KP's tätig waren, galt die Gleichsetzung "Kommunist=Jude" schon vor dem Zweiten Weltkrieg als Tatsache. Ob nun aber die Herrschaft der Sowjetunion oder "fremde Elemente" Schuld am Sozialismus trugen, stets waren es von außen kommende Kräfte. In diesem Sinne wird in allen staatskapitalistischen Ländern von einem Großteil der Bevölkerung versucht, die eigene Geschichte zu interpretieren. Die Menschen finden durch die Behauptung, sie seien eine "unterdrückte Nation", zu einer neuen Kollektivität als Opfer, in der die verzweifelte Suche nach dem Sinn zum Ausdruck kommt. Die universelle Ideologie des Kommunismus, die vorher die gesamte Lebenssituation zu erklären vorgab, wird heute durch den Nationalismus ersetzt, der ebenfalls vorgibt, alles und jedes zu erklären.

Daß dieser verhängnisvolle Nationalismus sich besonders heftig in Jugoslawien äußert, hat Gründe, für die die Kommunistische Partei nicht allein die Schuld trägt. Hier - wie teilweise auch im restlichen Osteuropa - hat das Nationalitätenproblem immer auf der Tagesordnung gestanden. Die Kommunistische Partei Jugoslawiens bzw. der Bund der Kommunisten hat jedoch der nationalistischen Ideologie nie etwas Ernsthaftes entgegengesetzt, ja sie hat im Gegenteil versucht, den Nationalismus für ihre Interessen auszunutzen. Auch wenn der Nationalismus - teilweise taktisch gegen die Sowjetunion eingesetzt - den kommunistischen Parteien Zustimmung in der Bevölkerung brachte, so war er letztendlich doch nicht zu beherrschen. Von daher ist es nur eine logische Entwicklung, daß der Nationalismus heute das Erbe der staatskapitalistischen Ideologie in Jugoslawien und Osteuropa angetreten hat.

Rüdiger Behrendt

Letzte Broschüre: "Auferstanden aus Ruinen ruht der Sozialismus . . . aus?", Texte zu DDR und Staatskapitalismus, Frühjahr 1991, DM 6,- + Porto.
"Vorwärts nach gestern. Alter und Neuer Nationalismus und Anti-Semitismus in Osteuropa, Veranstaltungstext, Okt. 1991, DM 2,50,- + Porto.
Bezug: Klaus Holz, Bettackerstr. 25, 7800 Freiburg

Anmerkungen:

1) Und das, obwohl schon die jugoslawische Revolution gegen den Willen der Komintern erfolgte, die damals von der KPJ verlangte, den Befreiungskampf gegen den Faschismus im Rahmen einer Volksfront-Politik durchzuführen. Die jugoslawischen Kommunisten bestanden auf der konsequenten Durchführung der Revolution, die sie als einen Bürgerkrieg gegen Bourgeoisie und Großgrundbesitz ansahen.
2) Das Modell der Arbeiterselbstverwaltung, das nie unumstritten war und dessen Ausgestaltung später auch wieder eingeschränkt wurde, ging theoretisch und am Anfang auch in der Praxis davon aus, daß in jedem Betrieb durch geheime Abstimmungen für zwei Jahre ein Arbeiterrat gebildet wird, der verschiedene Ausschüsse für die Betriebsverwaltung sowie den Direktor wählt. Die Höhe der Löhne für die Belegschaft ist von der Produktivität und Rentabilität des Unternehmens abhängig und so versuchen die Arbeiter besser und schneller zu arbeiten. Natürlich hatte die Selbstverwaltung ihre enge Grenzen, denn die Kontrolle über 70 Prozent des Investitionskapitals behielt die staatliche Bürokratie. Die Arbeiter konnten zudem erst dann über die Verteilung des Reingewinns verfügen, nachdem sich der Bund, die Republiken und die Kommunen bedient hatten. Durchschnittlich die Hälfte des Gewinnes - oft auch mehr - wurde der Verfügung der Arbeiter entzogen.
3) Boris Jovic, Ergebnisse und Politik der wirtschaftlichen Entwicklung Jugoslawiens, in: Jugoslawien, Modell im Wandel, Frankfurt 1973, S. 78
4) Paul Leendvai, Der rote Balkan, Frankfurt 1969, S. 159
5) Als Beleg dafür steht die von ihm 1964 durchgeführte Absetzung seines - von ihm selbst erwählten - "Nachfolgers" Rankovic, der versuchte, die serbische Dominanz in der Regierung weiter auszubauen und die kleineren Nationen zu unterdrücken.
6) Kommune, Frankfurt 1/91



Nationalismus und Apartheid

Zur Ideologie der Buren in Südafrika

Die Streichung der Apartheid-Gesetze aus den Gesetzbüchern Südafrikas hat die Ursache der Politik der Rassentrennung keineswegs mit beseitigt. Wie die martialischen Sprüche und das rabiate Vorgehen der extremen Rechten zeigen, lebt der Rassismus fort und nicht nur bei ihnen. Auch das burische Establishment hat sich vom Denken in ethnischen Kategorien keineswegs verabschiedet, wie aus dem Verfassungsentwurf der regierenden Nationalen Partei hervorgeht.
Der Nationalismus der Buren ist nicht nur, die eigentliche Ursache der Apartheid, er bleibt eine gesellschaftliche Kraft, mit der weiterhin gerechnet werden muß. Die Geschichte des Afrikaaner Nationalismus offenbart, wie er sich seit Beginn dieses Jahrhunderts schubweise radikalisiert hat und auf seinem Höhepunkt die Apartheid hervorbrachte. Wesentlich scheint dabei der schrittweise Übergang von einem politisch-konstitutionellen Nationsbegriff zu einer kulturellen und völkischen Fundierung des Nationalismus gewesen zu sein.

Die Funde von Diamanten und des größten Goldvorkommens der Welt hatten dazu geführt, daß die Wirtschaft, die nur zu einem geringen Teil in die Weltwirtschaft verflochten war, sich grundlegend umstellen mußte. Das letzte Viertel des 19.Jahrhunderts brachte in Südafrika die Industrielle Revolution, die mit ihren voll entwickelten technischen Möglichkeiten von Europa her in das Land hereinbrach und die gesellschaftlichen Verhältnisse durcheinanderwirbelte.

Infrastrukturmaßnahmen wie ein beschleunigter Eisenbahnbau erhöhten die Mobilität, die neue Großstadt Johannesburg bot der Farmerschaft einen Absatzmarkt von bislang ungekannter Größe innerhalb des eigenen Landes. Dadurch wurden Tendenzen zur Vergrößerung und Kommerzialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe gefördert. Eine Folge dieser Entwicklung waren Landflucht vieler Weißer, steigende Armut und Verelendung. Die meisten von ihnen konnten mit den Schwarzen, die in Massen in die Industriegebiete kamen, nicht konkurrieren, zumal die schwarzen Wanderarbeiter wesentlich niedrigere Durchschnittslöhne erhielten und deshalb bevorzugt eingestellt wurden.

Die vielversprechende ökonomische Entwicklung Südafrikas weckte Begehrlichkeiten. Die Briten eroberten im Burenkrieg (1899 - 1902) die beiden Burenrepubliken Transvaal und Oranjefreistaat [1], darüber hinaus hatte dieser Krieg eine bis dahin ungekannt hohe Zahl von Opfern unter der Zivilbevölkerung gefordert. Das systematische Niederbrennen der Farmen, um der burischen Guerilla die Basis zu entziehen, trieb viele Landwirte in den Ruin und vergrößerte die Zahl derjenigen Weißen, die in den folgenden Jahrzehnten scheinbar unaufhaltsam ins Elend sanken.

Nationalismus als Reaktion

Wie die meisten Nationalismen ist auch der der Afrikaaner ein vergleichsweise junges Phänomen, denn erst der Burenkrieg verschaffte einer breiten nationalistischen Bewegung Thema und Energie. Erst dadurch konnte sie zu einer historisch wirksamen Kraft werden. Dieser Krieg konnte kaum anders denn als imperialistischer Eroberungskrieg aufgefaßt werden, und die Kontinuität des Leidens ließ sich von hieraus unschwer in die Vergangenheit fortsetzen: Die Buren freundeten sich mit dem Gedanken an, daß ihre gesamte Geschichte eine des nationalistischen Widerstands gegen ein aggressives Imperium gewesen sei.

Als Lord Milner, Generalgouverneur der neuen Kolonien, direkt nach dem Krieg die Anglisierung der burischen Bevölkerung in Angriff nahm, erwies er dem Nationalismus damit den größten Dienst. Viele Afrikaaner witterten in den Anglisierungsmaßnahmen den Versuch, durch erzwungene Assimilation ihr Volk nach dem verlorenen Krieg nun auch kulturell zu vernichten. Dadurch wurde das Bestreben der Militärführer der Buren, die sich jetzt anschickten, in die Rolle von Politikern zu schlüpfen, erleichtert, praktisch die gesamte burische Bevölkerung hinter sich zu vereinen. Als Südafrika 1910 als vereinter Staat die Selbstverwaltung erhielt, gewann erwartungsgemäß die aus verschiedenen burischen Parteien entstandene South African Party (SAP) gegen die britisch orientierte Unionist Party die Wahl.

Verschiedene Nationalismuskonzepte

Bald schon zeigten sich innerhalb der politischen Allianz der Kriegsverlierer und Wahlgewinner tiefgreifende konzeptionelle Unterschiede, die deutlich machen, daß die Einheit nur Ergebnis mobilisierter Ressentiments nach einem verlorenen Krieg war. Allen nun entstehenden Spielarten des Nationalismus war gemeinsam, daß sie von ihren Gegnern mit den beiden wichtigsten Elementen versorgt worden waren, diese aber in je unterschiedlichem Grad betonten: Der verfassungspolitische Revisionismus [2] und das kulturell-nationale Selbstverständnis der Buren waren Reaktionen auf den Burenkrieg bzw. Milners Anglisierungspolitik.

Zunächst strebte die Mehrheit der Burenkriegskämpfer die Wiederherstellung der Republiken an, doch bald schon zeigte sich, daß die politisch nunmehr entscheidenden Männer, die Generäle Botha und Smuts, eine andere Meinung vertraten: Die größtmögliche Freiheit sei innerhalb des Empire zu erreichen, das seinerseits Schutzschild und als Wirtschaftsraum Garant zukünftiger Prosperität sein sollte. Dagegen stellte sich eine afrikaanse nationalistische Bewegung unter Führung des Burenkriegsgenerals Hertzog. Dieser war 1912 aus der Regierung ausgeschlossen worden und gründete zwei Jahre später die Nationale Partei (NP), die für eine eigenständige kulturelle und ökonomische Entwicklung der Afrikaaner eintrat.



Während des symbolischen Ochsenwagentreks 1938. Die Fahnen stehen für die ehemaligen Burenrepubliken

Hertzog, der sich als Verfechter der kulturellen Rechte, vor allem im Bereich der Sprache, bereits einen Namen gemacht hatte, vereinte kulturellen und politischen Nationalismus zu einer Einheit. Sein Konzept wurde unter dem Namen der "two-stream-policy" bekannt. Als Endziel strebte auch er eine gemeinsame weiße Nation der Siedler an, doch sollte diese aus zwei kulturell unterschiedlichen Gruppen, zwei "Strömen" bestehen, die sich erst später zu einem vereinen sollten. Die kulturelle Gleichberechtigung war zwar gesetzlich verbrieft, in der Realität aber wurde sie wegen der Dominanz der Engländer in Wirtschaft und Verwaltung kaum je umgesetzt. Der Nationalismus strebte mit kulturellen Mitteln eine politische Nation von (weißen) Staatsbürgern an.

1924 gewann die Allianz der National Party und der - die weißen Arbeiterinteressen vertretenden - Labour Party die Wahlen und Hertzog wurde Premierminister. Er schuf die Bedingungen, die alle Hindernisse für eine Entfaltung der afrikaansen Kultur aus dem Weg räumen sollten. Gleichzeitig wollte er die englischsprechenden Siedler veranlassen, in Zukunft ihre Loyalität Südafrika und nicht mehr dem "Mutterland" England zuzuwenden. Seine Maßnahmen zielten auf eine größtmögliche Unabhängigkeit Südafrikas innerhalb des sich vom Empire zum Commonwealth wandelnden Weltreichs ab. Das Westminster Statute 1931, an dessen Zustandekommen Hertzog der wesentliche Anteil zugeschrieben werden muß, brachte Südafrika die Souveränität innerhalb des Commonwealth.

Für Hertzog war damit das Wesentliche erreicht. Die Ausrufung einer Republik und die vollständige Kappung der Bindungen an das Empire erwiesen sich als überflüssig, da Südafrika in seinen Augen nunmehr über den Status verfügte, der zur Bildung einer weißen Nation notwendig war. So ist es wenig verwunderlich, daß Hertzog sich seinem alten Gegner Smuts annäherte, dessen South African Party zur eigentlichen Partei der englischen Südafrikaner geworden war. Der Zeitpunkt schien gekommen, da die beiden Ströme sich vereinen konnten und mit der Koalition der beiden großen Parteien und ihrer bald darauf erfolgenden Fusion 1934 zur United Party (UP), stellvertretend für die beiden "Ströme", schien Hertzog am Ziel seiner Wünsche angekommen zu sein.

Entstehung des kulturellen Nationalismus

Doch regte sich zunehmender Unmut innerhalb seiner eigenen nationalistischen Anhängerschaft. Für eine ganze Reihe vor allem jüngerer Politiker waren die Voraussetzungen einer vollen Entfaltung der afrikaansen Kultur durchaus noch nicht geschaffen und sie beharrten darauf, daß erst die völlige Lösung aller Bindungen an das Empire aus ihren englischsprechenden weißen Mitbürgern Südafrikaner machen würde. Die Trennung der Befürworter eines radikaleren Nationalismus von Hertzog erfolgte im Jahr der Fusion, 1934, als sich eine "Gesäuberte" Nationale Partei der Kapprovinz unter Führung von D.F.Malan von Hertzog trennte. Dieser Nationalismus radikalisierte sich mit der Trennung und suchte sein Fundament nun gänzlich in der Kultur und einer Mystifizierung des Burenvolks (siehe Kasten "Nationalismus und erfundene Tradition"). Damit wandelte er sich zu einem integralen Nationalismus, der den Wert des Einzelmenschen nur im Rahmen der Nation sieht: Das Individuum geht völlig in der Nation auf, außerhalb dieser bedeutet es nichts. Auch der verfassungspolitische Revisionismus wurde kulturell umgedeutet: Die Republik war ein schon immer dem Volk der Buren eigenes Kulturerbe gewesen, die Trennung vom Empire war eine conditio sine qua non des Überlebens der Burennation.

Die Führer der Nationalisten sahen die Gefahr eines Verlustes der Volkssubstanz durch die fortschreitende Verelendung. Anfang der 30er Jahre zählten 300 000 Weiße zu den völlig Verarmten, das war ein Viertel der gesamten burischen Bevölke-



rung. Bezeichnenderweise wurden gerade diejenigen afrikaansen Intellektuellen, die sich mit diesem Problem befaßten, in ihrer Haltung radikalisiert. Etliche von ihnen wandten sich faschistischen Ordnungsmodellen zu, ein anderer, Hendrik Verwoerd, wurde später zum Hauptarchitekten der Apartheidpolitik, die durch radikale Trennung der Bevölkerungsgruppen die verelendeten Weißen vor der Konkurrenz der Schwarzen auf dem Arbeitsmarkt schützen sollte. Zum Hauptfeind der radikalen Nationalisten wurde in dieser Zeit deshalb zunehmend der Kommunismus, der sich als direkter Konkurrent um dieselbe Klientel afrikaanser Industriearbeiter entpuppt hatte und sie der Volkssubstanz zu entziehen drohte.

Der radikale Nationalismus unterschied sich nicht nur inhaltlich von der älteren Richtung Hertzogs, sondern auch deutlich in seiner sozialen Basis. Hertzogs Partei hatte sich auf die noch wenig kommerzialisierten afrikaansen Farmer gestützt und war in der Koalition eine Art stillschweigender Arbeitsteilung mit der rassistischen Labour Party, die die weiße Industriearbeiterschaft umwarb, eingegangen. Die zunehmende Zahl afrikaanser Arbeiter in den Großstädten, die Landflucht und die fortdauernde Dominanz der Briten in Industrie und Verwaltung führte dazu, daß sich seit Anfang der 20er Jahre afrikaanse Intellektuelle in den nördlichen Provinzen um diese neuen sozialen Gruppen bemühten. Ihr wichtigstes Mittel dazu war die Geheimgesellschaft des Afrikaaner Broederbond (AB).

Die afrikaanse Intelligenz, die hinter dem Afrikaaner Broederbond stand, rekrutierte sich aus Freiberuflern (Anwälten, Notaren, Ärzten) und Intellektuellen (Lehrern, Professoren, Pfarrern). Es war diese Personengruppe, die von einer Anglisierung des Landes nichts außer Schaden zu erwarten hatte. Was bedurfte es noch afrikaanssprechender Anwälte, Lehrer oder Pfarrer, wenn ihre Klientel ihnen wegschrumpfte und zur englischen Konkurrenz überging? Darum vermischten sich von Anfang an berufliche Patronage und kultureller Nationalismus innerhalb des AB, der zielgerichtet versuchte, seine Mitglieder in kulturelle und politische Schlüsselpositionen einzuschleusen. Die Intelligenz mußte, da es sich um ihr ureigenstes Interesse handelte, der Kultur einen weitaus größeren Raum zumessen, als das im Nationalismus zuvor der Fall gewesen war.

Der neue Nationalismus war ein weitgehend städtisches Phänomen: Modernisierung und Urbanisierung wurden prinzipiell bejaht, doch sollte den Folgen gegengesteuert werden, in erster Linie der wachsenden Armut unter Weißen und der Atomisierung der Individuen in einer Großstadtgesellschaft, die sie dem organisatorischen und ideologischen Zugriff der Nationalisten zu entziehen drohte. Nationalismus findet in der Regel seine stärksten Bastionen bei den Menschen, die ihrer traditionellen Identitäten am eindeutigsten verlustig gegangen sind, in der Regel also den Stadtbewohnern. In Südafrika, wo die Städte multiethnisch geprägt waren, war das keine Selbstverständlichkeit, sondern bedurfte eines Organisationsprozesses, um die urbanisierten Afrikaaner vor Solidarisierungen mit anderen Gruppen, die sich in derselben sozialen Lage befanden, zu bewahren. Der Broederbond begann, ein ganzes Netz von Unterorganisationen aufzubauen, die alle Lebensbereiche der burischen Bevölkerung und alle sozialen Gruppen erfassen sollten, was ihm in den 30er und 40er Jahren auch zunehmend gelang. Nachdem die in den Großstädten lebenden Afrikaaner erst einmal organisatorisch erfaßt waren, wurden sie in der Tat, neben den Farmern, die stärkste Basis des Afrikaaner Nationalismus.

Die Kooperation des Afrikaaner Broederbond und der National Party wurde im Beitritt fast der ganzen Parteiführung der NP der Kapprovinz zum AB 1934, dem Jahr der Gründung der großen Koalition UP, besiegelt. Das bedeutet aber nicht, daß die NP sich schon zu dieser Zeit der Führung der Geheimgesellschaft unterwarf, wie oft behauptet wurde und was sich erst nach 1948 sukzessive entwickelte. Im Gegenteil ließ die Partei nie einen Zweifel daran, wer auf politischem Gebiet die Richtlinien bestimmte.

Das Bündnis der beiden Organisationen geht aber über die gemeinsame Verwurzelung in einem kulturell hergeleiteten Nationalismus hinaus. Denn die Partei war auch organisatorisch ein Gegenstück zum Broederbond. Sie vertrat in der Kapprovinz ein schon seit langem stärker urbanisiertes Afrikaanertum und verfügte über eine moderne schlagkräftige Parteiorganisation. Im Gegensatz zu den älteren Parteien von Hertzog und Smuts, die ganz auf die Person des jeweiligen Führers zugeschnitten waren und ihren populistischen Charakter nie ganz loswerden konnten, war die NP in der Kapprovinz, wie der Broederbond, von kollektiver Entscheidungsfindung, von einem modernen Parteiapparat und einem breitgefächerten Zugriff auf die weiße Bevölkerung, etwa durch eine eigene Presse, geprägt. Statt autoritärem Führungsstil wurden Möglichkeiten interner Kontrolle und einer Umsetzung von Basismeinungen institutionalisiert, die Fehlentwicklungen frühzeitig gegensteuern konnten und der Partei auf lange Sicht hin ihren Konkurrenten gegenüber eine deutliche Überlegenheit verschafften.

Nationalismus und erfundene Tradition

Der kulturelle Nationalismus der National Party unter D.F. Malan bezog sich in erster Linie auf die Sprache. Der Auslöser dafür waren die erwähnten Anglisierungsversuche zu Beginn des Jahrhunderts durch die britische Kolonialverwaltung. In den folgenden Jahrzehnten wurde aber der Bereich dessen, was als afrikaans angesehen wurde, immer mehr erweitert. Die reformierten Kirchen und die Abgrenzung als eigene religiöse Gemeinschaft spielte hierbei eine zentrale Rolle.

1938 fand zur Hundertjahrfeier des Großen Trek ein symbolischer Ochsenwagentrek statt, der vom Afrikaaner Broederbond inszeniert worden war. Damit sollte an den Auszug vieler Burenfamilien aus dem britischen Herrschaftsbereich ab 1835 in neue Siedlungsgebiete, aus denen später die Burenrepubliken entstanden waren, erinnert werden. Insgesamt elf Ochsenwagen besuchten auf verschiedenen Routen fast jede Ortschaft des Landes. Vier Monate lang erlebte die burische Bevölkerung eine Art Wiedererweckung, die Afrikaaner gerieten in einen nationalistischen Taumel. Die Ochsenwagen trafen schließlich alle in Pretoria zur Grundsteinlegung des "Vortrekkermonuments" ein, einer Art nationalistischen Weihetempels ein.

In diesem Zusammenhang wurden weitere Bereiche kulturellen Selbstverständnisses erschlossen: Neben mehr oder weniger bedeutsamen literarischen Werken wurde eine Volkskultur, die teilweise neu erfunden wurde, "unter das Volk gebracht": Volkstrachten, Tänze, Sportarten, Formen geselligen Beisammenseins, pseudo-religiöse Nationalfeiern usw. In möglichst allen Lebensbereichen wurde darauf abgezielt, die kulturelle Identität deutlich von der dominierenden Kultur zu trennen. Einiges entstand spontan, doch geht das meiste auf die geschickte Manipulation des Afrikaaner Broederbonds zurück.

C.M.

Nationalismus und Apartheid

Wie gezeigt werden konnte, bildete sich der Nationalismus der Buren vor dem Hintergrund ihrer Ablehnung des britischen Imperialismus heraus. Das Verhältnis zur schwarzen Bevölkerungsmehrheit spielte für die Entstehung des Nationalismus kaum eine Rolle, hier war zunächst ein typischer Siedlerrassismus am Werk, der den Gedanken an eine Gleichheit der Schwarzafrikaner mit den Weißen gar nicht aufkommen ließ. Es verhielt sich vielmehr umgekehrt, daß nämlich die Politik der Rassentrennung aus dem Nationalismus resultierte. Das nationalistische Selbstverständnis wurde auf die Schwarzen übertragen: Die Buren unterschieden sich von allen anderen Völkern durch ihre eigene Kultur, also mußte es sich mit den Schwarzafrikanern, auch untereinander, ähnlich verhalten.

Stützende Argumente für diese Vorstel-





Gebet für den 'unbekannnten Voortrekker': Zeichen für sakrale Züge des Burennationalismus

lung fanden sich in der britischen Social Anthropology, die in der Form des damals herrschenden Strukturfunktionalismus dazu tendierte, afrikanische Gesellschaften als in sich geschlossene Kulturen zu sehen und historische Einflüsse, und damit Kulturkontakte, in ihrer Bedeutung eher unterzubewerten. Verwoerd und andere griffen solche Interpretationen auf und benutzten sie in zynischer Weise als Rechtfertigung ihrer Modernisierung kolonialer Herrschaft, die sie als Entkolonialisierung ausgaben. Die Schaffung schwarzer "Nationalstaaten" in Form der lebensunfähigen "homelands" war eine pervertierte Nachahmung der 1960 in Afrika voll einsetzenden Entkolonialisierung, in Wahrheit freilich eine Maskierung ökonomischer Ausbeutung und politischer Unterdrückung.

Apartheid war ein Produkt des Nationalismus, nicht ein Bestandteil desselben. Apartheid beinhaltete vor dem Wahlsieg der National Party 1948 keineswegs ein genau ausgearbeitetes Konzept, das dann konsequent in die Realität umgesetzt worden wäre. Im Gegenteil ist vieles von dem, was retrospektiv als geschlossenes, wenn auch reichlich realitätsfernes, Denken erscheint, aus ganz unterschiedlichen, pragmatischen Erwägungen umgesetzt worden. Der Entzug des Wahlrechts der Coloureds etwa geschah in erster Linie aus dem Grund, daß die Coloureds im westlichen Kap, der Hochburg des nationalistischen Establishments, in etlichen Wahlkreisen das Zünglein an der Waage bildeten und die Mandate darum den Gegnern der Nationalisten zufielen.

Die Apartheid läßt sich selbst in drei Phasen unterteilen. Die Konzentration auf die Frage der Rassentrennung und der neue Slogan der "Apartheid" hatte der National Party 1948 zum Wahlsieg verholfen. In den darauffolgenden Jahren wurde die Gesellschaft als Ganze nach Rassenkriterien unterteilt, viele der Gesetze waren ad hoc-Maßnahmen, es stand kaum ein ausgearbeiteter Plan dahinter. Das änderte sich, als 1958 mit Hendrik Verwoerd ein Politiker ins Amt des Premiers kam, der politisch im Afrikaaner Broederbond sozialisiert worden war und seinen radikalen Anhang in Schlüsselpositionen der Regierung brachte.

Nun begann die Zeit radikaler gesellschaftspolitischer Maßnahmen, die auf die territoriale Aufsplitterung Südafrikas abzielten, die als "Homeland"-Politik bekannt wurde. Nach Verwoerds Ermordung 1966 übernahmen die Sicherheitsfanatiker (Vorster) und Parteiapparatschiks (PW Botha) die Führung von Staat und burischem Nationalismus. Das Status-Quo-Denken, das jetzt Urständ feierte und mit Versuchen verbunden wurde, durch kosmetische Zugeständnisse das Land aus der internationalen Isolierung zu befreien, führte zu Abspaltungen nach rechts. Dafür war außer ideologischem Purismus seitens alter Verwoerd-Anhänger auch die soziale Ausdifferenzierung der Afrikaaner verantwortlich. Die Lockerung einiger Apartheid-Maßnahmen, die notgedrungene Aushöhlung der Job-Reservation wegen Facharbeitermangels unter den Weißen, führte zu einer politischen Radikalisierung bei den weißen Arbeitern, während das wachsende Heer der Bürokraten, die afrikaanse Intelligenz und die seit den 40er Jahren entstandene afrikaanse Manager-Klasse Regierung und Partei gegenüber loyal blieben.

In den 80er Jahren, als gleichzeitig mit einem ökonomisch kontraproduktiven Sicherheitsapparat eine Reihe von Reformmaßnahmen durchgeführt wurden, brach die "Volkseinheit" mehr und mehr in ihre Bestandteile rassistischer Interessengruppen auseinander. Die so schnelle Aufgabe der gesetzlich festgeschriebenen Rassendiskriminierung durch die Regierung de Klerk wird dann erst verständlich, wenn man in Rechnung stellt, daß Apartheid sich funktional zum Nationalismus verhält. Die Aufgabe der Apartheid-Politik besagt damit noch nicht, daß auch der Afrikaaner Nationalismus und das Denken in ethnischen Kategorien aufgegeben wurde. Auch de Klerk und seine Reformer bleiben in erster Linie Afrikaaner Nationalisten, die Mittel haben sich geändert, nicht die Substanz ihrer Weltanschauung.

Christoph Marx

Anmerkungen:

1.) Seit 1860 bestand das Territorium Südafrikas aus vier Gebieten: den Burenrepubliken Transvaal und Oranjefreistaat und den britischen Kolonien am Kap und in Natal. Großbritannien schwankte in dieser Zeit zwischen Unterwerfung der Buren mit dem Ziel der Schaffung einer Föderation Südafrika und der Gewährleistung faktischer Autonomie für die Burengebiete.

2.) Gemeint ist die Wiederherstellung der Burenrepubliken.



Nationalismus à la chinoise

Das moderne China und die Schwerkraft der Tradition

Im wissenschaftlichen Diskurs über den Nationalismus in Europa, v.a. in der marxistischen Lesart, wird die Nationenbildung gemeinhin als notwendige Folge von Veränderungen in der Produktionsweise interpretiert: Das kapitalistische Wirschaftssystem erschafft unweigerlich seinen gesellschaftlichen Rahmen, den bürgerlichen Nationalstaat. Mit der kapitalistischen Durchdringung des Trikonts und der Entkolonialisierung der entstehenden Nationen sollte auch die "Dritte Welt" nachholend diese Entwicklung durchlaufen. Die geschichtliche Aufgabe des Nationalismus wurde in der Modernisierung der Gesellschaft gesehen.

Daß die Geschichte Chinas nicht nach dem beschriebenen Modell verlaufen ist, zeigt der folgende Artikel von Christoph Geisel. Der moderne chinesische Nationalismus entsprach zu keiner Zeit dem modernen europäischen Verständnis.

Die erste Republik Chinas, die 1911 von den Anhängern des "bürgerlichen" Reformers Sun Yat-sen ins Leben gerufen wurde, war ebenso deutlich von der konfuzianischen Tradition geprägt wie der spätere Maoismus, der der chinesischen Nation wieder ihren rechtmäßigen Platz unter den Nationen, nämlich den ersten Platz, verschaffen wollte - im Sinne einer Neuauflage des Reichs der Mitte.



Die geistigen Väter des modernen China, Marx und Konfuzius im Disput. Illustration zu der 1925 in China erschienenen satirischen Erzählung 'Marx im Tempel des Konfuzius' von Guo Moruo

aus: Das Neue China, Nr.4/88

In einer kurzen Abhandlung über das damalige China äußerte Marx anno 1850 die Erwartung, daß "die Kattunballen der englischen Bourgeois" dort gleichsam automatisch "das rebellische Erwachen des Volkes" nach sich ziehen würden, man deshalb auch "an den Pforten, die zu dem Hort der Urreaktion und des Urkonservatismus führen", sehr bald schon die "Überschrift »République Chinoise - Liberté, Egalité, Fraternité«" werde lesen können. Allein diese Äußerung beweist unmißverständlich, daß für ihn - sei es nun im damals noch konfuzianisch-kaiserlichen China oder wo auch immer - in den von "Wilden" bewohnten Gebieten ein wirklicher Fortschritt erst dann möglich sein würde, nachdem sich diese politisch, ökonomisch und mental vollständig europäisiert hätten.

Auch wenn man es in seinen Auswirkungen nicht recht wahrhaben will: Aus dieser Perspektive wurden und werden die Greuel des Imperialismus zu einer Notwendigkeit, die man zwar kritisieren, letztendlich aber nicht fundamental in Frage stellen kann. Konstituierten sich dadurch doch erst die Grundlagen "(national)revolutionärer" Bewegungen, die, laut Theorie, ein halbes Jahrtausend europäischer Geschichte im Zeitraffertempo nachexekutieren, um damit die Fundamente einer "sozialistischen Weltrepublik" zu legen. Sieht man vom Endziel ab, besteht bei Marx also kein wesentlicher Unterschied zu dem, was bürgerliche Ökonomen und Politiker als "Entwicklungspolitik" verkaufen.

Just zu einer Zeit, da im vom Kommunismus "befreiten" Osteuropa eine Welle brutalster Vaterländerei wütet, verabschieden sich die "Verdammten dieser Erde" vom "Befreiungsnationalismus" und wenden sich - sofern sie nicht in Apathie verfallen - stattdessen neuen Hoffnungsträgern zu, die hier-



zulande auch bei den wackersten Trikontenthusiasten nur noch blankes Unverständnis hervorrufen. Ob islamischer Fundamentalismus, die krude Aktualisierung alter Inkamythen beim Sendero Luminoso oder - weniger finster - der Neoafrikanismus des Thomas Sankara - gemeinsam ist all diesen - zugleich neuen wie uralten - Heilslehren eine selektive Rückbesinnung auf eine verklärte Vergangenheit.

Back to the roots

Daran anknüpfend soll hier die These gewagt werden, daß die so aberwitzige wie weitverbreitete Popularität eines back to the roots eben nicht nur durch das Ausbeutungsargument erklärt werden kann. Angesichts der Totalabsage, die das westliche Vorbild - und damit auch das nationalstaatliche Paradigma - zunehmend erfährt, soll die Frage aufgeworfen werden, ob die von Marx bis R. Kurz immer wieder von neuem bemühte Erwartung, mit der Durchkapitalisierung der Welt konstituiere sich auch ein ideeller Globalcitoyen, nicht a priori falsch und einem Eurozentrismus geschuldet ist, der den "europäischen Sonderweg" zum Maß aller Dinge erhebt.

Große Teile der Welt, die im Zuge von Kolonialismus und Imperialismus mehr oder weniger gewaltsam dem westlichen Vorbild angeglichen wurden, blickten auf eine längere, glanzvollere und oft auch weniger brutale Geschichte zurück als ihre Eroberer. Sie war aber zumeist durch Wertvorstellungen geprägt, die den nun aufgezwungenen diametral entgegenstanden. Mit der Expansion des kapitalistischen Wirtschaftens mußten jene traditionellen Orientierungen in Denken und Handeln ihre gesellschaftsgestaltende Kraft zwangsläufig einbüßen. Die Kolonialmächte exportierten nicht nur Waren, sondern auch den ihrer Produktionsweise entsprechenden politischen Regulationsmechanismus, weshalb es eben u.a. auch in solchen Gegenden zur Gründung von "Nationen" kam, die diesen Begriff gar nicht in ihrem Wortschatz hatten.

Anders als Europa, wo der kapitalistische Geist und die ihm entsprechenden politisch-gesellschaftlichen Strukturen über die Jahrhunderte hinweg herangereift und popularisiert worden waren, wurden diese Kulturkreise also gleichsam von ihrer bisherigen Geschichte abgeschnitten, um ihnen einen institutionellen Überbau aufzupropfen, der vollkommen quer zum bislang gewohnten lag. Von daher kann es kaum verwundern, wenn sie das, was der hegelbelesene US-Politologe F. Fukuyama das "Ziel der Geschichte" nennt, erreichten, ohne daß die auf dieses "Ziel" zugeschnittenen Staats- und Wirtschaftsbürger herangewachsen wären.

Die Bedingtheiten der asiatischen Produktionsweise, im wesentlichen also die Dimensionen der dort praktizierten Bewässerungslandwirtschaft, hatten in China den individuell-subsistenzwirtschaftlichen Rahmen bereits zu einem einzigartig frühen Zeitpunkt gesprengt; (Agrar-)Wirtschaft wurde somit schon vor 3000 Jahren als eine "gesellschaftliche Aufgabe" (K. A. Wittfogel) definiert, welche ohne eine zentrale staatliche Koordinierungsinstanz nicht zu erfüllen war. Nichtsdestoweniger kannte das Land, obwohl es somit von allen souveränen Staaten auf die mit Abstand längste Vergangenheit als Staat zurückblickt, bis ins 19. Jahrhundert den Begriff der Nation in unserem Sinne nicht. Vielmehr war für Bewohner wie Machthaber des von Hochgebirgen und Wüsten umsäumten Landes über drei Jahrtausende hinweg eine politisch und kulturell ernstzunehmende nichtchinesische Welt schlichtweg inexistent, ja gar nicht vorstellbar gewesen. Während etwa die europäisch-vorderasiatische Geschichte, seit es eine solche gibt, diesbezüglich bis in die Neuzeit hinein stets durch Bi- oder Multipolarität gekennzeichnet gewesen war, galt im "Reich der Mitte" der kaiserliche Thron als das Zentrum der Welt, um welches sich neben dem eigentlichen China nur noch ein Kranz unbedeutender, von Barbaren bewohnter Randgebiete gruppierte. "Einen Kaiser gibt's auf Erden, tausend Völker, die zum Throne kommen". Diese Maxime brachte die alte Geschichte von "chungkuo", dem Reich der Mitte, auf den Punkt. Zwar kam es mehrfach zu Invasionen der Steppenvölker des Nordens, doch paßten sich diese, hatten sie die Macht im Lande einmal übernommen, jeweils so schnell an die herrschende Produktions-, Denk- und Lebensweise an, daß selbst die militärische Niederlage noch als Beweis für die überlegene Einzigartigkeit der chinesischen Zivilisation gewertet werden konnte.

Damit entfielen aber sämtliche Voraussetzungen, die in Europa den Begriff und die Praxis des Nationalismus konstituiert hatten - stets im Kontext und in der Konfrontation mit anderen, zwar nicht als gleichwertig, wohl aber als gleichbedingt gedachten Nationalismen. Im alten China herrschte also zwar seit jeher das Bewußtsein, in einem Staat zu leben, doch wurde dies einerseits durch eine - sich etwa im Ahnenkult äußernde - extrem familiale Gruppenbezogenheit überformt, vor allem aber verstand man diese Staatlichkeit keineswegs primär als politisches Ordnungsprinzip, sondern zuvorderst als Inbegriff einer prästabilen metaphysischen Ordnung, die nur einen wirklichen "Staat" kannte.

Zerstörung einer in sich geschlossenen Welt

Die über China hereinbrechende industriezivilisatorische Moderne - geprägt durch instrumentellen Rationalismus und unbedingten Fortschrittsglauben - verkörperte das genaue Gegenteil dessen, was das China der "großen Tradition" ausgemacht hatte. Eine in sich geschlossene Welt - materiell gegründet auf eine statische Produktionsweise auf für vorindustrielle Verhältnisse extrem hohem Niveau, transzendiert durch die quietistisch-antimerkantile 'Zivilreligion' des Konfuzianismus [1] -, die sich seit undenklichen Zeiten nicht mehr substantiell verändert, sondern sich stets, nach Zeiten der Krise und des Zerfalls, nur immer wieder aus sich selbst heraus neu erschaffen hatte, wurde nun binnen kurzem unwiederbringlich zerstört.

Es war der (erste) Opiumkrieg von 1840, in dem die Engländer den erwachenden Widerstand gegen ihren höchst profitablen Drogenexport ins Reich der Mitte brachen, der das Land so unvermittelt wie unwiederbringlich von seiner großen Vergangenheit schied und ein Jahrhundert tiefer Demütigung einleitete. Achtzig Jahre später, als in China organisierte Kommunisten die Bildfläche betraten, bot es ein Bild, das in vielerlei Hinsicht dem Hobbesschen Szenario des Krieges aller gegen alle entsprach. Eine uralte Staatlichkeit war, wie der "nationalistische" KP-Gegenspieler Chiang Kai-schek schrieb, zu "Treibsand" zerronnen. Wo über Jahrtausende hinweg die Maxime "man macht keine Nägel aus wertvollem Eisen und keine Soldaten aus anständigen Menschen" gepflegt worden war, war die blanke Gewalt zum vorrangigen Mittel sozialer Interaktion geworden.

Wie sehr die erste chinesische Republik, von einer anachronistisch gewordenen Tradition geprägt war, zeigt sich beispielhaft in der politischen Praxis wie den Publikationen ihres wichtigsten Denkers, Sun Yat-sen. So bejahte und bewunderte er zwar das durch Effizienz und Dynamik gekennzeichnete kapitalistische Entwicklungsmodell, glaubte aber gleichzeitig, es mit dem stationären Harmonieideal des Konfuzianismus synthetisieren zu können. Die Doppelbödigkeit in Suns Denken offenbart sich vor allem aber auch darin, daß das Bekenntnis, das der fraglos bedeutendste "bürgerliche" Politiker Chinas zu Nationalstaat und Demokratie ablegte, nicht nur vor dem Hintergrund der von ihm weiter gepflegten konfuzianischen Staatsmetaphysik gegenstandslos, sondern durch sein politisches Nahziel einer Erziehungsdiktatur in puncto Demokratisierung auch ausdrücklich aufgehoben wurde. Anders formuliert: Sun erkannte nicht nur zu keinem Zeitpunkt, daß das Bild, das sich das alte China von sich selbst gemacht hatte, nicht in die moderne Welt zu integrieren war, er war auch nicht willens, ein anderes zu entwickeln.

Was sich für den vermeintlichen Schöpfer eines modernen China und dessen Nachfolger Chiang sagen läßt - daß sie an sich selbst scheiterten und scheitern mußten -, galt aber auch für die Bevölkerung. Lebensweise und Funktion der alten sozialen Schichten waren durch ihren Zusammenprall mit dem Imperialismus zwar zerstört





worden, ihr Selbstverständnis war jedoch im wesentlichen das alte geblieben. Im Grunde galt dies auch für jenes "nationale Bürgertum", welches erst durch die kapitalistische Durchdringung Chinas entstanden war. Es bediente sich mitunter zwar der vom Westen vermittelten modernen Techniken und Akkumulationsmethoden, doch geschah dies nicht selten nur, um mit dem so erworbenen Reichtum ein am klassisch-antimerkantilen Grundbesitzerideal orientiertes Dasein zu realisieren. Andererseits war dies durch den westlichen Einfluß seinerseits längst jener normativen, patrimonialen Komponente entkleidet worden, die in der Vergangenheit einer Überausbeutung der Bauernschaft gewisse Grenzen gesetzt hatte.

Konfuzianismus und Bauernkommunismus

Die Bauern aber repräsentierten - und sie tun dies noch heute - zum einen die am allerwenigsten "verwestlichte" Klasse und andererseits die überwältigende Bevölkerungsmehrheit des damaligen China. Zugleich waren sie die politische "Regulationsinstanz" des alten China gewesen. Immer dann, wenn die im wesentlichen statische Produktionskapazität der asiatischen Produktionsweise nicht mehr genügte, eine seit Jahrhunderten stetig angewachsene Bevölkerung zu ernähren, hatten bäuerliche Aufstandsbewegungen die verbrauchte Dynastie hinweggefegt, um dann nach langen, furchtbaren Wirren schließlich eine neue zu inthronisieren, die mittels einer Art Bodenreform - infolge der kriegs- und katastrophenbedingten Bevölkerungsreduktion war die nun wieder praktikabel geworden - eine für ein paar Jahrhunderte wirksame Stabilisierung der Situation auf ihrer althergebrachten Grundlage herbeiführte. Inspiriert hatte diese Agrarrevolten zumeist ein mit Mythen und Aberglauben angereicherter Volkstaoismus [2] - die "kleine Tradition" der chinesischen Philosophie. Er konnte aber wegen seiner starken Jenseitsbezogenheit niemals eine praktikable Alternative zum gesellschaftlichen Ideal der konfuzianischen "großen Tradition" ausbilden, was jeweils eine sukzessive Rekonfuzianisierung der Aufstände - und damit eben die Wiederkehr des ursprünglich Attackierten - nach sich zog.

Unterm Strich stand schließlich ein Amalgam - und damit auch eine Neuinterpretation - verschiedenster Versatzstücke altchinesischer Philosophie beider "Traditionen". Ein Bauernkommunismus, der von den westlichen Theoretikern, auf die er sich berief, im Grunde nur zwei Gedanken übernommen hatte, die nicht direkt oder mittelbar in der chinesischen Überlieferung wurzelten: Einerseits die konsequente Entgöttlichung und Entmystifizierung der Lebenswelt, zum anderen einen radikalen Egalitarismus - in Theorie und Praxis weitaus schärfer gefaßt als in allen anderen Realsozialismen -, der tatsächlich in eklatantem Widerspruch zum traditionellen homo hierarchicus des Konfuzianismus stand und sich etwa auch in der diesem völlig wesensfremden Forderung nach gesellschaftlicher Gleichstellung der Frau äußerte.


Mao: Auch in seiner Lehre verbirgt sich die konfuzianische Ziviltheologie

Spezifisch chinesisch blieb bei Mao aber auch der Platz, den er dem von ihm revolutionierten China in der Welt zuwies. Wenn ein hervorragender Kenner der Materie seinen "Nationalismus" durch die Zielsetzung charakterisiert, dem "neuen China wieder seinen rechtmäßigen Platz unter den Nationen - den ersten Platz nämlich" - zu verschaffen (S. R. Schram), wird offenbar, wie sehr sich auch der vermeintlich internationalistische Marxist Mao Tse-tung von der Vorstellung einer determinierten übernationalen Einzigartigkeit Chinas leiten ließ.

Mao und seine Mitstreiter schufen mit ihrer Reformulierung der konfuzianischen Ziviltheologie zwar, wie A. Malraux einmal bemerkt hat, die Voraussetzungen dafür, daß sich "China aus sich selbst heraus neu erschaffen" konnte, zugleich mußte sich die Übertragung ihrer Doktrin auf andere Teile der Welt deswegen aber a priori verbieten. Mehr noch: Da er China zwar modernisiert hatte, das Resultat dieser Modernisierung den weltweit herrschenden Prinzipien aber nach wie vor grundsätzlich widersprach, konnte der Maoismus als angewandte Politik auch nur solange Erfolg haben, als es ihm gelang, das Reich der Mitte weitestgehend von seiner vollkommen anders gearteten Umwelt zu isolieren.

Obwohl diese Notwendigkeit mit dem Ansinnen in Konflikt geriet, Chinas angestammte Größe in eben dieser Welt wiederherzustellen, gelang dies knapp zwei Jahrzehnte lang. Spätestens die militärische Zuspitzung des sino-sowjetischen Konflikts in den Kämpfen am Ussuri, wo die Chinesen - inmitten der Nachwehen von Maos letztem Gefecht, der Kulturrevolution - von der technisch überlegenen Roten Armee gedemütigt wurden, bezeichnete dann aber die endgültige Niederlage des wohl letzten großen Versuchs, den Menschen und seine Möglichkeiten aus der Verflechtung mit den materiellen Bedingtheiten seiner Existenz herauszulösen und das handelnwollende Individuum zum allesentscheidenden Gestalter der Geschichte zu erheben.

Wollte China seinen wiedererworbenen Großmachtstatus behalten, mußte es weitaus entschiedener den Weg nach Westen einschlagen, als dies Mao getan hatte. Es war eben diese Erkenntnis, welche dann knapp zehn Jahre später wieder jene stärker westlich orientierten Kräfte der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) an die Macht brachte, welche in einem 40jährigen "Kampf zweier Linien" offen oder verdeckt gegen Mao opponiert hatten.

Wenn sich das China der Reformer aber gleichwohl noch immer rhetorischer Versatzstücke der von ihnen längst entseelten Mao Tse-tung-Gedanken bedient, dann vor allem deshalb, weil in deren zeitweiligen Erfolgen nach wie vor die wesentliche Legitimation der KPCh-Herrschaft gesehen wird. Dazu dürften aber - gerade hinsichtlich ihres Selbstverständnisses als chinesische "Nationalisten" - auch diese sogenannten Reformer um den langjährigen Mao-Gegenspieler und ehemaligen Lieblingschinesen des Westens, Teng Hsiao-ping, selbst noch weitaus stärker von althergebrachten Orientierungen geprägt sein, als es beispielsweise ihre Wirtschaftspolitik auf den ersten Blick vermuten läßt. So kann man zumindest darüber spekulieren, ob die nonchalante Ungerührtheit, mit der Teng und Konsorten im Frühjahr 1989 die internationalen Reaktionen auf die Niederschlagung der Demokratiebewegung quittierten, ob die Weigerung, die dabei angewandte Brutalität - wie ansonsten auch bei den gewalttätigsten Régimes üblich - propagandistisch zu relativieren, nicht auch nach wie vor Resultat einer Weltsicht waren, die "chung-kuo" aus dem Kreis der "normalen" Nationen heraushebt.

Christoph Geisel

Anmerkungen:

(1) Eine Trennung zwischen jenseitig-religiöser und diesseitig-politischer Sphäre kannte der Konfuzianismus nicht. In gewissem Sinn erfüllte der altchinesische Beamte neben der Administration auch eine priesterliche Funktion. "Seinem inneren Wesen nach war er Kulturträger, subjektiver Ausdruck der immerwährenden kosmischen Ordnung". (R. Hoffmann)

(2) Das um den Grundbegriff des 'Tao' ('Weg' bzw. 'Vernunft') kursierende Denken des Lao Tse läßt sich in seiner ursprünglichen Form als eine Anleitung zur individuellen Selbstvervollkommnung beschreiben. In seiner popularisierten Form avancierte es - eigentlich völlig konträr zur Intention des Meisters selbst - zu jener Religion (in unserem Sinne), für die es in der Weltsicht des Konfuzianismus keinen Platz gab. Die in Krisenzeiten anstehende Aufladung dieses Volkstaoismus mit messianisch-millennaristischem Gedankengut und die daraus resultierenden Aufstände lassen sich mit Vorkommnissen im europäischen Mittelalter - man denke etwa an die Hussitenkriege - vergleichen.

Das immer stärkere Aufkommen von Nationalkonflikten in der ganzen Welt läßt die Diskussion über Nationalismus wieder aufleben. Nationalismus entfesselt Bürgerkriege und führt zum Auseinanderbrechen von Staaten. Auf der anderen Seite kämpfen seit langer Zeit nationale Befreiungsbewegungen um ihre Souveränität und werden von InternationalistInnen unterstützt. Was bedeutet Nationalismus für Linke? Gibt es einen "guten" bzw. "schlechten" Nationalismus?

Mit den folgenden Diskussionsbeiträgen möchten wir diese Fragen diskutieren. Unsere AutorInnen Jan Jansen (Nordirland-Solidaritätsbewegung), Jürgen Elsässer (Initiative "Nie wieder Deutschland"), Rebecca Gordon (lesbische jüdische Feministin aus den USA) und Leona Florentino (Vertreterin einer Frauenuntergrundorganisation auf den Philippinen) sollen dabei beispielhaft die Bandbreite der Positionen aufzeigen. Beiträge und Anmerkungen von LeserInnen sind sehr erwünscht!

Redaktion

Für einen nationalen Nihilismus

"Proletarier aller Nationen, massakriert Euch!". Erneut entfesselt die Warengesellschaft am Ende einer "langen Welle" [1] die barbarischen Mechanismen, die sie in ihrer stabilen Phase integriert hatte. Das straft all diejenigen Lügen, die eine "neue Weltordnung" erträumten oder befürchteten. Tatsächlich droht nicht der weltweite Durchmarsch der Warengesellschaft und der Krieg "Nord gegen Süd" - all das haben wir nämlich längst! -sondern etwas weit Schlimmeres: Der Kollaps der Warengesellschaft und der Krieg jeder gegen jeden. Die Internationale des Kapitals hat sich zu Tode gesiegt und setzt - kaum ist der einigende Gegner gefallen - die konkurrierenden ökonomischen Kräfte als antagonistische Nationalismen frei.

Die Linke hat mit dem Nationalismus natürlich keine Probleme. In den routinierten Spiegelstrichkatalogen einschlägiger Flugblätter taucht er regelmäßig neben den anderen abzulehnenden -ismen auf. Das dient dem Seelenfrieden und verschleiert die politische Komplizenschaft, die längst eingegangen wurde. Nach dem willigen Kotau vor "Deutschland, einig Vaterland" (Modrow) waren sowieso die Schamgrenzen gefallen. Mit der Zerschlagung Jugoslawiens wurde offensichtlich: Das "Recht der Völker auf nationale Selbstbestimmung" konfiguriert einen historischen Kompromiß fast aller politischen Kräfte in Deutschland - je nach Gusto in der Interpretation von Hitler, Wilson oder Lenin. Daß auch die ETA ihre Sympathie für den süd-osteuropäischen Separatismus bekundet, verweist auf eine ideologische Transformation, die weit über die deutsche Linke hinausgeht. Der Befreiungsnationalismus, in den vergangenen Jahrzehnten in den Metropolen nur der folkloristische Widerhall von politischen Prozessen in der Peripherie, wird nun auch in unseren Breiten zur geschichtsmächtigen Kraft. Ein konfuses Amalgam von rinkem und lechtem Nationalismus, an dem Ernst Jandl seine wahre Freude gehabt hätte, stößt in das Vakuum nach der Auflösung der Jalta- Ordnung.

Vielleicht nützt es, die "Volxbefreier" mit den Debatten der internationalen Arbeiterbewegung zu konfrontieren. Dort war die These vom "Selbstbestimmungsrecht der Nationen" nämlich längst nicht so unumstritten, wie die Orthodoxie glauben machen will. Spätestens heute sollte Rosa Luxemburgs Kritik an Lenins Vorstellungen zur Nationalitätenfrage - die auch heute noch in der einen oder anderen Version den Nationalismus der deutschen Linken begründen helfen - ernstgenommen werden: Internationalismus ist antinational, oder er ist ein Hohn.

Zunächst muß betont werden, daß Lenin und Luxemburg in der Hauptfrage jener Epoche an einem Strang zogen: der bedingungslosen Ablehnung des Nationalismus und der "Vaterlandsverteidigung" in den imperialistischen Hauptländern. An dieser Frage ging die sozialdemokratische II. Internationale zugrunde, und aus den antiimperialistischen Minderheitsströmungen formierten sich überall die kommunistischen Parteien.

Die Kontroverse setzt da ein, wo Lenin neben dem abzulehnenden Nationalismus der unterdrückenden Völker einen im Prinzip unterstützenswerten Nationalismus der unterdrückten Völker ausmacht. Seine Sichtweise ist nachvollziehbar: Sein Hauptfeind, der Zarismus, hält in seinem "Völkergefängnis" (Lenin) Dutzende Nationen unter der Knute, denen die "Freiheit der Lostrennung" nach der Revolution versprochen wird und die so bei der Destabilisierung des Riesenreiches eine wichtige Rolle spielen sollen.

Rosa Luxemburg ihrerseits kommt aus einem dieser unterdrückten Völker, nämlich dem polnischen, dessen Staat damals zwischen Rußland, Deutschland und Österreich-Ungarn völlig aufgeteilt war. Sie lehnt die positive Bezugnahme auf die Rechte von Nationen in jedem nur denkbaren Fall ab, "weil sie die fundamentale Theorie des neuzeitlichen Sozialismus - die Theorie der



Klassengesellschaft - völlig ignoriert." [2] Aus diesem Grund "leitet sich die Verpflichtung zum Protest und zur Bekämpfung der nationalen Unterdrückung für die Klassenpartei des Proletariats durchaus nicht von einem besonderen `Recht der Nationen' her (...), die Verpflichtung kann nur abgeleitet werden aus dem allgemeinen Gegensatz zum Klassensystem, zu jeglicher Form von gesellschaftlicher Ungleichheit und Herrschaft, mit einem Wort, aus dem grundsätzlichen Standpunkt des Sozialismus." [3] Statt für das Recht der Polen auf einen eigenen Staat - Lenins Position - einzutreten, plädiert sie dafür, daß die polnische Arbeiterbewegung Seite an Seite mit den russischen Proletariern für den Sturz des Zaren kämpft. [4]



Selbstbestimmungsrecht und Internationalismus

Der griffigste Punkt des Konflikts Lenin - Luxemburg liegt in dem von den Bolschewiki proklamierten "Recht auf Lostrennung" unterdrückter Völker, d. h. dem Recht auf einen eigenen Staat. Dabei versucht Lenin einen Spagat: Er unterstützt einerseits das "Recht auf Selbstbestimmung" prinzipiell, macht aber die faktische Unterstützung der Ausnützung dieses Rechts vom Einzelfall abhängig, d.h. von der politischen Nützlichkeit des jeweiligen Nationalismus für die Revolution. Er grenzt ab: "Die einzelnen Forderungen der Demokratie, darunter das Selbstbestimmungsrecht, sind nichts Absolutes, sondern Teilchen der allgemeindemokratischen (jetzt: allgemein-sozialistischen) Weltbewegung. Es ist möglich, daß in einzelnen konkreten Fällen der Teil dem Ganzen widerspricht, dann muß man den Teil verwerfen..." [5] In der konkreten Situation nach dem Oktober 1917 sollte diese Doppelstrategie dadurch gewährleistet werden, daß die Kommunisten in den unterdrückten Völkerschaften propagierten, das von der zentralen Sowjetmacht zugestandene "Recht auf Lostrennung" nicht wahrzunehmen.

Schon bald war für Rosa Luxemburg klar, daß das Konzept der Bolschewiki nicht aufging: "Während Lenin und Genossen offenbar erwarteten, daß sie, als Verfechter der nationalen Freiheit 'bis zur staatlichen Absonderung', Finnland, die Ukraine, Polen, Litauen, die Baltenländer, die Kaukasier usw. zu ebenso vielen treuen Verbündeten der russischen Revolution machen würden, erlebten wir das umgekehrte Schauspiel: Eine nach der anderen von diesen `Nationen' benutzte die frisch geschenkte Freiheit dazu, sich als Todfeindin der russischen Revolution gegen sie mit dem deutschen Imperialismus zu verbünden", resümiert sie.[6]

Rosa Luxemburg lehnt die Proklamierung des "Rechtes auf Selbstbestimmung" ab: "Entweder sagt diese Formel gar nichts aus, ist eine leere und zu nichts verpflichtende Phrase, oder sie meint eine bedingungslose Verpflichtung aller Sozialisten zur Unterstützung aller nationalen Bestrebungen - und dann ist sie ganz einfach falsch."[7] Sie bezieht ihre Kritik auf Marx und Engels, die nationale Bestrebungen völlig beliebig begrüßten oder verwarfen, je nachdem, ob sie der "Außenpolitik" des internationalen Proletariats, die damals im wesentlichen an der Schwächung der internationalen Ordnungsmacht Rußland interessiert war, nützte oder nicht. Eine Methode, so betont Luxemburg gegen Lenin, "die sich nach keinerlei abstrakten Formeln richtet, sondern einzig und allein nach den realen Verhältnissen eines jeden einzelnen Falles." [8]

Lenin verteidigt seine Doppelstrategie mit der Analogie zum Scheidungsrecht. Auch in diesem Fall bedeute ja das grundsätzliche Eintreten für dieses Recht noch lange nicht, daß für jeden einzelnen Fall die Scheidung propagiert werde. Ein prinzipielles Recht schließe eine konkrete Einzelfallentscheidung nicht aus, sondern ermögliche sie erst. Fragwürdig erscheint bei dieser Analogie, daß Lenin die Entscheidungskategorie "Mensch/Individuum" (Lostrennung durch Scheidung) umstandslos gleichsetzt mit der Entscheidungskategorie "Volk/Nation" (Lostrennung durch Staatsbildung). Für Rosa Luxemburg ist diese Auffassung von der Nation - "als ein Ganzes, als eine geschlossene soziale und politische Einheit"- "eine derjenigen Kategorien der bürgerlichen Ideologie, die von der marxistischen Theorie radikal revidiert wurden(...)In einer Klassengesellschaft gibt es die Nation nicht als einheitliches gesellschaftlich- politisches Ganzes; es existieren hingegen in jeder Nation Klassen mit antagonistischen Interessen und `Rechten'." [9]

Daher ist es für Luxemburg logisch, daß eine "Selbstbestimmung der Nationen" im Kapitalismus nur eine Maske für das sich durchsetzende Klasseninteresse der Bourgeoisie ist, die dann die neu entstandenen Staaten beherrscht, ohne daß sich für das Proletariat etwas ändert. Im Gegensatz zu Lenin sieht sie als "Voraussetzung" für eine wirkliche Selbstbestimmung der Nation "die sozialistische Revolution, d.h. die politische und wirtschaftliche Selbstbestimmung der arbeitenden Klassen als der eigentlichen Masse in jeder Nation". [10]

Außerdem sei zu befürchten, daß der Nationalismus in den neugeschaffenen Staaten, "obwohl im Kern nur Ausdruck für einen ganz jungen, erst keimartigen Kapitalismus, zugleich doch schon in der allgemeinen Atmosphäre der imperialistischen Entwicklung selbst mit deutlichen imperialistischen Tendenzen gefärbt" ist [11].

Diese Differenzen betreffen auch den antiimperialistischen Kampf. Rosa Luxemburgs Diktum: "In der Ära des Imperialismus kann es keine nationalen, d.h. fortschrittlichen Kriege mehr geben" [12], findet Lenins schärfsten Widerspruch, Lenins KritikerInnen setzen dem "Selbstbestimmungsrecht der Völker" das "Selbstbestimmungsrecht der Werktätigen" (Bucharin) als Orientierung für die abhängigen Länder entgegen. Für den Antiimperialismus in den Metropolen genüge die Losung "Fort aus den Kolonien" [13].

Die Durchsetzung der Leninschen Gedanken symbolisiert die von der Komintern 1920 vorgenommene Ergänzung des Schlußsatzes aus dem Kommunistischen Manifest: dem "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" wurden die "unterdrückten Völker" hinzugefügt. Die Frage eines Bündnisses der Proletarier mit der jeweiligen nationalen Bourgeoisie gegen ausländische Imperialisten durchzieht seitdem die Debatten der kommunistischen Weltbewegung.

War es für die "neue Linke" der 70er Jahre selbstverständlich, sich auf die Erfolge nationaler Befreiungsbewegungen zu beziehen und hier den Bogen zu schlagen von der Gründung der VR China über den Befreiungskrieg Algeriens bis hin zu den unmittelbar mitzuerlebenden Siegen in Vietnam, Angola und Mocambique, so sind wir heute, angesichts der Verbürgerlichung dieser Staaten, zu einer sehr viel kritischeren Aufarbeitung des national-revolutionären Ansatzes gezwungen, die seine "weißen Flecke" und "dunklen Punkte" unter die Lupe nimmt. Die katastrophalen Einbrüche dieser Strategie seien hier nur angerissen. Sie liegen zwar außerhalb Lenins direkter Verantwortung, gleichwohl müßte untersucht werden, ob sein theoretischer Ausgangspunkt dafür mitverantwortlich ist: Der von der Sowjetunion unterstützte Atatürk schlachtete die türkischen, der von Stalin unterstützte und sogar in die Komintern gehievte Tschiang Kaischeck, die chinesischen KommunistInnen ab.

Ein weiteres Beispiel für nationalistische Deformation linker Politik findet sich in Elementen des Krieges der Anti-Hitler- Koalition gegen Nazi-Deutschland. Das vereinte Zurückschlagen und Niederringen des Nationalsozialismus war eine epochale Leistung; aber der emanzipatorische Gehalt dieses Kampfes wurde dadurch gemindert, daß den Kommunisten Antifaschismus und



Humanismus als Begründung dieser Politik nicht ausreichten, sondern daß sie zusätzlich den Nationalismus bemühten. Die Phrase vom "Großen Vaterländischen Krieg" hat den Boden dafür geebnet, daß der Befreiung Osteuropas vom deutschen Faschismus ein großrussischer Chauvinismus folgte, zwar viel weniger blutig, aber für uns Anhänger einer herrschaftslosen Gesellschaft dennoch völlig unakzeptabel. Der aufopferungsvolle Kampf der Kommunistischen Partei Frankreichs gegen Hitler hat unter der Bezugnahme auf die "Grande Nation" gelitten, und das hat zu der nationalistischen Schlagseite geführt, die die Partei im Algerienkrieg und als Anwalt der ImmigrantInnen bis heute völlig diskreditiert hat.

Mit eingehen in eine kritische Bilanzierung der kommunistischen Geschichte müßten die Veränderungen des Imperialismus. War zu Lenins Zeiten nahezu der gesamte Erdball unter den Großmächten aufgeteilt und der Verlust von Kolonien für diese schmerzhaft, so bereitet heute die politische Unabhängigkeit von Ländern des Trikonts kaum Probleme. Unter dem Druck des Weltmarktes fallen die Dominosteine längst wieder in die andere Richtung. Mensch könnte sogar fragen, ob nicht die weitere Zersplitterung der Peripherie unter der Fahne des nationalen Selbstbestimmungsrechtes (Sowjetunion, Jugoslawien,...) diese umso sicherer zur Beute der transnationalen Konzerne macht. Jedenfalls ist der für Lenin so plausible Zusammenhang zwischen nationaler Selbstbestimmung und kommunistischem Antiimperialismus heute nicht zu erkennen. Rosa Luxemburg hat ihn schon für die damalige Epoche bestritten.



Solidaritätsdemonstration in den siebziger Jahren

Die Germanisierung Europas

Während alles mögliche vom sozialistischen Erbe verramscht wird, an einer der krudesten Hinterlassenschaften des ML wird festgehalten: das "nationale Selbstbestimmungsrecht der Völker" verteidigen Antje Vollmer (früher KPD/AO) und Joscha Schmierer (früher KBW) ebenso wie Hans Modrow (früher Ministerpräsident) und Joschka Fischer (früher Turnschuh). Makaber ist das in einer Zeit, in der auch die angeblich fortschrittliche Variante der nationalen Selbstbestimmung, die der sogenannten unterdrückten Völker, die allerschlimmsten Resultate zeitigt. Innerhalb Jugoslawiens unterdrückte Kroaten massakrieren Serben, vom Westen ausgebeutete Serben schlachten Bosnier, endlich vom "russischen Joch" befreite Aserbaidschaner jagen Armenier ... die "Zärtlichkeit der Völker" ist nichts als ein blutiges Massaker.

Das "Gemeinsame Haus Europa", von dem Gorbatschow naiv träumte, wird von den Termiten des Nationalismus zerfressen. Die agressivsten dieser Nationalismen sind wesensmäßig und historisch mit dem deutschen verbunden: Auf dem Balkan und in Osteuropa wurde Nation immer völkisch verstanden, die bürgerlich-demokratische Interpretation blieb schwach. Kroaten, Litauer und Ukrainer stellten Hilfstruppen bei der Schaffung eines SS-Europa und Schergen bei der Durchführung der Endlösung. Auch die "Volksdeutschen" selbst, Hitlers 5. Kolonnen, melden sich aus dem Gruselkabinett der Weltgeschichte zurück. Die Möchtegerns an der Wolga und im sogenannten Königsberg fordern ihre eigene Republik, die Sudeten zumindest ihre früheren Grundstücke und Fabriken. In der Slowakei schwärmt man nostalgisch von der Unabhängigkeit im Schatten des Dritten Reiches, in Südtirol will man "Los von Rom" und in Slowenien "Heim nach Wien", in Wien selbst will Volkstribun Haider das Anschlußverbot aus der Verfassung streichen.

Keine Idee ist zu spinnig, kein Alptraum zu besudelt, als daß sie in diesen Zeiten nicht auf weitere Anhängerschaft hoffen könnten. Und da der ganze Separatismus aufgrund der wirtschaftlichen Depression äußerst ungünstige Prognosen hat, werden sich diese Kleinststaaten schon bald nach potenten Unterstützern umschauen. Die Wirschaftskraft der BRD und das ideologische Echo der historischen Partnerschaft bilden das Gravitationsfeld, das auf die neuen Natiönchen wirkt und die Europäisierung zur Germanisierung transformiert. Bei der Zerschlagung Jugoslawiens war die Berufung auf das "nationale Selbstbestimmungsrecht" ein entscheidendes Mittel der deutschen Außenpolitik. Fast alle früheren Linken haben sie darin unterstützt. Natürlich: Wer für ein befreites katholisches Irland eintritt, was sollte der gegen ein befreites katholisches Kroatien haben?

Dagegen gilt es festzuhalten: Nicht um nationale Selbstbestimmung geht es, sondern um gesellschaftliche; nicht um den Schutz von Völkern, sondern um den Schutz der Individuen und Minderheiten vor den Völkern; nicht um die Konstruktion neuer Staaten, sondern um die Destruktion der bestehenden; nicht um die Zwangshomogenisierung der Menschen zu Nationen, sondern um ihre freie Assoziation zur staaten- und klassenlosen Weltgesellschaft. "Imagine, there's no countries, it's easy if you try". (John Lennon)

Jürgen Elsässer

Vom Autor erscheint im Herbst im Dietz-Verlag "Antisemitismus - Das alte Gesicht des neuen Deutschland".

Anmerkungen:

1) Die Theorie der "langen Wellen" wurde unter anderem von Kontradjeff entwickelt, einem sowjetischen Theoretiker der Zwischenkriegszeit. Sie besagt, daß sich die zyklischen Krisen der Kapitalverwertung in größeren Zeiträumen - den sog. langen Wellen - verdichten und dann zu einschneidenden ökonomischen und politischen Erschütterungen führen (Bsp.: Weltwirtschaftskrise, Faschismus, zweiter Weltkrieg).
2) Rosa Luxemburg, Nationalitätenfrage und Autonomie
3) ebenda
4) nach Jürgen Hentze, Nationalismus und Internationalismus bei Rosa Luxemburg
5) W. I. Lenin, Die Ergebnisse der Diskussion über Selbstbestimmung, LW 22
6) Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution
7) Rosa Luxemburg, Nationalitätenfrage und Autonomie
8) ebenda
9) ebenda
10) Rosa Luxemburg, Brennende Zeitfragen
11) Rosa Luxemburg, Fragment über Krieg, nationale Frage und Revolution
12) Rosa Luxemburg, Entwurf zu den Junius-Thesen
13) W.I. Lenin, Die Ergebnisse der Diskussion über Selbstbestimmung, LW 22



Nationalismus, nationale Befreiung und Internationalismus

Mit dem wieder offener zu Tage tretenden Nationalismus im wieder großdeutschen Staat BRD wird auch die Solidarität mit sogenannten "nationalen Befreiungsbewegungen" verstärkt kritisiert. Im folgenden soll daher versucht werden, einige Gedanken zum Thema "Nationalismus, nationale Befreiungsbewegungen und Internationalismus" zu formulieren. Dabei werden die meiner Ansicht nach unterschiedlichen Nationalismen anhand von zwei Länderbeispielen verdeutlicht: der BRD und Irlands.
Ich gehe davon aus, daß es einen Nationalismus nicht gibt, sondern verschiedene Nationalismen, die historisch unterschiedlich entstanden sind und sich auch heute auf verschiedene Arten manifestieren. Vereinfacht, aber meiner Ansicht nach sinnvoll, lassen sich zwei Arten von Nationalismen unterscheiden: Großmacht-Nationalismus und antikolonialer Nationalismus.

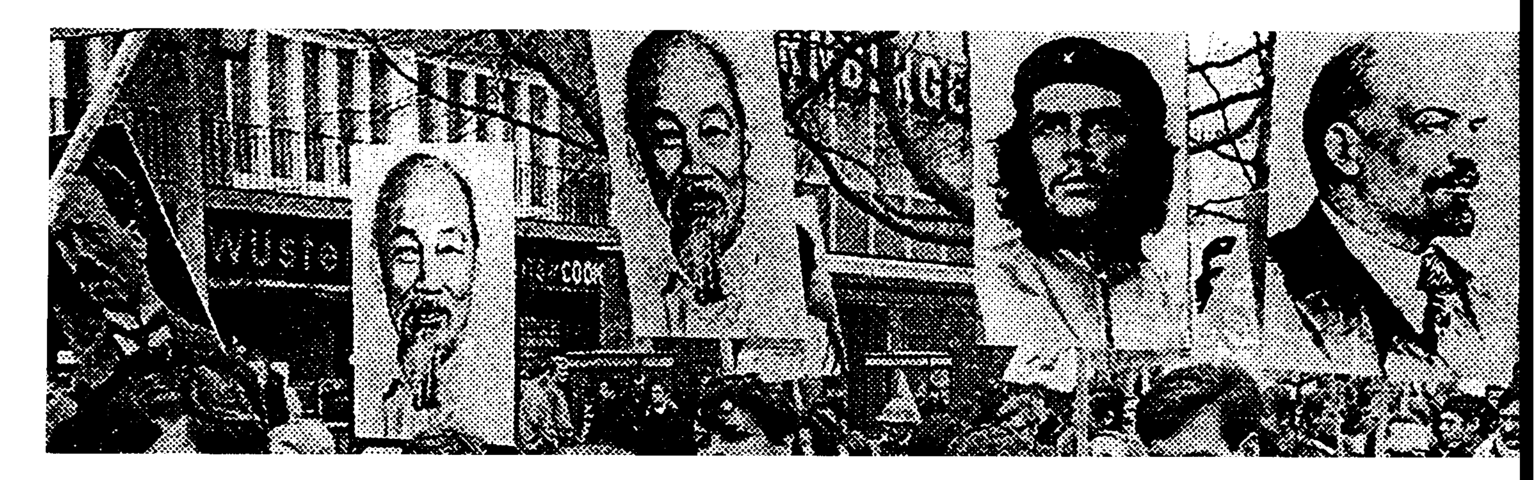
Der deutsche Nationalismus nahm sowohl gegenüber den europäischen Nachbarstaaten als auch gegenüber weiter entfernt gelegenen, zu kolonialisierenden Ländern und Gebieten stets aggressive Formen an. Er ist aus seiner Geschichte heraus eng verbunden mit Rassismus und Chauvinismus. Diese Art von Nationalismus bezeichne ich als Großmacht-Nationalismus.

Der irische Nationalismus hingegen ist historisch aus der militärischen, politischen und kulturellen Unterdrückung von IrInnen durch die britische Besatzungspolitik entstanden. Diese Unterdrückung umfaßte alle Lebensbereiche und hält z.T. bis heute an. Der irische Nationalismus formuliert heute als Ziel, daß die britische Armee das Land zu verlassen hat; andere Unterdrückungsverhältnisse thematisiert er nicht. Allerdings war und ist der irische Nationalismus nicht im entferntesten in dem Maße mit Rassismus und Chauvinismus verbunden wie beispielsweise der deutsche Nationalismus. Schließlich haben die herrschenden Kräfte in Britannien IrInnen als affenähnliche Gestalten portraitiert und es waren die Deutschen, die AfrikanerInnen in Zoos zur Schau stellten. Ich bezeichne beispielsweise den irischen Nationalismus als antikolonialen Nationalismus.

Die Entstehungsgeschichte des deutschen Nationalstaates ist auf das engste mit einem Expansionismus verbunden, der schon vor der Gründung des 'Deutschen Reiches' als Nationalstaat deutlich wurde. Neben dem kolonialen Streben war auch schon Mitte des 19. Jahrhunderts klar, daß die Expansion sich ebenfalls auf Kontinentaleuropa erstrecken sollte, um der damals herrschenden Kolonialmacht England Paroli bieten zu können. Die Eroberung Hollands und Belgiens wurde als Voraussetzung zur Kolonialisierung weiter entfernt gelegener Länder gesehen.

Die Konzeptionen des irischen Nationalismus hingegen beschränken sich auf die Forderung nach und den Kampf für einen Abzug der britischen Besatzungstruppen aus Irland und eine Aufhebung der britischen Einflußnahme. Eine über den Nationalismus hinausgehende Ideologie ist der irische Republikanismus, wie er heute z.B. von der politischen Partei Sinn Féin und der 'Irish Republican Army' (IRA) vertreten wird. Der irische Republikanismus geht auf Theobald Wolfe Tone zurück, der u.a. auch das 'Secret Manifesto of the Friends of Freedom' von 1791 mitverfaßte. Darin wird zum einen der 'nationale Charakter' deutlich, zum anderen wird aber auch die Freiheit der Welt zum Ziel gesetzt. Die u.a. von Tone gegründeten 'United Irishmen' arbeiteten mit zahlreichen Organisationen in Schottland, England und anderen europäischen Ländern zusammen.

Tones Schriften machen deutlich, daß der irische Republikanismus, der auch das 'nationalistische Ziel' verfolgt, sich von der kolonialen Unterdrückung zu befreien, im





Vergleich zum deutschen Nationalismus nicht in der Weise chauvinistisch und expansionistisch war und zudem Ansätze eines Klassenstandpunktes formulierte.

Heute ist der irische Republikanismus eine antiimperialistische Ideologie, der als Utopie eine unabhängige sozialistische Republik vorschwebt. Gleichzeitig ist es der Republikanismus, der andere Unterdrückungsverhältnisse thematisiert, z.B. sexistisches Verhalten von Männern, die Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse und rassistisches Verhalten.

Nationalismus und Rassismus

Als These formuliere ich, daß ein Großmacht-Nationalismus immer eng verbunden ist mit einem Expansionismus und damit einhergehend mit Rassismus. Er dient als Legitimierungsgrundlage für die Kolonialisierung anderer Länder, die Auslöschung anderer Kulturen und ist dabei nicht ein dem Mensch innewohnendes Prinzip, sondern entwickelt sich unter konkreten ökonomischen Bedingungen. In den Metropolen selbst hat er die Funktion, Klassenwidersprüche zu negieren, die Hackordnung nach unten weiterzugeben.

Im Gegensatz dazu ist der antikoloniale Nationalismus zumindest nicht in dem Maße rassistisch. Da kolonialisierte Länder eine entsprechende Legitimation nicht benötigten, entwickelte sich keine entsprechende Ideologie, die andere Kulturen als 'minderwertig', 'barbarisch' usw. abstempelte. Schließlich war es die eigene Kultur und Gesellschaftsordnung, die von den fremden Besatzern als solches bezeichnet und bekämpft - wenn nicht vernichtet - wurde.

Ich bestreite nicht, daß auch antikolonialer Nationalismus mit Rassismus verbunden sein oder sich dieser in ihm entwickeln kann. Beispielhaft könnte mensch darunter den Rassismus unter IrInnen gegenüber den 'Travellers' (in etwa den Roma und Sinti vergleichbar) fassen oder auch das Verhalten nicaraguanischer Menschen gegenüber indigenen Menschen. Gleichwohl sehe ich den Unterschied zum Großmacht-Nationalismus darin, daß die Befreiungsbewegungen versuchen, den Rassismus in der eigenen Bevölkerung zu bekämpfen, z.B. veranstaltet die Sinn Féin zu diesem Zweck Seminare.

Ich gehe davon aus, daß sowohl eine Linke in der BRD als auch Menschen in Befreiungsbewegungen nicht per se nicht rassistisch sind. Wichtig dabei ist aber, ob sie Anti-Rassismus als eine Zielvorstellung in ihrem Kampf haben und in diese Richtung arbeiten.

Der wieder offener zu Tage tretende Nationalismus in der BRD hat auch dazu geführt, daß verstärkt eine Kritik an 'nationalen Befreiungsbewegungen' und dem Verhältnis der radikalen Linken zu ihnen formuliert wird: 'Nationale Befreiung' habe nichts Emanzipatorisches, Revolution in einem Nationalstaat reproduziere das kapitalistische System und die Linke würde in ihrer Solidarität mit 'nationalen Befreiungsbewegungen' nur ihren verborgenen Nationalismus ausleben.

Im folgenden will ich deutlich machen, daß meines Erachtens Linke in der BRD sich nicht mit Befreiungsbewegungen solidarisieren, weil diese nationalistisch sind, sondern weil sie fortschrittlich oder revolutionär sind oder zumindest als solches angesehen werden. Somit teile ich die obige Kritik nicht, halte aber einige Elemente von einer bestimmten Art Soli-Arbeit und Internationalismus für kritisierenswert.

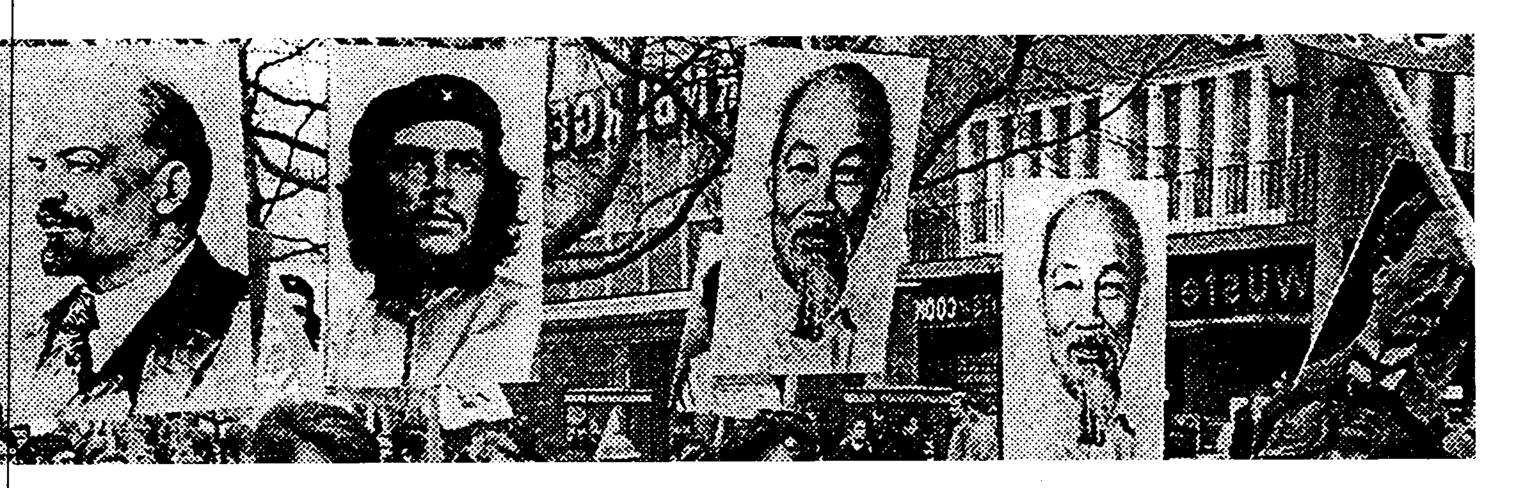
Nationalismus und Internationalismus

Soli-Arbeit/Internationalismus beinhaltet die Gefahr, daß Befreiungsbewegungen mystifiziert werden, daß sie widerspruchsfrei als 'gut' und 'gerecht' angesehen und zum Statthalter unserer Träume und auch unseres eigenen Kampfes werden. So werden in den Menschen in den Befreiungsbewegungen die glorreichen compañeros und compañeras gesehen, die mit der Knarre in der Hand den Imperialisten den Garaus bereiten. Probleme und Widersprüche, mit denen sich diese Befreiungsbewegungen konfrontiert sehen, werden erst dann realisiert, wenn es darum geht, sich wieder zurückzuziehen. Zum Beispiel dann, wenn klar wird, daß auch die compañeros und compañeras Fehler machen oder daß auch in den Befreiungsbewegungen die Unterdrückung von Frauen nicht über Nacht aufgehoben ist. Dann sind die Menschen in den Befreiungsbewegungen, die kurz zuvor noch Identifizierungsobjekt waren, gerade noch gut genug, um einen Ausstieg zu legitimieren: das Sich-Abfinden mit den eigenen Verhältnissen, wenn selbst 'die' das nicht schaffen, was wir hier schon aufgegeben haben.

Die Linke in der BRD hat sich doch gerade dadurch ausgezeichnet, daß sie Bewegungen in anderen Ländern explizit deshalb nicht unterstützt hat, weil sie angeblich zu nationalistisch seien:

'Die aus der Studentenbewegung hervorgegangenen Organisationen, wie auch zahlreiche Anfang der 70er Jahre existierende Irland-Komitees wandten sich (...) der Official IRA zu, die einen 'revolutionären Sozialismus' für sich reklamierte und so den in marxistischen Theorien Gebadeten eher eine Identifikation erlaubte als die als 'nationalistisch' geltenden Provos [1]. Die Identifikation war nur von kurzer Dauer und die Iren, denen es furchtbar egal war und ist, was wer in Berlin oder München für sie als nützlich erachtet, wurden weitgehend in Ruhe gelassen...' [2].

Eine andere Vorstellung von Internationalismus ist die des gemeinsamen Kampfes für gesellschaftliche Veränderungen. Diese Vorstellung geht davon aus, daß sexistisches Verhalten von Männern und rassistisches Verhalten sowohl in einer BRD-Linken als auch in einer revolutionären Befreiungsbewegung vorhanden ist. Und sie beinhaltet auch, daß es trotz der unterschiedlichen Geschichte und der unterschiedlichen Bedingungen Gemeinsamkeiten gibt und sich ein Austausch über die verschiedenen Kämpfe lohnt. In dieser Vorstellung ist wichtig, sich nicht als 'fertige RevolutionärInnen' zu sehen und Befreiungsbewegungen mit Ansprüchen zu konfrontieren, die wir aus unserer Geschichte heraus formuliert haben. Wir müssen die eigenen Widersprüche akzeptieren und damit uns selbst einen







"Die britische Armee hat das Land zu verlassen!" Falls Road, Belfast 1978

anderen (gleichberechtigten) Zugang zu Menschen aus Befreiungsbewegungen ermöglichen.

Irlands Befreiungsbewegung wird von der BRD-Linken oft als 'nationalistisch' bezeichnet, was in der Regel als Pauschalvorwand zur Nicht-Auseinandersetzung herhalten muß. Tatsächlich gibt es in Irland eine nationalistische Bewegung, die in Nordirland durch die Partei SDLP ('Social and Democratic and Labour Party') verkörpert wird. Dies ist eine bürgerlich-nationalistische Partei, die für einen Abzug der britischen Truppen eintritt und Irland wiedervereinigt sehen möchte. Das, was ich in Irland als Befreiungsbewegung verstehe, ist die republikanische Bewegung, zu der die IRA, Sinn Féin und zahlreiche weitere Gruppen und Einzelpersonen gehören. Diese Bewegung kämpft für eine unabhängige irische sozialistische Republik und versteht darunter nicht nur den Abzug der britischen Armee, sondern z.B. auch, daß der Einfluß der katholischen Kirche eingeschränkt wird. Am Wahlverhalten ist die Polarisierung zwischen 'nationalistisch' und 'republikanisch' abzusehen: Zweit- und Drittstimmen von SDLP-WählerInnen gehen eher an pro-britische Parteien als an Sinn Féin, woraus sich schlußfolgern läßt, daß die gemäßigten Kräfte aus nationalistischem und pro-britischem Lager eher zusammenkommen als radikale und gemäßigte Kräfte aus dem 'nationalistischen' Lager.

Die republikanische Bewegung thematisiert zahlreiche Unterdrückungsverhältnisse über das der militärischen Unterdrückung hinaus. Zum Beispiel greifen die Frauen auf ihre eigenen und die Erfahrungen aus anderen Ländern zurück und geben sich nicht (mehr) der Illusion hin, daß sie ihre Befreiung bis nach der Befreiung des Landes zurückstellen können. Gefangene aus der republikanischen Bewegung veröffentlichen z.B. Texte zur Rolle von Schwulen und Lesben im Kampf, obwohl sie genau wissen, daß sie damit das bürgerlich-nationalistische Spektrum in weiten Teilen abschrecken.

Es hat sich in der Geschichte gezeigt, daß Befreiungsbewegungen, die ursprünglich mit einer überwiegend nationalistischen Vorstellung begonnen hatten, in der direkten Konfrontation mit dem Feind einen fortschrittlichen Charakter angenommen haben. Ein Grund hierfür ist z.B., daß sich in dieser direkten Konfrontation die Rolle der eigenen Bourgeoisie - nämlich auf Seiten des Kapitals - klarer herausstellte.

Wenn die Befreiung von Kolonialismus und Imperialismus zunächst auf nationaler Ebene verläuft, so heißt das nicht, daß diese Bewegungen nationalistisch im Sinne eines Großmacht-Nationalismus sind. Diesen Befreiungsbewegungen ihren 'nationalen Charakter' vorzuwerfen zeugt von einiger metropolitaner Arroganz angesichts der Umstände, unter welchen Bedingungen die Menschen in diesen Ländern leben.

Darüberhinaus sind diese Befreiungsbewegungen sicher die letzten, die etwas dagegen hätten, wenn auch wir hier gesellschaftliche Veränderungen zustande brächten, den weltrevolutionären Prozeß vorantrieben. Daß sie über die Jahre keine großen Veränderungen in diese Richtung durch die Metropolen-Linke gesehen haben, ist nicht ihr Fehler. Es wäre eine Zumutung, angesichts dieses Zustandes Menschen, die unter militärischer, politischer und kultureller Unterdrückung leben, zu sagen: wartet mal ab, bis wir in der BRD auch so weit sind, alles andere, Veränderung im nationalstaatlichen Rahmen, hat keinen Sinn, reproduziert nur das kapitalistische System. Gerade in den letzten Jahren sehe ich auch viele Beispiele, in denen unterdrückte Menschen aus verschiedenen Ländern zusammenkommen, ihre Erfahrungen austauschen und sich darüber verständigen, wie denn Widerstand aussehen kann. Schon seit vielen Jahren gibt es z.B. einen solchen Austausch zwischen Menschen aus dem Norden Irlands und Menschen aus Euskadi (Baskenland).

Natürlich könnte der Begriff 'Internationalismus' suggerieren, daß mensch die Nationalstaaten anerkennt. Schließlich leben wir alle in ihnen. Für mich bedeutet der Begriff, über Grenzen von Nation, Volk und Staat hinauszugehen und dem als richtig erkannten: 'Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten' eine Praxis zu geben.

In diesem Sinne hieße Internationalismus z.B. auch, mit Menschen in Befreiungsbewegungen über Nationalismus, seine Wirkungen nach 'Innen' und über andere Unterdrückungsverhältnisse als das koloniale zu diskutieren. In einer solchen Auseinandersetzung jedoch 'antinationalistisch' (vgl. den Artikel von Jürgen Elsässer in diesem Heft) zu argumentieren, hieße letztendlich nichts anderes als die Geschichte der 800-jährigen kolonialen Unterdrückung Irlands zu leugnen. Denn die 'Verpflichtung zum Protest und zur Bekämpfung der nationalen Unterdrückung' [3] gab es für Iren und Irinnen schon lange vor dem Entstehen einer ArbeiterInnenklasse. Die sozialistischen Kräfte unterlagen im irischen Unabhängigkeitskrieg in den 20er Jahren den bürgerlich- nationalistischen, die den postkolonialen Freistaat Irland etablierten.

Auch die britischen Gewerkschaften fielen der irischen ArbeiterInnenklasse in ihren Arbeitskämpfen Anfang dieses Jahrhunderts (vor dem Unabhängigkeitskrieg) in den Rücken. Auch heute noch sind die irischen ArbeiterInnen in Britannien - trotz identischer Klasseninteressen - dem Rassismus von britischen ArbeiterInnen ausgesetzt. Eine Auseinandersetzung mit 'nationalen Befreiungsbewegungen' kann die Geschichte kolonialer Unterdrückung und ihre Folgen nicht unberücksichtigt lassen.

Jan Jansen

Anmerkungen:

(1) Ende 1969 spaltete sich die IRA entlang verschiedener Fragen in einen 'offiziellen' und einen 'provisorischen' Flügel, die 'Official IRA' und die 'Provisional IRA', auch Provos genannt. Letztere ist die heute allgemein als IRA bezeichnete Organisation.

(2) Schneider, Jürgen: 'Nordirland - Informatorische Dritte Welt ? Anmerkungen zur 'Troubles'-Rezeption in der Bundesrepublik Deutschland', in: Schneider, Jürgen und Sotschek, Ralf: 'Irland - Eine Bibliographie selbständiger deutschsprachiger Publikationen 16. Jahrhundert bis 1989', Verlag der Georg Büchner Buchhandlung, Darmstadt 1989.

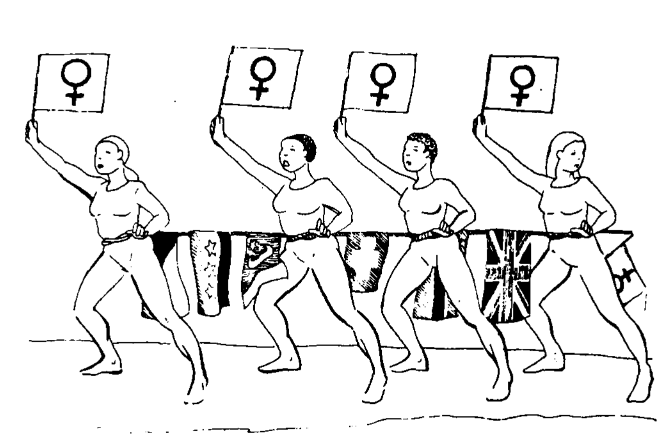
(3) Zitat Rosa Luxemburgs in dem Artikel Jürgen Elsässers in diesem Heft.

Literatur:

Sehr zu empfehlen für ein Verständnis der irischen Geschichte:

Berresford Ellis, Peter : A History of the Irish Working Class, Pluto Press 1985





"Frauen können sich Nationalismus nicht leisten!"

Das Massaker, das wir heute als Golfkrieg bezeichnen, endete vor über einem Jahr, aber ich denke immer noch über Nationalismus, Patriotismus und nationale Befreiungsbewegungen nach. Ich komme mehr und mehr zu der Überzeugung, daß die Welt im allgemeinen und die Frauen im besonderen sich den Nationalismus nicht leisten können.
Vor ungefähr einem Jahr wurde ich von einer Gruppe hier in den USA eingeladen, einen Vortrag über die Reaktion der Mittelamerika-Solidaritätsbewegung auf den Golfkrieg zu halten. Ich besprach mit meiner Freundin, was ich sagen wollte. Sie hörte mir ein paar Minuten zu und begann dann zu kichern: "Wenn Du nicht aufpaßt", sagte sie, "wirst Du noch den Trotzkismus neu erfinden."

Sicher hat sie Recht damit, daß sich schon viele größere Geister als ich, MarxistInnen, LeninistInnen und Feministinnen an der Frage versucht haben, ob der Nationalismus eine progressive oder reaktionäre Kraft ist bzw. sein kann. Manchmal muß man allerdings auch solche Dinge wie das Rad neu erfinden oder zumindest noch einmal überprüfen. Meine Freundin hat ebenfalls Recht, wenn sie sagt, daß ich anscheinend eine Art feministischen Internationalismus vorschlage. Das ist in der Tat die einzige Antwort auf den drohenden Triumph des internationalen Kapitalismus, die ich mir vorstellen kann.(...)

Die Eile der Regierung Bush, ein Freihandelsabkommen mit Mexiko festzuklopfen und das ganze GATT-Abkommen unter Dach und Fach zu bringen, macht deutlich, daß unser Gegner international agiert. In zehn oder fünfzehn Jahren werden wir vielleicht miterleben, daß weltweit ein Lohn in der Höhe des Existenzminimums durchgedrückt wird, sogar hier in den USA. Es reicht nicht, wenn man versucht "amerikanische" Arbeitsplätze gegen japanische oder mexikanische ArbeiterInnen zu verteidigen. Der nationalistische Slogan "Kauft amerikanisch!" wird nicht verhindern können, daß diese Arbeitsplätze schließlich ins Ausland abwandern. Nur eine internationalistische Antwort - die Löhne und Arbeitsbedingungen in anderen Ländern zu verbessern - wird dieses Ziel erreichen.

Eine Nation für Frauen?

Mein Lexikon definiert Nationalismus als "Loyalität und Aufopferung für eine Nation; insbesondere ein Gefühl des Nationalbewußtseins, das eine Nation für besser als alle anderen hält und mit besonderem Nachdruck ihre Kultur und ihre Interessen im Gegensatz zu denen anderer Nationen oder supranationaler Gruppen hervorheben will." Es gibt sicher umfassendere Definitionen aber diese Definition ist für unsere Zwecke gut genug.

Für viele Frauen ist nicht die Tatsache, daß sie Frauen sind das größte Handicap im Leben, sondern die Tatsache, daß sie die "falsche" Hautfarbe haben und/oder die "falsche" Sprache sprechen und/oder, daß sie arm sind und/oder, daß sie in einem Land leben, das von einer imperialistischen Macht kolonisiert worden ist. Ist nicht der Nationalismus der sicherste Weg zur Befreiung für diese große Zahl von Frauen, für die nicht die Vorherrschaft der Männer die unmittelbarste Quelle ihrer Unterdrückung ist? Das Problem mit dem Nationalismus ist, daß er auf die Widersprüche, die in diesem und/oder liegen, nicht eingeht.

Was nützt es einer armen Frau in einem südlichen Land, wenn sie ihre kolonialen Herrscher abschüttelt, aber eine lokale Bourgeoisie deren Platz einnimmt und die arme Frau nach wie vor ihren halben Tag damit verbringen muß, Wasser zu tragen? Wahrscheinlich muß sie zunächst ihre kolonialistischen Beherrscher abschütteln. Um das tun zu können, muß sie sich dort, wo sie lebt, mit anderen zusammentun, auf der gemeinsamen Grundlage, daß sie alle von der Kolonialmacht unterdrückt werden. Aber solange der Reichtum ihres Landes ungerecht verteilt bleibt und solange sie noch keinen gleichen Anteil an der politischen Macht hat, ist sie noch nicht frei.

Und selbst, wenn diese Ziele erreicht sind, ist sie immer noch innerhalb und außerhalb ihres Hauses männlicher Gewalt, wirtschaftlicher Diskriminierung und der doppelten Arbeitsbelastung ausgesetzt, sie ist immer noch nicht frei. Nationalismus hat für Frauen in ihrer Eigenschaft als Frauen keinen Wert. Der Nationalismus verlangt von den Frauen (wie auch von anderen Untergruppen innerhalb der Nation), daß wir unsere Interessen als Frauen im Interesse nationaler Ziele, die allzu oft vermengt werden mit den Interessen der Männer der Nation, hintanstellen. Nationalisten sehen in dem Wunsch von Frauen, ihre Fruchtbarkeit zu kontrollieren, einen Verrat an dem angeblichen Bedarf der Nation an mehr Bürgern.

Der Nationalismus verlangt, daß die "besonderen" Bedürfnisse der Frauen zurückgestellt werden, bis der nationale Notstand vorüber ist (oder die Nationenbildung abgeschlossen ist). Aber wenn die Bedürfnisse der Frauen, wie zum Beispiel gleichberechtigte Partizipation am wirtschaftlichen Leben der Nation oder die Freiheit von der alleinigen Verantwortung für Hausarbeit und Kindererziehung nicht erfüllt werden, können die Frauen nicht am politischen Leben der Nation teilnehmen und können auch die Art, wie dieses politische Leben sich entwickelt, nicht beeinflussen. Wir haben im wahrsten Sinne des Wortes weder die Zeit noch die Energie dafür.

In den USA und manchen europäischen Ländern entstand in den 70er und 80er Jahren ein lesbischer Separatismus, der Versuch, eine Art Nationalismus für Frauen zu kreieren. Lesbische Feministinnen träumten davon, etwas zu schaffen was Jill Johnston als "lesbische Nation" definierte, getrennt von und in Opposition zu einer männlich dominierten Gesellschaft. Zu dieser Zeit und an diesem Ort (und wie ich vermute auch in den meisten anderen Fällen) war es durch-



aus sinnvoll, sich als Antwort auf die männliche Suprematie autonom als Frauen zu organisieren.

Bedauerlicherweise hatte der Versuch, über die autonome politische Organisierung hinauszugehen und eine Gesellschaft nur für Lesben zu schaffen, zur Folge, daß wir es mit genau denselben nationalistischen Widersprüchen von Rasse und Klasse und sogar Geschlecht zu tun bekamen. Das hat verhindert, daß der lesbische Separatismus ein Mittel zur Befreiung der Frauen werden konnte. Ähnlich wie viele schwarze Nationalisten riefen viele lesbische Separatistinnen dazu auf, unabhängige lesbische Institutionen für Frauen zu schaffen, eine Geschäftswelt für Frauen - jedoch ohne die Klassenbeziehungen in dieser Geschäftswelt zu untersuchen (wer profitiert, wer wird ausgebeutet).

Der separatistische Ansatz, gegen Rassen- oder Klassenwidersprüche anzugehen hat oft zu einer zusätzlichen Segregation geführt; es bildeten sich Gruppen von Frauen, die sich untereinander immer mehr ähnelten. Ich habe Frauen z.B. sagen hören : "Ich bin eine jüdische Separatistin aus dem Arbeitermilieu und deshalb verkehre ich auch nur mit anderen jüdischen Lesben aus dem Arbeitermilieu". Es ist nicht verwunderlich, daß die endlose Unterteilung in immer kleinere Milieugruppen nicht dazu geführt hat, die politische Durchschlagskraft der beteiligten Frauen zu erhöhen.

Gibt es einen guten Nationalismus?

Nicht nur der lesbische Separatismus hat diese Erfahrung gemacht. Ich glaube nicht, daß irgendein Nationalismus auf sehr lange Sicht progressiv sein kann, denn er führt immer dazu, daß die Menschheit in immer kleinere Gruppen von Leuten aufgeteilt wird. Die Gruppen werden immer homogener und immer entschlossener, sich gegen andere, die sich von ihnen unterscheiden, zu verteidigen. Diesen Prozeß können wir heute in der ehemaligen Sowjetunion beobachten.

Die Linke unterscheidet oft zwischen bösem, rechten Nationalismus und gutem, antiimperialistischen Nationalismus. Der rechte Nationalismus umfaßt ein weites Feld. Dazu gehören in den USA normale Patrioten genauso wie weiße Rassisten. Dazu gehören aber auch Fraktionen nationaler Eliten in Ländern wie El Salvador oder den Philippinen, diejenigen, die eher auf das Geld und die Gewehre aus den USA verzichten würden als den Befehlen der US-Botschaft zu gehorchen.

Was am rechten Nationalismus falsch ist, wissen wir. Er führt zum Faschismus. In den USA verhindert er, daß die Arbeiter und armen Leute ihre wahren Feinde identifizieren können, er lenkt ihre Wut gegen die Feinde der nationalen Eliten. Hier in den USA haben wir das in der letzten Zeit an den Versuchen der Medien und der Industrie gesehen, die Arbeiterklasse gegen Japan als den angeblich Schuldigen an der Wirtschaftskrise in den USA aufzubringen.

Wie sieht es aber mit dem "guten" Nationalismus aus, wie steht es mit der nationalen Befreiung? Mein Problem mit dem Nationalismus als einem Weg zur Befreiung ist das, daß er die Machtverhältnisse zwischen Rassen, Klassen und Geschlechtern verdeckt, die innerhalb der Nation existieren. Dabei ist es egal, ob diese Nation die Kolonie einer imperialistischen Macht ist - wie Puerto Rico - oder ob es sich um eine Gruppe unterdrückter Menschen mit gemeinsamer Kultur handelt, die innerhalb eines Landes leben, das die Suprematie einer anderen Kultur institutionalisiert hat. Das ist zum Beispiel die Lage der Afroamerikaner und anderer Farbiger in den Vereinigten Staaten.

Engstirniger Nationalismus kann manchmal die Entwicklung eines antiimperialistischen Kampfes behindern, der eine ganze Region umfaßt. Eine regionale Solidarität ist notwendig, weil keine kleine Nation es alleine mit einer Macht wie den USA aufnehmen kann. Es kam z.B. zwischen den Sandinisten und den Aufständischen in El Salvador zu ernsthaften Spannungen, als 1984 Nicaragua seine Bereitschaft erklärte, die Contadora-Verträge zu unterschreiben, obwohl darin Bestimmungen festgeschrieben waren, die zwar den Contrakrieg beendet hätten, aber auch eine Demobilisierung der Guerilla-Armee der FMLN erzwungen hätte. (Die USA verhinderten die Verabschiedung dieses Abkommens und die FMLN benutzte später weiterhin Nicaragua als eine wichtiges Rückzugsgebiet.)

Kein sicherer Hafen

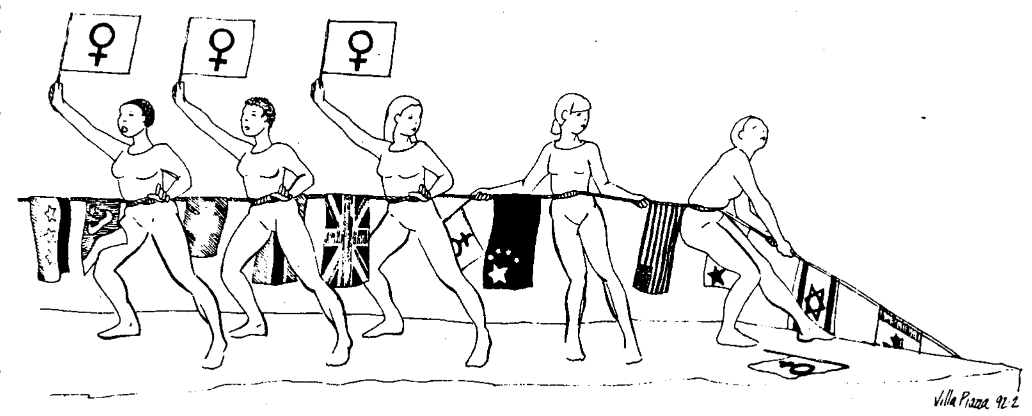
Das beste Beispiel für einen Nationalismus, der kläglich daran gescheitert ist, ein unterdrücktes Volk zu befreien, ist der Zionismus.

Ich wuchs im Schatten des Holocaust auf, wie alle Juden meiner Generation. Man brachte mir bei, an eine Version über die Schaffung Israels zu glauben, die etwa so lautete: "Nach der Ermordung der Juden tat allen so leid, was den Juden geschehen war, daß alle Länder der Welt sich zusammentaten, um den Juden ein eigenes Land zu geben, damit das nie wieder geschehen könne." Israel war der sichere Hafen, der mythische Ort, in dem die Menschen gemeinschaftlich in Kibbuzim lebten. Dort würde ich leben können, wenn es jemals zu gefährlich werden sollte, hier in den USA eine Jüdin zu sein.

Niemand sagte mir, daß es in diesem sicheren Hafen bereits Leute gab, daß einige von ihnen Juden waren wie ich, aber auch viele nicht. Ebenso sagte mir niemand, daß die Zionisten hier in den USA den Kongreß unter Druck setzten, er solle verbieten, daß jüdische Flüchtlinge aus Europa sich nach dem Krieg in den USA ansiedelten. Damit sollte Israel mit Juden gefüllt und die Nation eine Realität werden. In ähnlicher Weise hat in jüngster Zeit die Israel-Lobby den Kongreß unter Druck gesetzt, die Immigrantenquoten für Juden aus der Sowjetunion nicht heraufzusetzen, damit auch sie Israel als ihre einzige Chance sähen.

"Normaler" Rassismus

Viele Jahre später fragte ich mich und andere Juden: "Was heißt das, ein jüdischer Staat?" Eine Antwort, die ich öfter hörte, besonders unter Zionistinnen in der lesbischen Gemeinschaft war folgende: "Ein jüdischer Staat ist ein Land, in dem es normal ist, Jude zu sein." Das wäre in der Tat ein Unterschied zu anderen Staaten und es wäre sehr schön. (Es wäre wohl auch nicht schlecht, an einem Ort zu leben, an dem es normal ist, lesbisch zu sein, aber das ist eine andere Geschichte und es ist keine Geschichte, die in Israel ein Happy End hat.) Die Logik des Nationalismus verlangt, daß, wenn es "normal" ist, Jude in einem jüdischen Staat zu sein, daß es dann nicht normal ist, sogar regelrecht gefährlich, dort etwas anderes als Jude zu sein. Und genau das ist die Realität, in der die AraberInnen in Israel leben. Es ist ebenfalls Realität für die





PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten. Und das ist nichts anderes als Rassismus.

Das Absurde daran ist, daß der Zionismus auch keine erfolgreiche Strategie ist, um den Juden das Überleben zu sichern. Tatsächlich ist Israel ein so gefährlicher Ort für Juden, daß bis vor der jüngsten Einwanderungswelle sowjetischer Juden die Zahl der Auswanderer aus Israel die Zahl der Einwanderer übertraf. Die Besetzungen, die Invasion im Libanon und die Massaker in Sabra und Shatila sind keine Verirrungen, sondern die unvermeidliche Folge des israelischen Nationalismus. Die Handlungsweise des israelischen Staates, des jüdischen Staates, trägt nicht dazu bei, mich zu beschützen oder mir einen sicheren Hafen anzubieten. Im Gegenteil, sie macht mein Leben auf der Welt unsicherer. Eine Freundin aus dem Libanon sagte mir 1982, während Israel gerade in ihr Land eindrang: "Wenn Israel darauf besteht, daß es der jüdische Staat ist, der im Namen der Juden handelt, dann werden die Menschen, die Israels Handlungsweise verabscheuen, schließlich auch die Juden hassen."

Wenn mir schon der Gedanke eines jüdischen Staates nicht gefällt, wie ist es dann mit einem palästinensischen? Ich hoffe, es ist inzwischen klar geworden, daß ich niemandes Nationalismus gut finde, aber wenn man in der modernen Welt keiner Nation angehört, scheint das so zu sein, als ob man gar nicht existierte. Wer bin ich, daß ich sagen könnte, die Palästinenser sollten nicht existieren? Ich war immer für die Schaffung eines "demokratischen säkularisierten Palästina" auf dem gesamten Gebiet, das jetzt Israel und die besetzten Gebiete umfaßt, aber es sieht nicht so aus, als ob das heutzutage noch auf irgendjemandes Tagesordnung stünde.

Wir sind keine Patrioten

Was sind die praktischen Konsequenzen, wenn man dem Nationalismus mißtraut? Zum einen muß die Linke aufhören mit dem Versuch, den Patriotismus für sich zu reklamieren. Angesichts eines internationalen Feindes können wir uns den Patriotismus nicht leisten. Frieden - ein Frieden, der den Menschen erlaubt, in Würde zu leben - ist nicht patriotisch.

Allerdings bin ich nicht dagegen, daß Frauen sich als Frauen organisieren oder Afroamerikaner als Afroamerikaner oder die Armen als Arme. Wir brauchen eine Machtbasis, von der aus wir mit unseren Bündnispartnern in Kontakt treten können. Aber ich glaube nicht, daß das Ziel unserer Organisierung sein sollte, Nationen zu bilden. Die internationale Solidarität ist heutzutage eine Frage von Leben und Tod.

Rebecca Gordon
aus: Guardian 4.3.92
Übersetzung: cn

Nationale Befreiung und Feminismus

Eine Antwort auf Rebecca Gordon

Da Rebecca Gordon unser Land in ihrem Artikel "Frauen und Nationalismus" erwähnt hat, möchten wir von MAKIBAKA, einer philippinischen Frauenorganisation im Untergrund, uns die Freiheit nehmen, ein Wörtchen in dieser Sache mitzureden. Erstens sind wir der Meinung, daß die Frauen, die sich am Kampf nationaler Befreiungsbewegungen beteiligen, für sich selbst sprechen sollten. Zweitens haben wir das Recht auf unsere eigene Revolution und auf die Ideen, Begriffe und Wortbedeutungen, die diesem sozialen Transformationsprozeß zugrundeliegen, der uns bereits große Opfer abverlangt hat und weiterhin abverlangen wird, bis wir gewinnen.

Gordons Artikel abstrahiert allerdings von jeglichem sozialen, politischen, geographischen und historischen Kontext. Auf wen bezieht sie sich zum Beispiel, wenn sie das Wort "wir" benützt (z.B. in dem Satz "Wir brauchen eine Machtbasis, von der aus wir mit unseren Bündnispartnern in Kontakt treten können" und "Wir können uns den Patriotismus nicht leisten") oder "die Linke" ("Die Linke darf nicht länger versuchen, den Patriotismus für sich zu reklamieren")? Der konkrete soziale, politische und wirtschaftliche Kontext, in dem "wir" und unsere jeweiligen "Linken" agieren stimmt nicht überein und solche allgemeinen Feststellungen gelten nicht universell.

Befreiung ist eine Klassenfrage

Gordon benützt Begriffe wie Nationalismus, nationale Befreiung und Patriotismus austauschbar, ohne spezifische Umstände der Zeit, des Ortes und der historischen Periode zu berücksichtigen. Das führt zu einer falschen Darstellung der nationalen Befreiungsbewegung der Philippinen, denn Gordon geht davon aus, daß solche Bewegungen vom Nationalismus genährt werden. Und sie betont, daß der Nationalismus "von uns Frauen verlangt, unsere Interessen gegenüber den nationalen Interessen hintanzustellen, die sehr oft als deckungsgleich mit den Interessen der Männer der Nation gesehen werden".

Demgegenüber haben wir immer betont, daß der philippinische Kampf einen Doppelcharakter hat: einen antiimperialistischen Aspekt, der seinen nationalistischen Inhalt bestimmt und einen antifeudalen bzw. Klassenaspekt, der seinen demokratischen Inhalt bestimmt. Für uns ist Befreiung eine Klassenfrage.

Deshalb nennen wir unsere Revolution nationaldemokratisch, um sie von Kämpfen zu unterscheiden, die bürgerlich-demokratisch oder einfach nationalistisch sind. Dieser bloße Nationalismus ist eine Vorstellung, die auf den Philippinen seit über dreißig Jahren überwunden ist. Hinzu kommt, daß die philippinische Bewegung sich einer Revolution in zwei Phasen verschrieben hat, die eben gerade die gerechte, gleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die Teilung der politischen Macht zum Ziel hat. Gordon sagt mit Recht, daß das notwendige Voraussetzungen sind, für die Befreiung der Frauen und für die Zunahme ihrer Macht.

Mit der Gründung von MAKIBAKA 1971, der Name ist ein Akronym für "Patriotische Bewegung freier Frauen", wurde der Begriff der nationalen Demokratie dahingehend erweitert, daß er nicht nur die wirtschaftliche und politische Emanzipation der Frauen einschloß, sondern auch ihre Befreiung von geschlechtsspezifischer Unterdrückung. Wir geben zu, daß die Rolle, die das Patriarchat, kulturelle und religiöse Institutionen und Traditionen bei der Unterdrückung der Frau spielen, erst nach und nach erkannt wurde, ebenso wie erst sehr spät zugegeben wurde, daß die Pest des Sexismus auch innerhalb der revolutionären Bewegung existiert.

Noch 1990 wurde der Versuch gemacht, aus dem 12-Punkte-Programm der national-



demokratischen Front, die aus vierzehn Organisationen besteht, darunter MAKIBAKA, die Forderung nach der Emanzipation der Frau zu streichen. Zusammen mit anderen revolutionären Frauen hat sich MAKIBAKA auf dem ersten Kongreß der Front gegen diese Streichung gewehrt - und sich so gründlich durchgesetzt, daß auch weitere Forderungen gegen die Diskriminierung anderer Gruppen wie z.B. Schwule und Lesben, aufgenommen wurden.

Vielleicht hat Gordon damit Recht, daß Männer oft fordern "Frauen sollen ihre Forderungen hintanstellen", angeblich, um damit besser der Sache der nationalen Befreiung zu dienen. Aber die Frauen können und sollten argumentieren, daß es keine nationale Befreiung und keinen sozialen Wandel geben kann, ohne daß die Rechte der Frauen und die Gleichheit der Geschlechter sichergestellt wird.

Wir würden allerdings nicht so weit gehen zu behaupten, daß es alleine genügt, die Rechte der Frauen und die Gleichheit der Gesellschaft sicherzustellen, um unsere Nation und unsere Gesellschaft zu verändern. Genauso wie keine nationale Befreiungsbewegung ohne die Beteiligung der Frauen Erfolg gehabt hat, hat keine feministische Bewegung oder Frauenbewegung auf sich allein gestellt, einen radikalen gesellschaftlichen Wandel bewirken können.

Die militärische Präsenz der USA auf den Philippinen

Es gibt Forderungen auf den Philippinen, bei denen es schwierig wäre zu unterscheiden, ob sie eindeutig nationalistisch oder eindeutig feministisch sind. In einem Land, in dem es nicht einmal die grundlegensten Rechte und Freiheiten gibt, ist es für Männer und für Frauen kaum möglich, sich den Luxus von entweder/oder-Definitionen zu leisten. Um sich das Problem besser vor Augen zu führen, sollte man/frau das Problem der militärischen Präsenz der USA auf den Philippinen betrachten. Sollten wir das lediglich als eine Frage nationalen Interesses betrachten und damit als ein "nationalistisches" Problem? Damit würden wir die 60.000 Frauen übersehen, die durch die US-Basen in die Prostitution getrieben werden. Sollten wir es deswegen aber als ein Frauenproblem betrachten und damit die Implikationen für die nationale Souveränität ignorieren?

Auch im Fall der multinationalen Konzerne wäre es fast unmöglich, Demarkationslinien zwischen den Interessen der Frauen, der Arbeiter und denen der ganzen Nation zu ziehen. Die Konzerne sind auf den Philippinen, weil eine Marionettenregierung die Reichtümer unseres Landes verschleudert. Sie verstoßen gegen international anerkannte Rechte der Arbeiter und Arbeiterinnen. 70 Prozent der Beschäftigten in den Produktionszonen, die für den Export arbeiten, sind Frauen und damit geschlechtsspezifischer Diskriminierung und der Politik der Konzerne ausgesetzt, die sexuelle Übergriffe dulden.

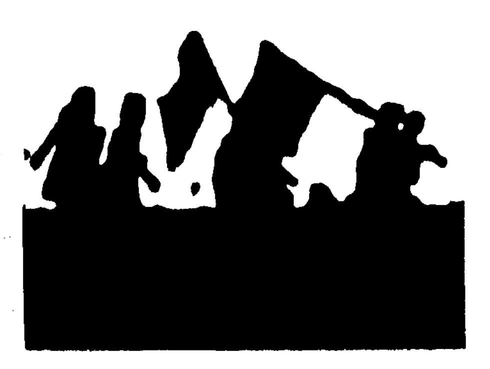
Die Brutalität der Konzerne

Als Mattel Inc., der Hersteller der Barbiepuppen, Geldprämien für Arbeiterinnen anbot, die bereit waren, sich sterilisieren zu lassen, sollten wir das dann als ein Problem der Arbeiterinnen oder als ein Problem der Nation betrachten? Sollen wir es als ein spezielles Frauenproblem betrachten, wenn eine Firma versucht, sich um die Gewährung von Mutterschutz herumzudrücken? Sollen wir es unterscheiden von dem Fall, daß die Firmen allen Arbeiterinnen und Arbeitern Zulagen oder Schutzrechte beschneiden? Sind daran allein die Manager der Konzerne schuld oder nicht vielmehr die Regierung, die es den Multis erlaubt, mit philippinischen Bürgern so umzugehen?

Wenn wir dazu noch die Umweltzerstörung betrachten, die diese Konzerne auf den Philippinen anrichten, dann stellen wir fest, daß dieses Problem genauso vielschichtig ist. Sicherlich ist die Umwelt eine Frage des nationalen Interesses, aber unter schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen haben spezifische Gruppen von Frauen und ArbeiterInnen ebenso zu leiden wie die Gesellschaft im allgemeinen. Wo sollen wir einen Trennungsstrich ziehen und wessen Interessen sollten vorrangig berücksichtigt werden?

Nach unserer Erfahrung ist die Unterdrückung der Frau im Produktionsprozeß und die geschlechtsspezifische Unterdrückung der Frau oft eng miteinander verbunden. Die Gewalt in der Familie z.B. hat tiefe Wurzeln in der feudalen Kultur, die der spanische Kolonialismus mitgebracht hat und die von autoritären und frauenfeindlichen Lehren der katholischen Kirche aufrechterhalten wird. Sie wird verschärft von verabscheuungswürdigen Filmen, Werbung und anderen kulturellen Nebenprodukten, die die USA und andere entwickelte Länder auf den Philippinen abladen.

Im ganzen können wir sagen, daß der Machismo und die entsprechende Festlegung der Frauen auf einen untergeordneten Status früher und bis heute ein kultureller und ideologischer Bestandteil der Kolonisierung des philippinischen Archipels waren. Die männliche Vorherrschaft und das Patriarchat wurden der grundsätzlich frauenfreundlichen einheimischen Kultur aufgezwungen, in der es keine geschlechtsspezifische Unterdrückung gegeben hatte. In diesem Sinn sehen wir den Entkolonisierungsprozeß auf den Philippinen als die Wiedergewinnung der Rechte der Frau und der Anerkennung ihrer spezifischen Interessen, die beide vom Kolonialismus ignoriert wurden. Der Kolonialismus verstieß so sehr gegen die Interessen und Rechte der Frauen, daß im 16.Jh. die ersten Revolten gegen die spanischen Behörden von den *babaylan* angeführt wurden, den religiösen Führerinnen und Medizinfrauen. Sie wurden so gründlich ausgerottet, daß wir uns gerade erst darauf besinnen, daß es sie überhaupt gegeben hat.



Wir leugnen nicht die weltweite Dimension der Probleme, die unter dem Begriff "Frauenfrage" zusammmengefaßt werden können, sind doch die Philippinen ein großer Frauenexporteur: Etwa 200.000 Frauen im Jahr strömen auf den weltweiten Arbeitsmarkt oder werden Opfer des Frauenhandels. Es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als uns auf einen progressiven feministischen Internationalismus zu stützen, wenn wir in dieser und anderen Fragen eine effektive Front aufbauen wollen.

Unser Kampf gegen den Frauenhandel ist durch die Unterstützung, Beteiligung und Hilfe von Frauen in anderen Ländern bereits gestärkt und effektiver gemacht worden. Mit Unterstützungsgruppen in 22 Ländern bewegt sich die philippinische Frauenbewegung in einem internationalistischen Klima und mit der internationalistischen Perspektive, die Gordon einfordert.

Frauenfragen sind national

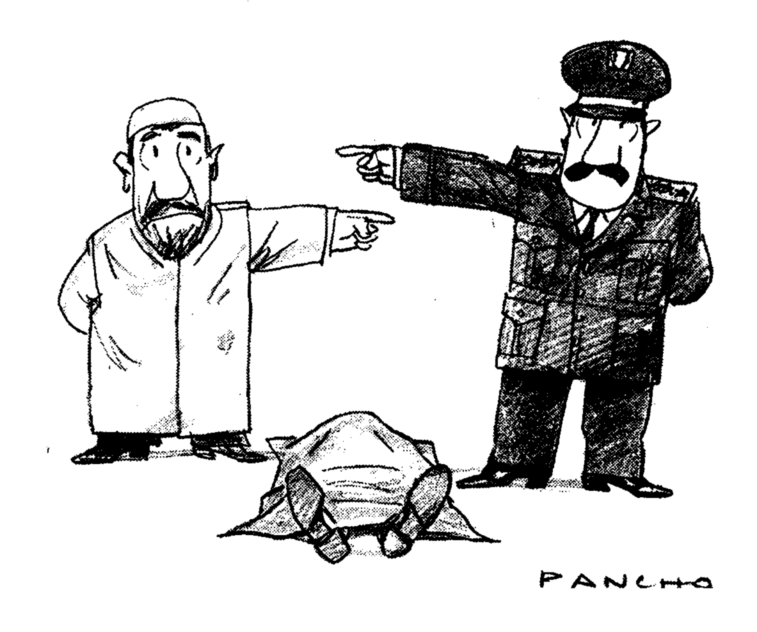
So wie wir sagen, daß alle Probleme Frauenprobleme sind, sagen wir auch, daß Frauenfragen nationale Fragen sind. Die sozioökonomische Formation der Philippinen ist so überholt, so unhaltbar, die Ausbeutung tritt so offen und brutal zutage, daß welche Frage auch immer die Bewegung aufwirft, sie immer zu der Notwendigkeit gelangt, die Gesellschaft vollständig umzuwandeln, d.h. eine siegreiche Revolution nach dem Geschmack des philippinischen Volkes (Männer und Frauen) und niemandes sonst zu machen. Wir hoffen, daß Rebecca Gordon und die Frauen der USA - ebenso wie die Männer - auf unserer Seite sind und uns bei unserer doppelten Aufgabe, unsere Nation zu befreien und uns selbst zu befreien unterstützen. Die Frage der Priorität spielt bei dieser Gleichung gar keine Rolle.

Leona Florentino II,
Vertreterin von MAKIBAKA
aus: Guardian 25.3.92
Übersetzung: cn

Der Bock als Gärtner? Militär und Herrschaft in Algerien

Eine Antwort auf Hartmut Elsenhans

Daß der in der Juli-Ausgabe der 'blätter' veröffentlichte Artikel von Hartmut Elsenhans über die jüngste Entwicklung in Algerien Reaktionen provozieren würde, war zu erwarten. Seine Kernthese lautete: das algerische Militär habe mit seinem harten Vorgehen gegen die FIS das Land vor dem Schlimmsten bewahrt. Die Autorin des folgenden Beitrages hat ihre Zweifel daran, daß ausgerechnet algerische Militärs, die sich in der Vergangenheit nicht eben als demokratische Musterknaben bewährt haben, der Demokratie in Algerien den Weg bahnen werden.





Die Bewertung des Militärputsches in Algerien stößt offensichtlich auf grundlegende Schwierigkeiten innerhalb der europäischen Linken: Da Algerien aufgrund seiner jahrzehntelang führenden Rolle innerhalb der Bewegung der Blockfreien als Fürsprecher einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung auftrat und in der arabischen Welt als das "gesellschaftspolitisch radikalste Regime" (Elsenhans) galt, zählt(e) es für die europäische Linke zu den "fortschrittlichen Systemen". Von daher überrascht eine eher positive Bewertung des Militärputsches vom Januar 1992 als "das kleinere Übel" (Sigrid Faath und Hanspeter Mattes) wenig, zumal die Fundamentalistische Islamische Heilsfront (FIS), die in Algerien die ersten demokratisch organisierten Parlamentswahlen gewinnen konnte, als Alternative kaum die Sympathien westlich-demokratisch denkender Menschen erwecken kann.

Wer und insbesondere welche Frau in Europa und der gesamten westlichen Welt will sich schon den Gesetzen eines 'Gottesstaates' unterwerfen? Genau diese Frage macht das Dilemma deutlich, vor dem nicht nur westliche KommentatorInnen der Ereignisse in Algerien stehen, sondern vor allem die AlgerierInnen selbst.

Bürgerliche Demokratie versus Kalifat

Es geht um zwei diametral entgegengesetzte Gesellschaftsmodelle: bürgerliche Demokratie, die einen entsprechenden Entwicklungsstand der kapitalistischen Produktionsweise voraussetzt oder die Wiederherstellung des Kalifats, das nach den Gesetzen der Sharia funktionieren soll, die im übrigen das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht verbietet, der Freiheit des Individuums, vor allem der Frau, jedoch enge Grenzen setzt. Um die politische Konzeption der Fundamentalisten vollends im Westen zu diskreditieren, geht Elsenhans sogar so weit, die FIS auf eine Stufe mit den deutschen Nationalsozialisten zu stellen (blätter des iz3w, Nr.182, S.27ff). Es ist stark zu bezweifeln, daß die Armeeführung tatsächlich durch die von Elsenhans postulierten Überlegungen zur "Sicherung der Rechtsstaatlichkeit mit der Möglichkeit eines späteren schrittweisen Übergangs zur Demokratie" zu ihrem entscheidenden Schritt veranlaßt wurde, die zweite Runde der Parlamentswahlen auszusetzen und kurzerhand den Präsidenten in Pension zu schicken und das Parlament, in dem immerhin demokratisch gewählte Abgeordnete saßen, aufzulösen und durch eine 60 'Persönlichkeiten' umfassende Marionetten-Versammlung zu ersetzen. Angesichts der entscheidenden politischen Rolle, die die Armee-Führung beim Aufbau des unabhängigen Algeriens spielte (s.u.), scheint das Handeln der Armeeführer eher im kurzfristigen Interesse des eigenen Machterhalts zu liegen.

Die Alternative einer "grundlegenden Sozialreform und einer expansiven Wirtschaftspolitik", die laut Elsenhans angeblich die "weniger konservativen Eliten" Algeriens zum Rückgriff auf die militärische Intervention trieb, entlarvt sich angesichts der manifesten Eigeninteressen, die für eben diese Elite

bei einer Regierungsablösung durch die FIS auf dem Spiel standen, als pure Propaganda zur eigenen Machterhaltung. Umso trefflicher - vor allem in den Ohren westlicher 'Bewunderer' des algerischen Sozialismusmodells - muß der Vergleich zwischen FIS und Nationalsozialisten klingen, schließt er doch jegliche emotionslose Betrachtung der Grundlagen fundamentalistischer Strömungen von vornherein aus. Dies hat auch der smarte Premierminister Ghozali erkannt, der in einem Interview mit der spanischen Tageszeitung 'El País' zur Rechtfertigung der Verhaftung zahlreicher FIS-Anhänger betonte: "Die Entscheidung, die Anhänger der FIS zu verhaften, war vor allem eine defensive Maßnahme, die den Willen der Macht verdeutlicht, den Rückgriff auf die Gewalt zurückzuweisen, die die Bewegung verkörpert, die einen religiösen Deckmantel trägt, von ihrem Charakter her jedoch faschistisch und nationalsozialistisch (nazi) ist." (El País v. 26.4.92).

Ganz so weit mag Elsenhans in seiner Beurteilung der FIS zwar nicht gehen, denn er schränkt immerhin ein, daß es Unterschiede in den ökonomischen Grundlagen gebe und auch das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen begrenzt geblieben wäre. Dennoch ließe "sich schwer widerlegen, daß der Putsch eher als die Untätigkeit die zukünftigen Chancen von Rechtsstaat und Demokratie bewahrt hat"(S.28).

Eine wahrhaft gelungene Rechtfertigung des Putsches, Herr Elsenhans: aus Angst vor dem Ungewissen sichert man die "Chancen von Rechtsstaat und Demokratie" durch einen Militärputsch, in dessen Folge der Ausnahmezustand verhängt wird, das Parlament aufgelöst, die demokratisch gewählten Abgeordneten der FIS verhaftet, ihre Zeitungen - und auch die anderer der Regierung kritisch gegenüberstehender Gruppierungen - verboten werden und schließlich die FIS zur illegalen Partei erklärt wird. Laut Angaben des Vorsitzenden der Liga zur Verteidigung der Menschenrechte in Algerien, Ali Yahia, sind derzeit zwischen 30.000 und 50.000 Anhänger oder Sympathisanten der FIS in Lagern der Sahara interniert. Angaben der Regierung zufolge sind es lediglich 6.500 (vgl. El País v. 26.4.92).

Hier soll weder der Versuch einer Rechtfertigung des Handelns der algerischen Militärführung unternommen werden noch über die mögliche Entwicklung des politischen Islam nach einer Regierungsübernahme spekuliert werden, sondern verdeutlicht werden, weshalb die algerische Führungselite zum Mittel des 'kalten' Militärputsches griff, um das Land vor einem angeblichen "Rückfall ins Mittelalter" zu bewahren.

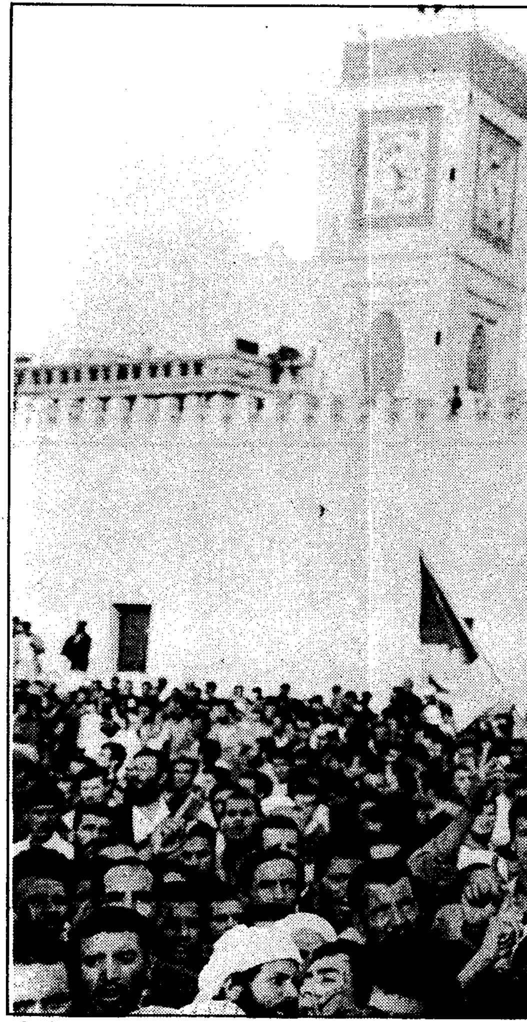
Der algerische Populismus

Hilfreich zur Erklärung des Handelns der algerischen Führungselite scheint mir die Analyse des algerischen Soziologen Lahouari Addi, derzufolge der Populismus der FLN durch den Populismus der FIS abgelöst werden sollte. In seinem 1990 in der französischen Zeitschrit 'Peuples méditerranéens' erschienen Artikel "De la permanence du populisme algerien" analysiert Addi Lahouari die populistische Ideologie als politische Kultur Algeriens, die nicht nur eine ideologische Strömung vertritt, sondern grundlegender Bestandteil unterschiedlicher politischer Richtungen ist. Lediglich der Inhalt, nicht jedoch die Form des Populismus haben sich im Verlauf der Geschichte Algeriens gewandelt. So bedeutete Populismus vor Erringung der Unabhängigket die Gemeinsamkeit aller Algerier im Kampf gegen den gemeinsamen Gegner, den französischen Kolonialismus. Nach der Unabhängigkeit wird der Populismus politisch zur Legitimation der Machterhaltung benutzt: "Der Begriff des Volkes ist eine mythische Konstruktion der Regierenden, die es ihnen erlaubt, diejenigen Personen als würdig zum Volk zu gehören zu bezeichnen, die ihren unmittelbaren Interessen entsprechen" (37).

Durch die Ereignisse vom Oktober 1988, als Hunderttausende von AlgerierInnen gegen die wirtschaftliche und soziale Misere protestierten und die Armee gegen die vor allem jugendlichen Demonstranten vorging, wurde offensichtlich, daß der bis dahin von der Regierung propagierte Populismus, als dessen Vehikel die FLN diente, keine ausreichende Legitimationsgrundlage mehr in der Bevölkerung hatte. Folgerichtig beschloß die Regierung eine Verfassungsänderung, die durch die Gewährung demokratischer Grundrechte - vor allem der Bildung politischer Parteien - zu einer breiteren Unterstützung der Regierungspolitik führen sollte. Zwar entstanden, durch die neue Verfassung begünstigt, eine Vielzahl politischer Parteien, das Phänomen des Populismus blieb jedoch die stärkste politische Kraft: anstelle des verbrauchten Populismus der FLN trat der religiös verbrämte Populismus der FIS.

Säkularer Populismus gescheitert

Lahouari Addi zeigt, daß der Populismus der späten 40er und 50er Jahre entscheidend durch die Arbeiterbewegung geprägt war. Hervorgegangen aus der Reaktion gegen den Kolonialismus, mußte der nationalistische Populismus zwangsläufig eine antikapitalistische Ausrichtung annehmen, war Kolonialismus doch das Produkt des Kapitalismus. Dies bedeutete jedoch nicht, daß sich der nationalistische Populismus auch die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft zu eigen machte, sondern zeigt vielmehr, daß Antikapitalismus als reine Rhetorik diente. Deshalb war es auch kein Problem, die traditional verankerten Kräfte in die Befreiungsbewegung einzubinden, die von der durch die kapitalistische Dynamik entfesselten Modernisierung erschreckt waren. Nach Erlangung der Unabhängigkeit verschwand



Gläubige versammeln sich vor einer Moschee

der marxistische Einfluß immer mehr aus dem offiziellen politischen Diskurs: An seine Stelle trat eine zunehmend ausgeprägte religiöse Ideologie, die jedoch den Materialismus der bürgerlichen Gesellschaft kritisiert.

Die Gründe für die Wandlung des 'säkularen' Populismus in den religiösen Populismus sind im Scheitern des algerischen Entwicklungsmodells zu finden. Die Institutionen, die nach dem Schema der Einheitspartei aufgebaut waren, erlaubten keinen Dialog zwischen Regierung und Regierten. Außerdem fehlte eine freie Presse, die sowohl ökonomische als auch soziale Schwachstellen hätte freilegen können. So konnte Kritik an diesen Schwachstellen allein von den Moscheen aus verkündet werden, was die Religion zu einer entscheidenden Kraft bei der Artikulierung sozialen Protestes werden ließ. Die Kritik, die in den Moscheen formuliert wurde, war jedoch keine eigentlich politische Kritik, sondern vielmehr eine moralische, ethisch-religiöse. Sie basiert nicht auf einer Analyse der Gründe des Scheiterns von drei Jahrzehnten 'bürokratischem' Sozialismus, sondern benennt in populistischer Manier Individuen als Schuldige für die Misere des algerischen Volkes, die Ideen und Institutionen westlicher Prägung ins Land gebracht hätten, die



Gläubige versammeln sich vor einer Moschee

den arabisch-islamischen Sitten fremd seien. Für die Islamisten geht es allein darum, die populistische Ideologie der alten FLN von ihren fremden, vor allem westlichen, Einflüssen zu säubern.

Wieso beharrt die Mehrheit der Bevölkerung immer noch auf dem Populismus, will sein Scheitern nicht wahrhaben und ihm stattdessen eine zweite Chance im religiösem Gewand geben? Laut Lahouari Addi hat dies drei Gründe: Erstens sind die sozialen und ökonomischen Bedingungen, die dem Populismus seine politische Rechtfertigung geben, immer noch vorhanden, trotz dreißigjähriger Unabhängigkeit. Man muß sogar feststellen, daß sich seit der Unabhängigkeit die Lebensbedingungen für die Masse der Bevölkerung verschlechtert haben, eine Minderheit dagegen kolossale Reichtümer anhäufen konnte. Diese Polarisierung der Gesellschaft führt jedoch nicht zum politischen Protest, sondern zum moralischen.

Zweitens trägt der Staat in seiner Funktion als Kontrolleur und Verteiler importierter Güter zur Bevorzugung bestimmter Gruppierungen der Gesellschaft bei, was wiederum die Frustration über die Korruption in der Bevölkerung ansteigen läßt, die so mehr und mehr das Vertrauen in den Staat verliert. Dieser Vertrauensverlust wurde umso größer, je geringer das durch die Öl- und Erdgasexporte erzielte Renteneinkommen des Staates wurde. Die soziale Unzufriedenheit mit der Einkommenspolitik der Regierung fand allein in den Moscheen ihre Artikulationsmöglichkeit, dem einzigen Ort, an dem die Kritik an den sozialen Ungleichheiten und schwierigen Lebensbedingungen ohne die Intervention der Polizei offen ausgesprochen werden konnte.

Drittens besteht ein grundlegender Kompetenzkonflikt zwischen Staat und Religion. Der nach der Unabhängigkeit entstandene algerische Staat wollte sich die bis dahin allein der Religion vorbehaltenen Kompetenzen aneignen. Daraus entstand ein Konflikt über die Grenzen der Souveränität des Staates: nach muslimischer Tradition ist allein die Sharia maßgebend, sie negiert somit die Souveränität des Staates und damit sein am Westen orientiertes positives Rechtssystem.

Was die politische Programmatik der FIS betrifft, so sieht Addi keinen Bruch mit dem politischen Diskurs der FLN, sondern konstatiert vielmehr eine weitgehende Kontinuität: Der populistische Diskurs, sei es der der FLN oder der FIS, richtet sich ebenso an die verarmten sozialen Schichten, die nach marxistischer Ansicht potentiell revolutionär sind, wie an die sozialen Gruppierungen, die aus kulturellen oder ideologischen Gründen einer Modernisierung objektiv entgegenstehen. Beide richten sich an das gesamte Volk unter einer primär kulturellen und ideologischen Prämisse. In gewissem Maße ist die FLN der Vater der FIS, der politisch-ideologische Ausdruck eines verarmten Volkes, das nicht aufgeben will, an seinen ursprünglichen Illusionen festzuhalten.

So finden sich im Programm der FIS die grundlegenden Bestandteile der Nationalcharta der FLN und wichtiger anderer Grundsatzdokumente: "Man findet den gleichen Voluntarismus, die gleiche verbale Großzügigkeit, die gleiche moralische Verankerung politischer Werte, die gleiche Negation des Konflikts im Innern des Staatsapparates, den gleichen Staatskult, der Staat wird als Demiurg des Volkes begriffen und seine Aufgabe ist es, die Gesellschaft zu formen und die Individuen von der Geburt bis zum Tod unter seinen Schutz zu stellen. Sogar die gleichen Schwachstellen findet man: das Fehlen politischer Freiheit, individueller Autonomie, Demokratie in ihrer modernen Akzeptanz, die effektive Ausübung der Souveränität durch gewählte Körperschaften, die Abwählbarkeit von Führungseliten, etc." (42)

Was das Wirtschaftsprogramm der FIS betrifft, so ist es eine Kopie der Nationalcharta, die jedem erwachsenen Mann das Recht auf Arbeit, Wohnung und Gesundheitsfürsorge garantiert, das Recht auf Schulbildung für seine Kinder bis zum Abitur, etc. Ziel der FIS sei es, das politische Programm der FLN zu konkretisieren, seine Versprechungen zu realisieren. Die FIS negiere das Scheitern der FLN, die es vielmehr in anderer Form und unter neuen Bedingungen wiederbeleben will. In diesem Sinne ist die FIS eine gefährliche Rivalin der FLN, der sie im übrigen jegliche Legitimation abspricht. Für die Führer der FIS ist die FLN eine Partei mit ruhmreicher Vergangenheit, deren Führer nach der Unabhängigkeit auf Abwege geraten sind.

Der algerische Soziologe Addi will vor allem zwei grundlegende Mißverständnisse bei der Interpretation der politischen Entwicklung Algeriens ausräumen. So sei das Anwachsen des islamischen Protestes zu einer Massenbewegung keine Rückkehr zum Islam, da das Volk in seiner überwältigenden Mehrheit schließlich immer aus überzeugten Moslems bestand. Das zweite Mißverständnis betrifft den Konflikt zwischen der FIS und ihren Gegnern: es handelt sich dabei nicht um einen religiösen Konflikt, denn es stehen sich nicht Gläubige und Ungläubige gegenüber, sondern um einen politischen Konflikt, in dem der Islam als Mobilisierungsfaktor dient. Bei einer Machtübernahme durch die FIS prognostiziert Addi das Scheitern des religiösen Populismus der FIS aufgrund der gleichen Ursachen wie derjenigen, die den 'säkularen' Populismus der FLN scheitern ließen. Allerdings sieht er ein zweites Scheitern des Populismus begleitet von einem Lerneffekt der Bevölkerung, die erkennen wird, daß

nur eine Trennung von Religion und Staat den heiligen Charakter der Religion bewahren kann und das öffentliche Leben besser nach säkularen Prinzipien organisierbar ist: "Aus dieser Sicht ist die Machtübernahme der FIS kein Rückschritt in der Geschichte in dem Maße, wie sie die Gesellschaft dazu verpflichten würde, aus sich selbst heraus nach den Mitteln zu suchen, ihre im übrigen universellen Werte politischer Freiheit und Menschenrechte zu versöhnen, ohne die keine Demokratie auskommt. Dies ist umso wahrscheinlicher, als diese Werte nicht im Widerspruch zum Islam stehen."(46)

Nach der vorläufigen 'Aussetzung' des Demokratisierungsprozesses durch das Einschreiten des algerischen Militärs steht die algerische Bevölkerung am Rande eines Bürgerkrieges. Trifft die Analyse von Addi zu, regieren derzeit die Nutznießer des abgewirtschaftenen FLN-Populismus gegen den Willen eines Volkes, das immer noch den Idealen sozialer Gerechtigkeit und nationaler Unabhängigkeit verhaftet ist, diesmal mobilisiert unter der Heilsbotschaft des Islam.

Der Bock als Gärtner?

Daß nun ausgerechnet das Militär als die Schlüsselinstitution innerhalb des algerischen Staatsapparates dafür sorgen soll, die Grundlagen für eine Demokratisierung, zu der nicht nur die Gewährung politischer Freiheiten und Menschenrechte, sondern vor allem eine gerechtere Einkommensverteilung gehört, zu schaffen, scheint ziemlich unwahrscheinlich. Nicht nur ehemalige Minister und Technokraten, sondern hohe Vertreter des Militärs selbst sind in Korruptionsaffären großen Ausmaßes verstrickt. So steht derzeit der ehemalige Generalsekretär des Verteidigungsministeriums und Generalstabschef der Armee, Generalmajor Benloucif vor Gericht. Offiziell wurde er 1986 "aus gesundheitlichen Gründen" aus dem Amt entfernt. Er wird beschuldigt, 62,5 Mio. FF veruntreut und sich unrechtmäßig Immobilien im Wert von mehreren Millionen verschafft zu haben (vgl. Jeune Afrique Nr. 1636, 14.-20. Mai 1992).

Dies scheint im übrigen nur die Spitze eines Eisberges zu sein, was das Ausmaß der Korruption der ehemaligen - und aktuellen! - Führungselite Algeriens betrifft. So zitiert Jeune Afrique den ehemaligen Staatschef Ben Bella und den ehemaligen Premierminister Kasdi Merbah, der als "bestinformierter Mann Algeriens" gilt. Nach deren Einschätzung hat die algerische Nomenklatura zwischen 10 und 15 Milliarden US $ unterschlagen. Im übrigen wurde genau der Teil der Antrittsrede des aus dem 28-jährigen Exil in Marokko eingeflogenen neuen Staatschefs, Mohamed Boudiaf, der sich mit der Korruption befaßte, auf Druck der Militärs nicht im Fernsehen übertragen.

Ein kurzer Blick auf die Geschichte Algeriens nach seiner Unabhängigkeit zeigt, daß das Militär in allen entscheidenden Krisensituationen die Geschicke des Landes bestimmte: so bei der Verhaftung des ersten Staatschefs Ben Bella, der durch seinen Verteidigungsminister Oberst Boumediène abgelöst wurde, der im übrigen von Anfang an in seiner Eigenschaft als Kommandierender der 'Grenzarmee' die Kontrolle über das Militär hatte. Unter Boumediène erhielt das Militär weitreichende Befugnisse innerhalb des Staatsaufbaus, nicht nur zahlreiche Ministerposten wurden mit Militärs besetzt, vor allem auch die ehrgeizigen Industrialisierungsprojekte wurden teilweise unter militärischer Leitung geführt. Das Militär verfügt ähnlich wie in der Türkei über eine Reihe von Privilegien, die sich nicht nur auf gesicherte Einkommen, Pension, Wohnung, vorbildliches Gesundheitswesen, Schulen und Universitäten beschränkt. Darüber hinaus unterhalten Militärs auch noch eigene Unternehmen, sei es im Bereich der Industrie, Landwirtschaft oder des lukrativen Importgeschäfts.

Eine der angesehensten Ausbildungsstätten Algeriens ist die 1967 gegründete Ecole Nationale des Ingénieurs et Techniciens d'Algérie (ENITA), in der nicht nur Offiziersanwärter, sondern auch Zivilisten eine umfassende (fünf Jahre dauernde) Ausbildung zum Ingenieur oder Techniker erhalten (vgl. El Djeich, Nr. 183, Aug. 1983). Es ist sicherlich nicht übertrieben zu behaupten, daß nahezu die gesamte algerische Führungselite in Politik und Ökonomie durch die Schule der Militärs gegangen ist. Daran änderte sich auch nach dem Tod Boumediènes (1978) wenig, dessen Nachfolger wieder aus den Reihen des Militärs kam und auch von ihm bestimmt wurde. Zwar nahm unter der Präsidentschaft Chadlis der Anteil von Militärs in der Regierung ab, dies bedeutete jedoch nicht, daß das Militär an tatsächlichem politischen Einfluß verlor. Offiziell war es nach dem Eingreifen des Militärs in die Unruhen vom Oktober 1988 zu einer "Rückkehr des Militärs in die Kasernen" gekommen. Das Militär selbst sah angeblich die Gefahr, durch ein zu eindeutiges Eintreten für die bei der Mehrheit der Bevölkerung diskreditierte Regierung, weiter an Rückhalt zu verlieren. Die eindeutig politische Führungsrolle des Militärs wurde aus der 1989 neu verabschiedeten Verfassung gestrichen und stattdessen seine Rolle als "Verteidiger der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität" betont.

Durch den ebenfalls 1989 eingeleiteten Rückzug aus dem Zentralkomitee der FLN sollte der Eindruck erweckt werden, die Armee stehe 'über' den politischen Streitigkeiten des Landes. Die Einrichtung eines Verteidigungsministeriums, dessen Aufgaben bis 1990 in den Kompetenzbereich des Staatspräsidenten gefallen waren, und die Ernennung des 'professionellen' Generals Nezzar zum Verteidigungsminister wurden als weitere Schritte zur 'Professionalisierung' des Militärs interpretiert. Tatsächlich wurde das Militär jedoch durch die mehrmalige Verhängung des Ausnahmezustands zur obersten politischen Instanz, die eindeutig gegen die zunehmend militanter auftretenden Anhänger der FIS Partei ergriff. Durch die Aussetzung des zweiten Wahlgangs und die erneute Verhängung des Ausnahmezustands bewies die Militärführung, daß sie eben nicht 'über' den politischen Wirren des Landes steht und eine "unparteiische Schiedsrichterrolle" spielt, sondern als "bewaffneter Arm" der algerischen Führungselite agiert, deren letztes Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer Privilegien der Rückgriff auf die Repression ist.

Ulrike Borchardt

Leicht gekürzte Fassung der Antwort Ulrike Borchardts auf Elsenhans, die in Heft 3/92 von Frieden (Mediatus) erschienen ist.

Schreiben unter Patriarchat und Besatzung

Zur Situation palästinensischer Schriftstellerinnen

Gegen eine dreifache Diskriminierung, die Zensur durch das israelische Besatzerregime, die untergeordnete Stellung der Frau in der arabischen Gesellschaft und gegen die Arroganz ihrer männlichen Schriftstellerkollegen müssen sich palästinensische Schriftstellerinnen durchsetzen. Der folgende Erfahrungsbericht greift einen oft vernachlässigten Aspekt der gesellschaftlichen Realität auf: die kulturelle Unterdrückung und die Emanzipation schreibender Frauen.



Palästinenserinnen in der Intifada

In den seltensten Fällen werden Frauen ermutigt, sich schriftstellerisch zu betätigen. Die Hausarbeit für den Mann und die Familie gehen vor. "Die Frage ist, ob frau kocht oder schreibt", war die Erfahrung einer frischverheirateten jungen Schriftstellerin. Und in der palästinensischen Männerliteratur hält sich hartnäckig ein Frauenbild, das viele weibliche Intellektuelle nicht mehr teilen können. Frauen werden darin nicht als sie selbst dargestellt, "sondern als die Verkörperung des unerreichten, perfekten Ziels: Fruchtbarkeit, üppiges Land, der Schoß der Gesellschaft, Palästina selbst", schreibt die Literaturprofessorin Hanan Ashrawi, besser bekannt als Sprecherin der Palästinenserdelegation bei den Nahost-Friedensverhandlungen. Nur sehr wenige beschreiben Frauen als bewußte Wesen, die mit ihren eigenen Problemen klarkommen, so Ashrawi.

Sogar in der Initfada-Literatur würden Frauen immer noch als passiv dargestellt, analysierte Ilham Abu Ghazalah, wie Ashrawi Professorin an der Bir Zeit Universität in der Nähe von Ramallah. Den Frauen wird erklärt, was auf der Straße passiert und was die Ereignisse bedeuten, obwohl sie selbst einen Großteil des Widerstandes aktiv mittragen. Um so wichtiger sind Bücher, die die sozialen Barrieren aufbrechen. Nahida Nazzal ist dies mit ihren Gefängniserinnerungen gelungen; in der Einleitung schreibt der Vorsitzende des palästinensischen Schriftstellerverbandes Al-Mutawikkil Taha, daß 'Schwester Nahida Nazzal' mit diesem Roman gleich drei Barrieren durchbrochen habe: die soziale, die politische und die kreative. Obwohl niemand etwas dagegen hat, wenn Frauen sich an Demonstrationen beteiligen, laufen Frauen als Gefangene immer noch Gefahr, von ihrer Gesellschaft stigmatisiert zu werden, ihre Ehre zu verlieren.

Die palästinensischen Autorinnen schreiben vor allem Gedichte, Kurzgeschichten und Khawatir (Singular: khatira), kurze literarische Artikel, in denen ein Gedanke diskutiert wird. Nach Wafa Abd al-Rahman ist die khatira die der Intifada am angemessendste Form : "Die Leute haben es immer eilig, weil man nie weiß, wann wieder eine Ausgangssperre verhängt wird, wann man reisen kann, wann die Schießerei wieder beginnt. Deshalb haben die Menschen keine Zeit und keine Konzentration längere Stücke zu lesen". Die Frauen veröffentlichen ihre Beiträge in Tages- und Wochenzeitungen und in den Literaturmagazinen Al-Bayadir und Al-Katib. In den 48 Ausgaben von Al-Katib, die seit dem Beginn des Palästinenseraufstandes am 9. Dezember 1987 erschienen sind, gab es elf Beiträge von Frauen. Einige Frauen reichen aber einfach ihre handgeschriebenen Blätter weiter, eine Autorin fotokopiert ihre Gedichte und verteilt sie auf der Straße. Wenn sie ein Gedicht über einen Märtyrertod in einem bestimmten Dorf schreibt, fährt sie in das Dorf und verteilt dort ihre Kopien.

Einigen Autorinnen verbieten Verwandte eine Veröffentlichung. Andere veröffentlichen unter Pseudonym, um von ihrem Umfeld nicht erkannt zu werden. Andere halten ihre Beiträge zurück, weil sie vor den israelischen Besatzern nicht auffallen wollen. Sie haben vielleicht ein krankes Kind, das sie im

Ausland behandeln lassen wollen oder andere Gründe.

Eine Einschränkung, die Frauen und Männer gleichermaßen trifft, ist die Zensur. Jede Zeitung und Zeitschrift und jedes Buch muß, bevor es veröffentlicht wird, der israelischen Zensurbehörde vorgelegt werden. Sie duldet weder das Wort 'Palästina' noch Berichte über den anti-israelischen Widerstand. Lizenzen für Druck und Vertrieb sind nur schwer zu bekommen und werden oftmals eingeschränkt. Palästinensische Verlage laufen deshalb Gefahr, sich selbst zu zensieren. Um die Zensur zu umgehen, lassen Schriftsteller manchmal auf eigene Kosten, ihre Erzeugnisse drucken, wenn sie das Geld dafür aufbringen können.

Während der Intifada hat die literarische Produktion stark zugenommen. Der nationale Kampf steht dabei im Vordergrund, und Schriftstellerinnen werden gerne akzeptiert, wenn sie nationalistisch und kämpferisch dichten. Für die Mehrzahl der palästinensischen Frauenorganisationen steht die nationale Frage im Vordergrund. Zu langsam haben sie beispielsweise auf die fundamentalistische Hamas-Bewegung reagiert, die die Bewegungsfreiheit und Kleiderfreiheit für Frauen eingeschränkt sehen möchte und dies im Gaza-Streifen bereits durchgesetzt hat.

Die Schriftstellerinnen, die die holländische Wissenschaftlerin Maja van der Velden aufsuchte (siehe Kasten), kannten sich untereinander größtenteils nicht. Wie sollten sie auch. Die Literaturzeitschriften dürfen nur in Ost-Jerusalem verkauft werden und gelangen allenfalls illegal in die Westbank und nach Gaza. Reisen ist in den besetzten Gebieten mit vielen Schwierigkeiten verbunden: Straßensperren oder eine plötzlich verhängte Ausgangssperre über ein Stadtteil und man sitzt fest oder von der Intifadaleitung ausgerufene Streiks, die befolgt werden müssen. Ältere Frauen scheuen vor einer Reise zurück, andere haben Angst, abends allein zu einer Veranstaltung zu reisen. Viele sind ohne Telefon. Zudem wurde seit 1988 die palästinensische Bir Zeit Universität - ein wichtiger Treffpunkt der palästinensischen Intelligenz - durch die israelischen Militärbehörden mehrfach geschlossen.

Vorsichtig, um nicht zu bevormunden, fragte Maja die Autorinnen, ob sie sich vielleicht untereinander kennenlernen möchten. Sie war überrascht über das starke Interesse der Frauen an einem Erfahrungsaustausch, mit großer Begeisterung setzten sie die Idee in die Tat um. Ein Institut in El Bireh fungierte als Gastgeber. Auf dem ersten Autorinnentreffen wurden vor allem zwei Probleme deutlich, denen sich die Frauen ausgesetzt sehen: die fehlende Literaturkritik und die Schwierigkeit, als Frau Beiträge veröffentlichen zu können. Ersteres gedachten sie durch gegenseitige Kritik selbst zu lösen. Sie lasen sich ihre Gedichte oder ihre Prosa vor und warteten auf die Reaktionen ihrer Kolleginnen. Das zweite Problem gestaltete sich schwieriger, da seine Überwindung die aktive Mitarbeit des palästinensichen Schriftstellerverbandes erfordert. Der größte Teil der Bücher wird von ihm herausgegeben.

Nach dem vierten Treffen löste sich der Frauenkreis wieder auf. Die Teilnehmerinnen waren zu sehr unter Beschuß geraten, die Idee einer Ausländerin aufgegriffen zu haben. Und der Schriftstellerverband war in Sorge, daß eine weibliche Konkurrenzorganisation entstehen könnte.

Doch die literarische Szene in Palästina ist in Bewegung geraten, auch ohne Anstöße von außen. Zwei Frauenzeitschriften wurden 1991 gegründet, eine davon vom Verlag der Akademie für Frauenfragen, deren Vorsitzende Sahar Khalifa ist. Der palästinensische Schriftstellerverband, soeben Mitglied im PEN-Club geworden, organisierte eine Abendveranstaltung über Frauen und Literatur. Noch 'unentdeckte' Schriftstellerinnen begannen Kontakte zu ihresgleichen zu knüpfen, weil sie von den Treffen in El Bireh gehört hatten. Die im beratenden Ausschuß der Literaturzeitschrift Al-Khatib tätige Ilham Abu Ghazalah, selbst Mitglied im Schriftstellerverband, veröffentlichte in der Jerusalemer Tageszeitung Al-Quds einen Artikel über das Patriarchat innerhalb des Palästinensichen Schriftstellerverbandes.

"Wenn eine Frau ihre literarische Arbeit veröffentlichen will, braucht sie die Unterstützung einer männlichen Institution, sei es die ihrer Familie, ihrer Freunde oder einer politischen Partei", erklärte die Literaturkritikerin der holländischen Forscherin. "Du mußt Dich selbst gegen die Gesellschaft schützen. Wer veröffentlicht, individualisiert sich gegenüber den anderen. Wenn Männer nicht mögen, was Du schreibst, kann dies vernichtend für Dich sein". Sie selbst erntet viel Lob für ihre Literaturkritiken, nicht jedoch für ihre Kurzgeschichten, in denen es auch um Frauenthemen geht.

Wiltrud Rösch-Metzler

Palästinensische Frauenliteratur

"Woher weißt Du, daß ich eine Schriftstellerin bin? Ich veröffentliche, ja, aber woher weißt Du, daß ich existiere?" wurde Maja van der Velden von einer palästinensischen Schriftstellerin gefragt, nachdem die Holländerin sie in den von Israel besetzten Gebieten ausfindig gemacht hatte. Ihre Recherche nach palästinensischen Schriftstellerinnen war mühsam. Beim palästinensischen Schriftstellerverband wurde ihr gesagt, die dort bekannten Frauen schrieben nur für den Hausgebrauch. Wenn Maja endlich einen Namen herausgefunden hatte, wußte niemand, wo die betreffende Frau wohnt. Selbst an der renommierten palästinensichen Bir-Zeit-Universität waren die Autorinnen zumeist unbekannt. Maja ließ sich nicht entmutigen. Sie suchte in Bibliotheken, ging Zeitschriften und Tageszeitungen durch und hatte schließlich eine Liste mit vierzig Namen beisammen. Trotz immer wieder verhängter Ausgangssperren besuchte sie sechszehn Frauen und interviewte sie.

Die junge Holländerin studierte Arabisch an der Universität Amsterdam. Unbefriedigend für die politisch interessierte Frau blieb, daß dort die Sprache nicht im politischen und sozialen Kontext gelehrt wird, sondern als 'tote' Sprache. Über ihre Anteilnahme am Nahost-Konflikt stieß sie auf das Thema ihrer Abschlußarbeit: palästinensische Frauenliteratur. Weil es dazu aber nur wenig Material an der Amsterdamer Universität gab, recherchierte sie auf eigene Faust in Palästina. Vertraut waren ihr Werke der 1917 in Nablus geborenen Dichterin Fadwa Tuqan, von der 1990 der erste Teil einer Autobiographie mit dem Titel 'The Mountainous Journey' in London erschienen ist. Bekannter als die von ihrer palästinensischen Leserschaft hochverehrte Fadwa Tuqan dürfte in Europa jedoch die um 24 Jahre jüngere Sozialwissenschaftlerin Sahar Khalifa aus Nablus sein, deren Romane in mehrere Sprachen übersetzt sind. Im deutschsprachigen Raum sind bislang drei ihrer Bücher erschienen: der 'Feigenkaktus', die 'Sonnenblume' und 'Memoiren einer unrealistischen Frau', alle im Zürcher Unionsverlag.

röm

Bündnispolitik - Nein Danke !

Auf den ersten Blick könnte mensch mit den Münchner Aktionen zum Weltwirtschaftsgipfel 1992 zufrieden sein. Mehr als 2000 Interessierte nahmen an sieben Foren des internationalen Gegenkongresses teil. Mit rund 18.000 TeilnehmerInnen erreichte die Großdemonstration eine unerwartet hohe Beteiligung. Bei den Aktionstagen wurden zwar nicht die Räumlichkeiten der Staats- und Regierungschefs besetzt, aber aufgrund der polizei-staatlichen Willkür die Schlagzeilen und Kommentarspalten der deutschen und internationalen Presse. 500 Jahre nach dem Beginn der Zerstörung der ursprünglichen amerikanischen Gesellschaften und Kulturen stand der Münchner Weltwirtschaftsgipfel im Zentrum der Kritik als Symbol für die herrschende Weltmarkt- und Ausbeutungsordnung. Allerdings erlangten die Münchner Aktivitäten nicht die Stärke des Berliner Kongresses gegen den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank vor vier Jahren.

Wer selbstkritisch auf die Vorbereitung und den Verlauf des internationalen Kongresses zurückblickt, muß einige Schwachpunkte eingestehen. Den Erfolg der Großdemonstration und der Aktionstage nur am Polizei- und Staatsaufgebot zu messen, hieße schlecht beraten zu sein. Viele Gruppen fielen auf einfache Erklärungsmuster zurück, um ihre politische Orientierung nicht zu verlieren bzw. ihre Überforderung zu kaschieren. So wurde die gesellschaftliche und ökonomische Krise Osteuropas nur unter dem Aspekt der westeuropäischen Expansion betrachtet, über vierzig Jahre realsozialistische Politik waren kein Thema. Auch die Veranstalter des Gegengipfels (TOES, The Other Economic Summit) mit etwa 1000 TeilnehmerInnen sollten sich vor Augen halten, daß ihre wohlfeile Kritik im kanalisierten Lobbyismus domestiziert vertrocknet.

Beim internationalen Gegenkongreß herrschte ein bündnispolitisches Debakel, das schon in der Startphase absurde Formen annahm. Da wurde in Bonn vor einem Jahr ein Bündnis zusammengeschustert, das unter dem Begriff 'Clearing-Stelle' firmierte und allein aufgrund seiner Zusammensetzung völlig arbeitsunfähig war. Von staatstragenden Organisationen wie dem Deutschen Gewerkschaftsbund über Lobbyorganisationen wie dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Möchtegern-Lobbyisten wie dem Verein Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (W.E.E.D) bis hin zu Basisgruppen wie dem - schlecht organisierten - Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) und der Informationsstelle Lateinamerika in Bonn (ila). Das Gremium wollte sich aufgrund seiner Zusammensetzung nicht auf inhaltliche Auseinandersetzungen einlassen - woraufhin sogar die rechte Ökopartei ÖDP Einlaß begehrte - und beschränkte sich auf die gegenseitige Inkenntnissetzung über geplante Aktivitäten. Zu guter Letzt schliefen die Aktivitäten der Clearingstelle Anfang des Jahres völlig ein. Letztendlich setzten sich die internen Streitereien unter den Unterstützer-Organisationen bis zum Kongreßbeginn fort. Die viele hundert Kilometer weit Angereisten und zur Besetzung der von der Universitätsleitung verweigerten Räumlichkeiten Entschlossenen wurden mit einer zerrissenen Organisation konfrontiert. So entstand - durch ein anderthalb-stündiges Hin und Her - eine Stimmung aus Unverständnis und Mißtrauen, die teilweise auch die beiden folgenden Tage prägte, auch wenn sich zu guter Letzt doch ein gemeinsamer Demonstrationszug formte.

Keine der OrganisatorInnen sollte sich mittels Schuld- und Fehlerzuweisungen aus der Verantwortung stehlen. Ein extrem unsachliches Diskussionsklima im Aktionsausschuß behinderte die Organisation und Öffentlichkeitsarbeit zum Gegenkongreß. Hemdsärmeligkeit paarte sich mit Arroganz, politisches Sektierertum mit Mißtrauen. So war weder die Besetzung der Universitätsräume möglich noch ein offensiver Umgang mit der Presse.

Nur die autonome Vorbereitung der Kongreß-Foren, des Demonstrationszuges und der Aktionstage verhalfen der Gesamtveranstaltung zum Erfolg. Aber bündnispolitisch, das heißt als Kraft, die etablierte Politik- und Machtinteressen wirklich verunsichert, waren der Münchner Kongreß und besonders seine Vorbereitung ein Desaster. Es gab keinen Raum für gemeinsame Diskussionen und es zeigte sich, daß ein großer Teil der Organisationen und deren RepräsentantInnen nicht in der Lage waren, flexibel und differenziert mit konträren Inhalten oder Interessen umzugehen. Diese Entwicklung behindert die Ausschöpfung gemeinsamer Phantasie und schwächt den Entstehungsprozeß einer notwendigen, gesellschaftlich relevanten Opposition.

gerd

"Mit zehn bist du erwachsen, mit zwanzig eine alte Frau und mit dreißig tot"[1]

Die Veröffentlichung 'Gebrochene Rosen, Kinderprostitution und Tourismus in Asien' ist Rosario Bugos Baluyut auf den Philippinen gewidmet, die 1987 in Olongapo im Alter von 12 Jahren an den Folgen von Vergewaltigungen starb. Eine schwere Infektion hatte zu ihrem frühen Tod geführt, verursacht durch einen abgebrochenen und angerosteten Vibrator in ihrer Gebärmutter.

Der neuseeländische Tourismusforscher Ron O'Grady hat für die dreijährige 'Kampagne zur Beendigung der Kinderprostitution im asiatischen Tourismus', die im März 1992 auf einer internationalen Konferenz in Bangkok eröffnet wurde, eine gelungene Zusammenstellung von Fallbeispielen mit guten Ursachenanalysen vorgelegt, die jetzt in deutscher Übersetzung erschienen ist. Die Veröffentlichung kann als Handbuch für die Kampagne in der Bundesrepublik dienen, die von einer Reihe von Kinderschutzorganisationen und kirchlichen Hilfswerken unter Federführung der Geschäftsstelle von terre des hommes in Osnabrück getragen wird.

Die Schicksale von kindlichen Opfern von sexuellem Mißbrauch sind so erschütternd, daß man nicht unbeteiligt bleiben kann. Die Fallbeispiele stammen aus Thailand, den Philippinen, Taiwan, Sri Lanka und Indien. Ron O'Grady schreibt mit viel Anteilnahme, um aufzuklären und Solidarität zu wecken. Im Gegensatz zu namhaften deutschen Magazinen, die das Thema Kinderprostitution in der Dritten Welt aufgegriffen haben, vermeidet er jede Form von Sensationsmache.

O'Gradys' Kritik richtet sich präzise auf den kommerziellen und industriell betriebenen Mißbrauch von vorpubertären Mädchen und Jungen in den Schwerpunktländern der Tourismusindustrie in Asien, der auf die massenhafte Nachfrage seitens der Menschen aus den Industrieländern zurückgeht.

Ron O'Grady empfiehlt der Kampagne, vor allem die raffinierten Rechtfertigungen und intelligenten Schutzbehauptungen von Pädophilen öffentlich zu entlarven. Denn Pädophile gehören vorwiegend Mittelschichten an und haben geheimbundähnliche Vereinigungen gegründet. Sie treten geschickt auf und umgeben sich mit dem Anschein großer Seriosität. In dem in Europa am weitesten verbreiteten Club "Paedophile Information Exchange" wird biologisch argumentiert: "Die Pädophilie war schon immer eine ebenso gesunde Erscheinungsform unserer Spezies wie rothaarige Menschen oder Linkshänder ..." (O'Grady S.66). Oder man gibt sich aufklärerisch und fordert "das Recht aller Menschen auf Beziehungen zwischen den Generationen, die auf gegenseitiger Übereinkunft beruhen" (North American Man/Boy Love Association) (S. 63). Sogar Armutsbekämpfung wird zur Rechtfertigung herangezogen: "Die asiatischen Knaben, die gelegentlich mit Touristen schlafen, sind merklich lebhafter, glücklicher und gesünder als die Millionen armer Kinder dort, die langsam dahinwelken oder durch schwerste Arbeit für's Leben zu Krüppeln gemacht werden", so der holländische Päderast und Schriftsteller Edward Brongersma (S. 81).

Es ist auch die Angst vor AIDS, die das Alter der Sexpartner in Asien heruntergedrückt hat. Irrigerweise wird Sex mit Kindern für unbedenklich gehalten. Aber die dünne Haut und das stärker durchblutete Gewebe von After und Rektum der Jungen und Vagina der Mädchen ist viel verletzlicher und anfälliger für Infektionen als bei Erwachsenen. Über die rasche Verbreitung von AIDS unter Kindern in Asien gibt es nur Vermutungen oder gelegentliche Erhebungen. Allein in der Kleinstadt Chiang Rai in Nord-Thailand werden monatlich 100 bis 120 neue HIV-Infektionen registriert und in Chiang Mai wurde z.B. festgestellt, daß 72,5% aller untersuchten jugendlichen Prostituierten unter 16 Jahren in Billigbordellen HIV-positiv waren.

Ein unseliger Marktmechanismus ist hier am Werk, von dem auch die Tourismusindustrie lebt. Die Nachfrage wurzelt in den gesellschafts-psychologischen Krisen der reichen Industriegesellschaften, und das Angebot liegt fast ausschließlich in der wirt-

In einer Bar

Kleines Mädchen,
wie alt bist du?
Acht oder neun?
Ich finde dich niedlich.
Laß mich dich in den Arm nehmen,
und später woll'n wir in eine
dunkle Kammer gehen.

Weißt du, daß ich auch Kinder habe?
Ihr Haar ist blond,
nicht schwarz wie deines,
und ihre Augen sind dunkelblau.
Sie gehen in die zweite Klasse -
begreifst du, was das ist?

Leider kann ich dir deinen Lohn
nicht hier geben,
denn dann läufst du fort,
und in dem Menschengewühl könnte ich
dich nicht einholen.
Nepper - Schlepper - Bauernfänger,
man kennt das ja.

Mein Kind,ich halte dich fest
im Arm.
Deine Augen leuchten nicht,
wenn sie mich anblicken.
Bist du krank?
Du kannst dir denken,
ich habe Angst vor Krankheiten.

Möchtest du etwas Campari?
Danach fühlst du dich besser.
Du solltest dich nicht vor mir fürchten,
denn ich will dir nur helfen.
Von meinem Geld kannst du dir viele
bunte Sachen kaufen.

Die Bar füllt sich,
der Schweißgeruch wird unerträglich,
und außerdem beginne ich
mich zu langweilen.

Genug geredet,
du kannst mich ohnehin nicht verstehen.
Zeig mir den Weg zu einem Ort,
an dem wir alleine sind...

Nivien Saleh (Juli 1992)

schaftlichen Armut und sozialen Desintegration von Armutsländern begründet. Auch die neuen Industrieländer in der Dritten Welt reproduzieren den Mechanismus auf ebenso groteske Weise. In den Sexzentren von Thailand und den Philippinen wimmelt es inzwischen von ebensovielen abenteuerhungrigen Japanern und Koreanern wie Amerikanern und Europäern. Und in thailändischen Bordellen werden Frauen aus Burma, Laos und China billiger als Einheimische angeboten. Taiwanesische Unternehmen haben gerade eine Marktstudie abgeschlossen und planen an den Sandstränden von Vung Tau in Vietnam (!) das größte Tourismuszentrum Asiens.

Die Konvention der Vereinten Nationen von 1989 über die Rechte des Kindes formuliert einen ausdrücklichen Schutz von Kindern vor sexuellem Mißbrauch. Aber wie bei allen Konventionen der Vereinten Nationen hängt die Umsetzung von der politischen Kultur und einer Lobbyarbeit in den Signatarstaaten ab.

Nichtregierungs-Organisationen zum Schutz von Kindern in Thailand und auf den Philippinen haben jetzt die Initiative ergriffen, um zusammen mit Gruppen in den USA und Europa der Kinderprostitution entgegenzuwirken. Auf der Konferenz in Bangkok vom März ist eine breite und gut durchdachte Palette von Ansätzen verabschiedet worden. An erster Stelle steht eine angemessene Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik, die den Menschen in den Armutsländern die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse und ein minimales Einkommen sichert. Die Respektierung von Menschen und vor allem von Kindern als Personen ist an die Stelle der menschenverachtenden Vermarktung und des Konsums von Menschen in der marktorientierten Tourismusindustrie zu setzen; die Verschärfung gesetzlicher Bestimmungen ist dringend notwendig, aber ebenso sehr die tourismusbezogene Aufklärung und Bildung in den Herkunfts- und Zielländern von Touristen. Die Veröffentlichung von Ron O'Grady ist eine hervorragende Handreichung für ein Handeln in diesem Sinne.

Heinz Kotte

Anmerkung

1) Ausspruch einer jugendlichen Prostituierten in Olongapo, Philippinen

Ron O'Grady: Gebrochene Rosen. Kinderprostitution und Tourismus in Asien, Horlemann Verlag, Bad Honnef, 1992, 165 Seiten

Von Kant bis Cohn-Bendit

Kontinuitäten rassistischen Denkens

Alle beklagen wieder des weißen Mannes Last. Aber Jammern hilft nicht. Wir sind zur Dominanz verurteilt".[1] So lautet die neueste Version der Verteidigung westlicher Zivilisationsgüter durch eine Linke, die sich mit dem Niedergang revolutionärer Perspektiven in der Dritten Welt wieder an die 'hausgemachten' bürgerlichen Werte und Institutionen erinnert. So verwundert es kaum, daß jetzt auch der deutsche Kolonialismus als frühe Form der Entwicklungshilfe zu neuen Ehren kommt. Für Henning Melber reproduziert sich hier "der koloniale Blick", eine "moderne Spielart von Paternalismus, Eurozentrismus und Rassismus"(59). Seit den ersten europäischen Eroberungszügen in der 'Neuen Welt' drückt sich der westliche Hegemonieanspruch in einem Denken aus, das Menschen zu Negern, Wilden, Unzivilisierten degradiert. Auch die aktuellen Diskussionen über Multikulturalismus, über die "Ausweitung der zivilen Gesellschaft" (104) oder über universalistische Menschenrechtskonzeptionen im Rahmen eines neuen Internationalismus bleiben - wie Melber in verschiedenen Aufsätzen zeigt - meist dieser Perspektive verhaftet.

Die theoretische Grundlegung des kolonialen Blicks läßt sich bis in das Zeitalter der Aufklärung verfolgen. Obwohl mit ihr die Vernunft zum maßgebenden Moment für die Entwicklung der Gesellschaft erklärt wird, erweist die Vernunft sich in ihrer Struktur und Konsequenz als äußerst ambivalent. Die alten feudalen Mächte werden zwar abgesetzt, die religiöse Legitimationsgrundlage der Herrschaft verschwindet und der gleiche und freie Bürger tritt an Stelle des von Gott eingesetzten feudalen Herrschers. Andererseits wird aber alles 'Un- Vernünftige', werden alle, die nicht als Freie und Gleiche am Marktgeschehen teilhaben, alle, denen eine größere Affinität zum Natürlichen zugesprochen wird - also die Frau und 'der Wilde' - aus dem Kreis der Zivilisierten ausgeschlossen. Mit der Rationalisierung der Welt auf der Grundlage der neuen Naturwissenschaften wird die Vernunft zu einem neuen Absolutismus, dem Leidenschaft, Emotion, Körper und Natur als inferiore und zu domestizierende Momente unterworfen sind. "Vernunft wird so in ihrer Verselbständigung und Definitionsmacht zum Akt der Herrschaft, der Selbstbeherrschung und der Naturbeherrschung" (18).

Die Spezifität des europäischen Zivilisationsmodells kommt jedoch erst durch zwei weitere Momente zur Entfaltung: dem Fortschritts- und dem Entwicklungsgedanken. Mit diesen erhält die 'Dialektik der Aufklärung' ihre rassistische Dynamik. Melber veranschaulicht dies an den Prozessen der "inneren und äußeren Kolonisation": da 'die' Vernunft für jedes Individuum allgemeingültig vorausgesetzt wird, werden die Erfahrungen von Unvernunft in den Kolonien oder auch im Proletariat der Metropolen, als Vorstufen auf dem Weg zu eben dieser allgemeinen, abendländischen Rationalität betrachtet. Der 'Wilde' und das Proletariat erhalten den Status von Kindern, die der weiße, bürgerliche Mann domestiziert, diszipliniert, pädagogisiert und damit auf die höchsten Stufen abendländischer Zivilisation 'entwickelt'.

Melber zeigt äußerst materialreich und unter Berücksichtigung verschiedenster philosophischer und soziologischer Theorien, wie in der europäischen Geschichte mit der Überhöhung von Vernunft, Entwicklung und Fortschritt, die Überhöhung des 'weißen Mannes' einhergeht. Die Gleichheitsgedanken der Aufklärung erweisen sich bald als "pseudo-wissenschaftliche Erklärung und Verbrämung ungleicher Herrschafts- und Machtstrukturen. Ein unilinearer Fortschritts- und Entwicklungsglaube lieferte die ideologische Verklärung der europäisch- abendländischen Eroberung der Erde. Deren Raub- und Plünderungscharakter kam dabei nur selten zur Sprache. Er wurde dann mit dem 'Recht des Stärkeren' bzw. der 'höheren' Zivilisation - nachgerade als Ausdruck eines entwicklungsgeschichtlich notwendigen Prozesses quasi naturrechtlich geboten - nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern für gerechtfertigt erklärt." (98f)

Die Verknüpfung von Gleichheit mit Herrschaft mittels des unilinearen Entwick-



Deutschlands »dienstältester Neger« (entstanden 1918, Abb. hier um 1928)

Ein aktuelles Produkt auf dem deutschen Markt

Illustrationen aus dem besprochenen Buch

lungsmodells findet seinen Niederschlag auch bei dem wohl bekanntesten deutschen Aufklärer, bei Immanuel Kant. In seiner 'Physischen Geographie' von 1804 schreibt er: "Der Einwohner des gemäßigten Erdstriches, vornehmlich des mittleren Theiles desselben" d.h. der weiße, europäische Mann, "ist schöner an Körper, arbeitsamer, scherzhafter, gemäßigter in seinen Leidenschaften, verständiger, als irgendeine Gattung der Menschen in der Welt. Daher haben diese Völker zu allen Zeiten die andern belehrt, und durch die Waffen bezwungen."

Auch für die folgenden Epochen macht Melber auf den Zusammenhang von kolonialem Blick und Rassismus aufmerksam: So wird die Kontinuität des kolonialen Blicks am Beispiel des 'deutschen Afrika', im Nationalsozialismus und in unserer Alltagskultur verfolgt, in der auch heute noch 'das Negerbild' - angefangen beim Mohrenkopf bis hin zum Kirmes-Kannibalen - weiterlebt. Bei Melbers epochenübergreifendem, historischen Entwurf ergeben sich jedoch Schwierigkeiten. Bei dem Versuch, die verschiedenen Stränge von rationaler Naturbeherrschung, kolonialem Blick und Rassismus aufzunehmen und als das Grundmuster des europäischen Kulturmodells wiederzugeben, muß das Spezifische der einzelnen Epochen zwangsläufig untergehen. Differenzierung wird durch die 'Logik' der Naturbeherrschung bzw. des kolonialen Blicks ersetzt, die gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Grundlage für bestimmte Ausprägungen des Rassismus bilden, bleiben verschwommen. So wird es dann möglich, die Judenvernichtung als "Erscheinungsform des rassistischen Syndroms" zu erklären, wobei die "Konfiguration 'Jude' z. B. durch 'Neger' ersetzt werden kann als die Versinnbildlichung des (vermeintlich oder real) Fremden, das es als Bedrohung der eigenen Identität auszumerzen gilt."(43f)

Durch die Konzentration auf die ideologische Grundstruktur der 'Eroberungsgesinnung' wird aber nicht nur der Antisemitismus, der ein Ausdruck der Angst vor einer überlegenen Macht ist, umstandslos mit anderen Formen des Rassismus vermengt, die die verachteten Rassen als unterlegen definieren. Es verschwimmt auch der Unterschied zwischen einem religiös fundierten, 'universalistischen' Rassismus, der sich um die Frage dreht, wie aus 'Wilden' 'Zivilisierte' werden, und dem diesem historisch nachfolgenden 'wissenschaftlichen Rassismus'. Letzterer basiert weniger auf dem aufklärerischen Zivilisationsmodell, sondern verlagert die zuvor kulturell bestimmten Unterschiede in die Biologie. Damit sind sie körperlich festgeschrieben und unveränderbar, also auch nicht entwicklungsfähig oder pädagogisierbar. Konsequent zu Ende gedacht können biologische Unterschiede nur durch Vernichtung aufgehoben werden - wie Melber selbst bei seiner Analyse der Kolonialpolitik in Deutsch-Südwestafrika anklingen läßt.

Dasselbe gilt für den heute aktuellen neorassistischen Diskurs. Heute geht es nicht mehr um Erziehung und Entwicklung, sondern um die zu bewahrende Eigenheit und Besonderheit jeder Kultur. 'Kultur' oder auch 'Volk' besetzen heute die Leerstelle, die die Tabuisierung des Begriffs 'Rasse' seit der Vernichtungspolitik des deutschen Faschismus hinterlassen hat.

Wie kann nun aber das eurozentristische Zivilisationsmodell mit seinen rassistischen Implikationen überwunden werden? Die Betonung der Besonderheit 'der Völker' wird schnell zum Einfallstor neorechter Argumentation: diese macht aus dem 'Recht' auf eigenständige, kulturelle Ausdrucksformen - wie es von dem exotistischen Multikulturalismus à la Cohn-Bendit gefordert wird - schnell die Pflicht zur Separation. Melber selbst schlägt sich letztlich doch auf die Seite der - von ihm zuvor harsch kritisierten - europäischen Vernunft. In den Debatten um die Etablierung einer (internationalen) Zivilgesellschaft - die er gerne von den bürgerlich- herrschaftlichen Grundlagen entkoppeln möchte - sieht er Möglichkeiten jenseits des eurozentristischen Zivilisationsmodells, Emanzipation neu zu begründen. Für Verwunderung sorgt jedoch die Konkretion seiner Vorstellungen. Wenn Melber z. B. Menschenrechte und Demokratie als "In- bzw. Exklusionsformen in der Hand der Mächtigen"(101) denunziert, sorgt die Bezugnahme auf die "konkrete, inhaltliche Ausformulierung von Bürger- und Menschenrechten" (102) als zentrale politische Perspektive der 90er Jahre doch für einige Verwirrung. Im Ungewissen bleibt dabei völlig, wie die zuvor analysierten ökonomischen und politischen Herrschaftsverhältnisse - die ja die Grundlage für Gebrauch bzw. Mißbrauch von Menschenrechten bilden - verändert werden können. Es nützt leider wenig, einem schlechten Sein, ein gutes Sollen entgegenzuhalten und den Gedanken an tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen dabei außen vor zu lassen. Letztlich scheint sich hier der 'koloniale Blick' im herrschaftsfreien Diskurs aufzulösen und damit die Kritik an Nationalstaat, Rassismus und Nationalismus gegenstandslos zu machen. Ob sich da nicht ein neuer Eurozentrismus einschleicht?

cp

(1) Reimer Gronemeyer/Claus Leggewie: Rituale europäischer Selbstkasteiung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/1992, S.85

Henning Melber: Der Weißheit letzter Schluß. Rassismus und kolonialer Blick, Brandes und Apsel 1992, 160 Seiten, 22.80 DM



Das sechste Faltblatt in der Reihe **"Gentechnik und tropische Pflanzen "** ist erschienen. Am Beispiel des Kakaos wird dargestellt, welche sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen die moderne Biotechnologie für die Landwirtschaft und die KleinbäuerInnen vor allem in den westafrikanischen Erzeugerländern haben wird. Ein weiteres Thema ist der Zugriff der großen Saatgutunternehmen auf die biologische Vielfalt der Länder des Südens. Das Fazit: Die neue 'gentechnische Revolution' bringt vor allem eines: neue Abhängigkeiten.

Wer Lust auf mehr Information zu dem brisanten und sicher immer wichtiger werdenden Verhältnis von Gentechnologie und 'Dritter Welt' bekommen hat, sollte in das Taschenbuch "Das grüne Gold" der Gene schauen. Ähnlich wie in den 60er Jahren, als mit neuen ertragreichen Sorten v.a. beim Getreide die 'Grüne Revolution' propagiert wurde, versprechen Gentechniker heute von Superpflanzen aus der Retorte das Blaue vom Himmel. Public Relation-Strategen der Hersteller prophezeien das Ende des Hungers, ja die Lösung der Probleme in den Ländern des Südens. Daß dem nicht so ist, wird faktenreich analysiert. Unter den Überschriften, "Wer beherrscht den Genpool?" und "Von der genetischen Vielfalt zur genetischen Einfalt" wird das heutige Verhältnis von Entwicklung und Technologieabhängigkeit aufgeschlüsselt.

Kakao, Faltblatt zu der Kampagne: Essen aus dem Genlabor? - Natürlich nicht! Pro Stück 0,30 DM, 100 Stück kosten 20,-DM (zuzüglich Versand) Bezug: Gen-ethisches Netzwerk e.V., Winterfeldstr. 3, 1000 Berlin 30

Joachim Spangenberg: Das grüne Gold der Gene. Vom Angriff der Gentechnik auf das Leben in der Dritten Welt, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1992, 264 S., DM 24,80



Zur Archäologie der Entwicklungsidee beinhaltet acht Essays von Wolfgang Sachs. In seinen Argumentationsfiguren legt Sachs die Grundmauern dieses 'Denkmals' einer vergangenen Epoche frei. "Die Idee der Entwicklung steht heute als geistige Ruine in der intellektuellen Landschaft. Es ist an der Zeit, sich an eine Archäologie dieser Idee zu machen". Sprachlich brillant und mit fachlicher Präzision singt er dem klassischen Entwicklungsbegriff das Requiem. Karikaturen von KünstlerInnen aus Ländern der 'Dritten Welt' verdeutlichen die Sackgasse, in der wir stehen.

Ebenfalls im IKO-Verlag erschien gerade das neueste **Jahrbuch Pädagogik: Dritte Welt**; diesmal mit dem Titel 'Umwelt und Entwicklung'. Es ist die Absicht der AutorInnen, die isolierten Diskurse von Evolution, Ökologie und Bildung wieder aneinanderzukoppeln. Die Beiträge sind in drei Schwerpunkte gegliedert und behandeln die Thematik theoretisch, konkret-exemplarisch und handlungsorientiert. Das Konzept spiegelt sich auch in der Wahl der Autoren wieder. So konnte u.a. Elmar Altvater (FU-Berlin), Carlos Ballesteros (UNAM, Mexico) und Heino Apel von der pädagogischen Arbeitsstelle der Volkshochschulen als Autoren gewonnen werden. Abgerundet wird das Jahrbuch durch literarische Texte zum Thema und eine kommentierte Auswahlbibliographie.

K. Friedrich Schade (Hrsg.), Wolfgang Sachs: Zur Archäologie der Entwicklungsidee, Acht Essays, IKO-Verlag, Frankfurt 1992, 110 S., DM 24,80

Egon Becker (Hrsg.): Umwelt und Entwicklung, Jahrbuch Pädagogik: Dritte Welt, IKO Verlag Frankfurt 1992, ca. 250 S., ca. DM 36,-



Soeben ist ein **Cuba-Sonderheft von TRIALOG, der Zeitschrift für das Planen und Bauen in Entwicklungsländern** erschienen. Neben Beiträgen von cubanischen und deutschen Autoren über aktuelle Architektur-Trends, Stadtentwicklung, ländliches Bauen und Wohnungsversorgung in Cuba enthält die Ausgabe als Beilage auch einen Architekturführer mit Stadtplan zu 327 Architekturdenkmälern Havannas. Das Interesse an Cuba ist in den letzten Jahren in Fachkreisen gestiegen. Einer der Gründe für diese Entwicklung dürfte sein, daß Cuba für Stadt und Regionalplaner untypisch ist. Der von vielen für unvermeidbar gehaltene Metropolisierungs-Prozeß hat dort so nicht stattgefunden, und das Stadtbild wurde nicht von der Krake der Spekulation überzogen. Heute zwingt die prekäre Lage zur vorbehaltlosen Rückbesinnung auf eigene Ressourcen. Doch Not macht auch erfinderisch, treibt die Bürokraten aus ihren muffigen Stuben und fördert die Auseinandersetzung selbst mit unkonventionellen Vorschlägen. Aus dem Inhalt: Die 'Junge cubanische Architektur', eine Initiative stellt sich vor; Die Microbrigade der Kämpfer; Beobachtungen zu Wohnungsbau und Stadtteilsanierung in Bayamo; Der Plan Turquino; Ein Programm zur Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen in den Bergregionen Cubas..u.a.

'Phänomen Cuba' TRIALOG Nr. 33, München 1992, 60 S., DM 12,- Bezug: TRIALOG Versand, Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1



Die Eröffnung der Weltausstellung EXPO '92 am 20. April 1992 in Sevilla gehörte zum ersten Höhepunkt der spanischen Feierlichkeiten zum 500. Jahrestag der 'Entdeckung' Amerikas. Die Frage nach den Hintergründen der Auseinandersetzungen bzw. des Ausnahmezustands rund um

die EXPO war Anlaß für das Buch. Lateinamerikanische, spanische und deutsche AutorInnen beleuchten u.a. die Präsentation der 'Dritten Welt' und des Vatikans auf der EXPO, die Umstrukturierung in Andalusien und die Rolle Spaniens als neues/altes Scharnier zwischen Europa und Lateinamerika. Auch der Bezug zur geplanten EXPO 2000 in Hannover wird hergestellt. Zusammen mit den Olympischen Spielen in Barcelona und der 'Proklamation' Madrids zur Kulturhauptstadt Europas zeigt die EXPO das Marketingkonzept des spanischen Staates für seine Integration in den europäischen Binnenmarkt sowie die neue Rolle Spaniens als Brückenkopf der EG zu Lateinamerika und als Grenzpolizist gegenüber den Maghreb-Staaten.

Die Überschüsse des Buches werden für die Anwalts- und Prozeßkosten verwendet.

AutorInnenteam (Hrsg.) Fiesta Colonialista, Spanien, EG und die 500-Jahresfeiern, ISP Verlag, Köln 1992, 256 Seiten, DM 20,-



Gerhard Konzelmann gilt bei nicht wenigen als großer Kenner des Nahen Ostens. In seinen über zwanzig Sachbüchern hat er allerdings meist abgeschrieben bzw. abgekupfert, und das ohne jede Quellenangabe. Gernot Rotter, Professor für gegenwartsbezogene Orient-Wissenschaft an der Universität Hamburg, beweist dies im Detail. Er ist ein Betroffener, hat Konzelmann doch ganze Seiten aus seinen Veröffentlichungen übernommen. Es bleibt nicht beim Abschreiben. Perfid wurden Inhalte so verfälscht und ideologisch so umgebogen, daß es in die mit Vorurteilen gespickte eurozentristische Sichtweise von Konzelmann paßt. Die Wiederbelebung des Feindbildes Islam in Teilen der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit ist auf solchem Mist gewachsen. Der Beitrag von Rotter ist ein dringend notwendiger und guter Enthüllungsreißer, der in jedes Bücherregal sollte, in dem auch ein Konzelmann steht.

Gernot Rotter: Allahs Plagiator, Die publizistischen Raubzüge des 'Nahostexperten' Gerhard Konzelmann, Palmyra Verlag, Heidelberg 1992, 180 S., DM 26,80



Das Alternativseminar Nicaragua an der Universität Gießen hat eine Broschüre über **Nicaragua 1992** herausgegeben. "Nach insgesamt fünf Semestern legen wir nun Zeugnis über einen Teil unserer Arbeit ab", so die Autoren. Die Broschüre enthält drei längere Aufsätze: Zur Geschichte und Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Nicaragua von den Anfängen bis heute, zur Situation der Frauen und zur Entwicklung der Contra von 1979 bis heute sowie einen kurzen Beitrag zur Eisenbahn in Nicaragua. "Die vier Aufsätze sollen ein differenziertes Bild von Nicaragua skizzieren, die Vorgänge dort verdeutlichen und dazu dienen, daß die LeserInnen dieses Land ein Stück weit kennenlernen".

Die Broschüre (Din A 5, 66 S.) kann für DM 5.- (plus Porto) bestellt werden beim AStA der Universität Gießen, Otto-Behagel- Str. 25, 6300 Gießen.



Diskussionen über das Ende der Sowjetunion, den Umbruch im Osten, das Ende des Kalten Krieges und die Auseinandersetzung um die neue/alte Weltordnung leiteten die neunziger Jahre ein. In den meisten Ländern ist mittlerweile nach dem 'Völkerfrühling' die erste Depression eingetreten. Auf der koreanischen Halbinsel laufen die Uhren etwas anders. Ihre Teilung scheint das letzte noch intakte Relikt des Kalten Krieges. Gespräche zwischen Nord- und Südkorea, die auf eine Annäherung zielen, gibt es zwar mittlerweile, nur die Annäherung bleibt aus. Nach dem Fall der Mauer wird der deutschdeutsche Wiedervereinigungsprozeß unter Koreanern eifrig diskutiert. Unter dem Titel **Brücken oder Barrieren? - Die Wiedervereinigungsproblematik in Korea nach dem Ende der West-Ost-Blockkonfrontation** beschäftigt sich eine Sonderausgabe des **Korea Forum** mit dem Thema. Autor der Studie ist Rainer Werning.

Die Sonderausgabe (Din A 4, 36 S.) kann für DM 5.- (plus Porto) bestellt werden beim Korea Kommunikations- und Forschungszentrum, c/o FDI, Kommenderiestr. 41, 4500 Osnabrück.



Mit den Auswirkungen von Strukturanpassungsprogrammen (SAP) des IWF auf Frauen setzt sich eine Broschüre auseinander, die die Schweizer **Arbeitsgruppe Strukturanpassung und Frauen** kürzlich herausgebracht hat. Während bis vor einigen Jahren die Auswirkungen von IWF- und Weltbankpolitik ausschließlich "geschlechtsneutral" untersucht wurden, zeigen neuere Studien, daß Frauen z.B. von veränderten Produktionsbedingungen (Steigerung der Exportproduktion) in viel stärkerem Maß betroffen sind als Männer.

Doch die Arbeitsgruppe bleibt nicht bei der Beschreibung dieser Auswirkungen stehen. Mascha Madörin entlarvt in ihrem Beitrag die "in sich schlüssige, stringente, eindeutige Theorie der Wirtschaftswissenschaft" als Mythos. Selbst Wirtschaftswissenschaftlerin, zeigt sie auf, daß auch aus ökonomischen Gründen Strukturanpassungsprogramme unsinnig sind.

Die Sprache "makro-ökonomischer" Analysen und die sich dahinter verbergende Ideologie hat der Artikel von Gerlind Martin zum Thema: Durchsetzt von Worthülsen und Leerformeln behandeln sie Bruttosozialprodukte, Produktivität und Zahlungsbilanzen, sparen dabei aber die konkreten Menschen, geschlechtspezifische Arbeitsteilung und die gesamte soziale Reproduktion aus.

In weiteren Beiträgen werden die Auswirkungen und Inhalte von Strukturanpassungsprogrammen diskutiert, z.B. im Hinblick auf die Gesundheitsversorgung. Neben diesen Analysen stehen präzise Beobachtungen und Berichte von und über Frauen aus den Philippinen, aus Burkina Faso, Guinea, Bissau, Nigeria, Peru und andere mehr.

Von der Vernicht(s)ung der Frauen bietet auf 100 Seiten allgemeinverständliche aktuelle Informationen über die Wirtschaftspolitik und -theorie von IWF und Weltbank. Die Broschüre ist für 15 Fr./DM zu beziehen bei **Aktion Finanzplatz Schweiz - Dritte Welt, Mühlenmattstr. 31, CH - 3007 Bern oder BuKo, Nernstweg 32 - 34, D - 2000 Hamburg 50**



Der Terre de Femmes - Rundbrief berichtet regelmäßig über aktuelle weltweite Menschenrechtsverletzungen an Frauen. Dazu gehören z.B. Themen wie Bevölkerungspolitik, sexueller Mißbrauch und Gewalt an Frauen und Mädchen, Frauenhandel und Prostitutionstourismus.

Die neueste Ausgabe (2/92) der vierteljährlich erscheinenden Informationsschrift hat den Schwerpunkt **500 Jahre Rassismus und Sexismus - Frauen in Peru**, der u.a. über Basisinitiativen von Frauen in den Elendsvierteln und über Auswirkungen des Machismo berichtet.

Des weiteren bringt der Rundbrief Informationen über Fraueninitiativen und -aktionen in Bolivien, Uruguay, Türkei, Palästina.

Die 68 Seiten starke Broschüre kann einzeln (6,- DM) oder im Abo (25,- DM im Jahr) bezogen werden bei Terre de Femmes e.V., Postfach 2531, 7400 Tübingen

Afrikas Filmemacherinnen gründen Interessenvertretung

Alexandra Diah arbeitet an einem ganz besonderen Projekt. Sie schreibt am Skript des ersten ghanaischen Spielfilms, der ausnahmslos von Frauen produziert wird. Die Premiere soll auf dem ersten afrikanischen Festival der Filmemacherinnen stattfinden, das 1994 in Accra geplant ist. Planung und Realisierung dieses Projekts sind nur möglich, weil afrikanische Filmemacherinnen seit kurzem verstärkt kooperieren.

Die Idee zur Vereinigung afrikanischer Filmemacherinnen (AWiFAV) wurde 1991 geboren. Am Rande eines Filmfestivals kamen die ghanaische Regisseurin Afi Yakoubu und Flora M'Mbugu-Schelling (Tansania) überein, auf einer eigenen Veranstaltung ihre Vorstellungen von Filmproduktion zu diskutieren. Mit Hilfe der bundesdeutschen SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung kamen im Dezember 1991 dreißig Frauen aus Kamerun, Kenya, Südafrika, Tansania, Zimbabwe und Ghana in der ghanaischen Hauptstadt Accra zusammen und gründeten die panafrikanische Vereinigung von Filmemacherinnen.

Wie Flora M'Mbugu-Schelling schon im Rahmen des Filmfestivals in Ougadougou 1990 (Thema: 'Ehrung an die Frau im afrikanischen Film') festgestellt hatte, arbeiten viele Afrikanerinnen vor allem hinter der Kamera. Sie sehen sich zudem mit dem Problem der generell besseren Ausbildung der Männer und deren Übermacht im Bereich der Regie konfrontiert. Ein erster Schritt zur Stärkung der Interessenvertretung von Frauen war die Gründung der AWiFAV, die neben Spielfilmproduzentinnen auch Fernsehmitarbeiterinnen in ihre Reihen aufnimmt. Diese sitzen übrigens in weitaus größerer Zahl in verantwortlichen Positionen als dies bei den privatwirtschaftlich tätigen Filmschaffenden der Fall ist. Afi Yakoubu wurde zur Vorsitzenden der AWiFAV gewählt, zum Sitz der Vereinigung bestimmten die Frauen Accra.

Im April dieses Jahres stand Flora M'Mbugu-Schelling FilmstudentInnen in Augsburg Rede und Antwort. Es ging um die Allmacht der Verleiher, konkurrierende Billigimporte aus den USA, Europa, Hongkong und Indien und deren kulturzerstörende Wirkung, die Geldknappheit sowie die Angst der afrikanischen Machthaber vor der Kritik einheimischer Spielfilme.

Flora M'Mbugu-Schellings persönlich gehaltener Vortrag verdeutlichte die Probleme von Frauen im afrikanischen Filmgeschäft eindringlich. Egal, auf welches Festival in der Welt sie eingeladen werde, immer komme sie sich als eine der wenigen afrikanischen Regisseurinnen wie eine Exotin vor. Wahrscheinlich träfen fast alle Organisatoren die Auswahl nach dem Motto, eine Frau als Aushängeschild sei genug. Selbst beim alljährlichen Festival FESPACO in Ougadougou (Burkina Faso) spielten Frauen lediglich auf der Leinwand eine Rolle und dort auch regelmäßig einen tradierten Part. Afrikanische Filmemacherinnen wollten hingegen ihre differenzierte Sichtweise verstärkt darstellen.

Momentan beschäftigen sich die Frauen mit der Ausarbeitung der Satzung, der Registrierung und Etablierung nationaler Vereinigungen von AWiFAV. In Ghana ist der nationale Zweig sehr aktiv (Versammlungen im 14-tägigem Abstand), in Tansania ist er gerade in der Gründungsphase. AWiFAV wendet sich auch über die Grenzen des Kontinents hinaus an afrikanische Filmemacherinnen. Ob sie in London, Paris oder New York leben, die Schwierigkeiten bezüglich Weiterbildung und Geldbeschaffung für ihre Projekte bleiben sich gleich.

Flora M'Mbugu-Schelling schloß die Diskussion in Augsburg mit den Worten: "Ich wünsche mir, es gäbe eine Schule zum Erlernen des notwendigsten Handwerks: Filmrecht, Vertragswesen, Produktmanagement, finanzielle Risikobegrenzung, Sponsoring." Und sie fügte hinzu: "Wir müssen mehr Frauen in verantwortliche Positionen wie Regie und Verleih lancieren".

Michael Tonfeld

Der Schatz im Silberfluß

Pünktlich zum 500. Jahr der Eroberung Amerikas enthüllt der Rio de La Plata (Uruguay), der "Fluß des Silbers", einen seiner bestgehüteten Schätze: einen Goldfund von sagenhaftem Ausmaß. Vor einem der Strände Montevideos steigen Taucher mit modernster Ausrüstung in die süß-salzigen Fluten, um den Schatz der vor genau 200 Jahren gesunkenen Galeone "El Preciado" (Der Wertvolle) zu bergen. Schon vor über hundert Jahren suchte man ihn systematisch, jetzt hat ihn ein südamerikanischer Schliemann namens Ruben Collado entdeckt. Ein streng bewachter Konvoi fährt jede Woche einmal unter einem publikumswirksamen Orchester von Martinshörnern die von Spaziergängern gesäumte Küstenpromenade entlang, um die Fundstücke unter staatliche Obhut zu bringen. Die bislang gehobenen Golddukaten, die Gold- und Silberbarren sind schätzungsweise acht Millionen US-Dollar wert. Die Tageszeitungen Uruguays überschlagen sich in Spekulationen über die Höhe des neuen Reichtums: Er sei der fünftgrößte aller jemals gesunkenen Schätze, wird da gesagt, der Wert könne sich ohne weiteres auf 600-700 Millionen US-Dollar belaufen; Ruben Collado spricht von weit über 400 Millionen Dollar.

Ein solches "El Dorado" hat die politischen Wellen hochschlagen lassen: Das Gold reiche zur Begleichung eines wesentlichen Teiles der Auslandsschulden des Landes (2,5 Milliarden US-$), lassen sich die Pragmatiker vernehmen, die vielleicht nicht wissen, daß der Staat nur 50% der Summe erhält - die anderen 50% gehen laut Konzessionsvertrag an Entdecker und Schürffirma.

Unser Gold bleibt hier!, rufen die Nationalisten, denen nach Jahrhunderten der Unterdrückung durch Spanier und Engländer diese Entdeckung wie ein Fingerzeig göttlicher Gerechtigkeit erscheinen mag.

Prompt wurde eine parteipolitisch ausgeglichene Kommission einberufen, die mit der Planung eines Museums beginnen soll. Die Nationalisten übersehen allerdings, daß es nicht uruguayisches Gold ist, das dort sank, sondern bolivianisches, vielleicht argentinisches.

Anderen Politikern wiederum sitzt das Gespenst des hochdefizitären Sozial- und Gesundheitssystems im Nacken, dessen Fehlbetrag jährlich hundert Millionen Dollar übersteigt. Was liegt näher als die Hand im Namen der Bedürftigen und Schwachen nach dem Schatz auszustrecken? Einen weiteren Ball ins Spiel geworfen hat Gemeindevorsteher Luis Sosa aus einer Provinz im Landesinneren: "Wir Gemeindevorsteher sind ehrenamtlich tätig und arbeiten ebensoviel, wenn nicht sogar mehr als bezahlte Politiker. Jeder Vorsteher (insgesamt sind es 589) und auch ihre Stellvertreter sollten als Anerkennung für ihre Leistungen einen der Golddukaten bekommen. Und wenn nicht genug Münzen da sind, kann man sie ja in der Mitte durchschneiden." Sosa hat sich derweil mit allen Gemeindevorstehern Uruguays in Verbindung gesetzt.

Von weniger interessierter Seite kommen miesepetrige, den politischen Diskurs jedoch nur vorrübergehend irritierende Bedenken: Collado sei Kampftaucher der argentinischen Marine gewesen und stehe rechtsradikalen Kreisen nahe; die Konzessionserteilung, die noch zur Militärzeit stattfand, sei schwammig und unsauber über die Bühne gegangen; das Gefundene gehorche leider dem Gesetz von Nachfrage und Angebot, je mehr Golddukaten gefunden würden, desto geringer sei ihr (Sammler-) Wert pro Stück.

Am schwersten aber wiegen Verdachtsmomente, daß nicht "El Preciado" gefunden wurde, sondern ein anderes Schiff weit geringeren Wertes, dessen Goldvorkommen jederzeit erschöpft sein könne. Schlimmer noch: Man arggewöhnt, es gebe "El Preciado" in Wirklichkeit überhaupt nicht, vielmehr habe Collado selbst den legendären Namen aufgegriffen, um den Auktionswert der Funde zu steigern. Wahrscheinlich handle es sich um ein Schiffswrack, das bereits bekannt gewesen sei und das nun mit Hilfe moderner Methoden ausgebeutet werde.

Dessen ungeachtet wird in Uruguay der Traum vom Gold der spanischen Conquistadores weitergeträumt. Zusammen mit der fieberhaften Hektik bei der Verteilung des "El Preciado" ist nun auch noch ein neues Suchfieber ausgebrochen: Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichen Listen und Schatzkarten (mit Ortsangabe) mit mindestens sieben weiteren vor der uruguayischen Küste versunkenen spanischen Galeonen. Wer sich auf diese Angaben verläßt, ist vor unliebsamen Überraschungen allerdings nicht sicher . Da ist z. B. in einer Zeitung von der "Nuestra Señora de Loreto" die Rede, die ebenfalls vor 200 Jahren sank. 4000 Cognacflaschen und mehrere Tonnen Quecksilber an Bord warten demnach nur darauf, gehoben zu werden. Wer ins Nationalmuseum geht, wird aber feststellen müssen, daß der Schatz der "Loreto" bereits 1893 gehoben wurde. Wertvollste Funde: ein Tintenfaß, die Metallknöpfe einer Uniform und ein Paar Seidenstrümpfe.

Wolfram Klein, Montevideo

Delegation will Situation von Roma in Makedonien untersuchen

Sie sind längst von den Titelseiten der bundesdeutschen Presseorgane verschwunden. Romafamilien aus Skopje (Jugoslawien, heute Makedonien). Mit ihrem Bettelmarsch hatten sie auf ihre bevorstehenden Abschiebungen aufmerksam gemacht und versucht, das nordrheinwestfälische Innenministerium zu bewegen, ihnen eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen. Dies gelang ihnen jedoch nicht. Das Ministerium zog ein Reintegrationsprogramm aus der Tasche, das die Roma dazu bewegen sollte, 'freiwillig' in ihre 'Heimat' zurückzukehren. Teil des Reintegrationsprogramms ist der Bau von Unterkünften in Skopje mit Geld aus Nordrhein-Westfalen. Denjenigen, die am Reintegrationsprogramm nicht teilnehmen wollten, blieb als Alternative nur die Abschiebung. Bisher entschieden sich 600 der ursprünglich 1400 betroffenen Roma zur freiwilligen Rückwanderung (Stand 1.7.92, Information des NRW- Innenministeriums). Mittlerweile existiert ein unabhängiger Staat Makedonien, in dessen Verfassung die Rechte der Roma stärkere Berücksichtigung finden. Die gesellschaftliche Situation entspricht allerdings nicht den Verfassungsartikeln. Makedonische Roma berichten über gewalttätige Angriffe hauptsächlich von Gruppen albanischer Nationalität. Schutz von Seiten des makedonischen Staates sei nicht gewährleistet. Besonders im Grenzgebiet zum Kosovo könne von regelrechten Vertreibungen gesprochen werden. Das Auswärtige Amt, das als Informationsquelle bei Fragen der Asylanerkennung herangezogen wird, nimmt von diesen Vorgängen keine Notiz. Es stützt sich weiterhin auf die Aussagen offizieller Stellen in Belgrad(!). Den Berichten der Romafamilien wird kein Glauben geschenkt, weitere Informationen sind nicht zugänglich. Deshalb will sich das Flüchtlingsbüro in Paderborn zu einer Reise nach Makedonien aufmachen, um den Informationsfluß zu verbessern. Wer aktuelle und genaue Angaben über die Situation der Roma in Makedonien machen bzw. die Reise des Flüchtlingsbüros unterstützen kann, die/der melde sich beim Flüchtlingsbüro Paderborn bzw. überweise Geld mit dem Hinweis 'Makedonien' auf das Konto (Kto-Nr.8603973000, BLZ 472 601) bei der Volksbank Paderborn.

Adresse:
Völkerverständigungszentrum e.V.
Flüchtlingsbüro
An den Kapuzinen 10
4790 Paderborn
Tel.: 05251/22 21 2

Die Dritte Welt und Wir

Unter diesem Titel findet vom 5.-8.Oktober 1992 ein Kongreß in Osnabrück statt, der Bilanz ziehen möchte, nach über zwanzig Jahren entwicklungspolitischem Engagement in der Bundesrepublik. Ziel des Kongresses ist es, Entwicklungsländerforschern und entwicklungspolitischen Praktikern die Möglichkeit zum Austausch zu geben.

Auftakt des Kongresses bildet eine öffentliche Podiumsdiskussion zum Thema: "Hat Entwicklung ein Ziel und wenn ja, welches?". Teilnehmer sind Elmar Altvater, Jean Ziegler, Heinz Rudolf Sonntag (Caracas) und Ministerialrat van de Sand vom BMZ. Angefragt ist außerdem die Benediktinerin Bernadita Bernas von den Philippinen.

Am Dienstag, den 6.10. wird in zehn parallel laufenden Arbeitsgruppen das breite Spektrum der Nord-Süd-Probleme abgedeckt. Die AGs werden von kompetenten Menschen geleitet wie Tatjana Chahoud und Otto Kreye (Weltwirtschaft), Clarita Müller-Plantenberg und Ingomar Hauchler (Umweltfragen), Urs Müller-Plantenberg und Barbara Töpper (Demokratisierung), um nur einige herauszugreifen.

Mittwoch Vormittag werden nochmals in Arbeitsgruppen 'Handlungsspielräume und Handlungsstrategien' diskutiert, auch hier unter Zuhilfenahme von erfahrenen Expertinnen und Experten wie beispielsweise Ilse Lenz und Barbara Unmüßig (Neue soziale Bewegungen) Rainer Tetzlaff und Stefan Brüne (LDCs in Schwarzafrika). Mittwoch Nachmittag wird die kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Osnabrück vorgestellt. Schwerpunkt ist die Arbeit des Aktionszentrums Dritte Welt und von terre des hommes, dessen Bundesgeschäftsstelle sich in Osnabrück befindet.

Programm und Anmeldeunterlagen können unter der Telefonnummer 0541/969-4616 oder 4150 oder schriftlich bei der

Arbeitsgruppe Sozialökonomie und Kultur der Dritten Welt
FB 1 der Universität Osnabrück
Postfach 4469, 4500 Osnabrück
angefordert werden.

Folter in indischen Polizeistationen an der Tagesordnung

Bevor in Indien Polizisten für von ihnen verübte illegale Handlungen bestraft werden, müssen öffentliche Demonstrationen und lautstarke Proteste in den Parlamenten organisiert werden. Häufig besteht die einzige Maßnahme, die getroffen wird, in der Versetzung (des beschuldigten Polizisten). Anschließend wird der Fall von seinem Vorgesetzten unter den Tisch gekehrt." Dieses Zitat von M.N. Buch aus dem Indian Express vom Mai 1988 gilt bis heute, wie der Bericht von amnesty international zu 'Indien - Folter, Vergewaltigung, Todesfälle in Haft' vom März 1992 belegt. Amnesty registrierte für den Zeitraum vom 1.Januar 1985 bis 1.November 1991 415 Todesfälle in Gewahrsam der Sicherheitskräfte. Diese Todesfälle sind Ausdruck für die häufige Anwendung von Folter in Gefängnissen und auf Polizeistationen. Zwei 'Motive' veranlassen indische Sicherheitskräfte, Foltermethoden anzuwenden. Zum einen stehen sie oft unter dem Druck ihrer Vorgesetzten, möglichst schnell Täter zu liefern. Dazu scheinen unter Folter erpreßte Geständnisse ein geeignetes Mittel. Zum anderen werden in einigen indischen Bundesstaaten von Regierungsseite Polizisten zur Bekämpfung politischer Gegner eingesetzt. Von den Ordnungskräften werden dann, aus parteitaktischen Überlegungen, Erfolge um jeden Preis verlangt.
"Die Mehrzahl der Folteropfer sind Angehörige niederer Kasten und Stammesangehörige; weibliche Mitglieder von Stammesvölkern, die im Nordosten Indiens ansässig sind; Wanderarbeiter und landlose Arbeiter. Viele derjenigen, die zu Tode gefoltert wurden, sind niemals einer Straftat angeklagt worden. Andere Bürger haben ihr Leben unter der Folter verloren, nachdem man sie wegen ihrer politischen Überzeugungen verhaftet hatte oder nachdem sie im Zusammenhang mit den vornehmlich im Nordosten Indiens, in Dschammu und Kaschmir sowie in Punjab herrschenden bewaffneten Auseinandersetzungen festgenommen worden waren" (Indien...S.10).

Das In-Dienst-Nehmen der Polizei durch staatliche Instanzen könnte eine Erklärung dafür bieten, weshalb die indische Zentralregierung vehement jegliche Foltervorwürfe zurückweist und Berichte über Todesfälle in indischen Gefängnissen/Polizeistationen als staatlicherseits nicht verhinderbare Einzelfälle bagatellisiert. Daß die Regierung nicht gewillt ist, Folterungen und Todesfälle systematisch zu verhindern, zeigt die Weigerung der indischen Regierung den Vorschlag indischer Bürgerrechtsbewegungen in die Tat umzusetzen, bei Todesfällen oder Fällen schwerer Körperverletzung in Haft gerichtliche Ermittlungen zwingend vorzuschreiben. So kommt die Menschenrechtsorganisation amnesty in ihrem Bericht zu dem Schluß: "Die derzeitige Regierung und ihre Amtvorgängerinnen tragen in vollem Umfang Verantwortung dafür, daß in Indien Folterungen und Vergewaltigungen in Haft weiterhin an der Tagesordnung sind und alljährlich zahlreiche Menschenleben fordern. Ihnen ist vorzuwerfen, daß sie die Folterproblematik als nicht existent beiseite geschoben und Folterhandlungen nicht ausdrücklich verurteilt haben; daß sie nicht für eine angemessene Ausbildung und Ausstattung der Polizei Sorge getragen haben; daß sie weder die strikte Beachtung gesetzlicher Schutzvorkehrungen noch die konsequente Durchführung von Ermittlungen zur Aufklärung von Vorwürfen über Menschenrechtsverletzungen sichergestellt haben; daß mit ihrem Einverständnis und bisweilen sogar mit ihrer Mitwirkung Verstöße gegen die Menschenrechte von der Polizei und anderen Behörden vertuscht worden sind; daß die für Übergriffe Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen und die Opfer nicht in angemessener Weise entschädigt worden sind" (Indien...S.16). Ans Tageslicht gelangen die Folterungen und Todesfälle regelmäßig. Zeitungen und vor allem Bürgervereinigungen machen Menschenrechtsverletzungen publik und setzen sich für die Opfer staatlicher Gewalt ein. Amnesty hat sich bei dem Bericht stark auf diese Quellen gestützt und zusätzlich Dokumente von Betroffenen ausgewertet. Dies konnte allerdings nicht öffentlich in Indien geschehen, denn die indische Regierung läßt seit 1984 keine ai-Delegationen mehr in das Land. Sie hält deren Arbeit für eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Indiens. Der Bericht von amnesty ist als Taschenbuch erschienen (148 Seiten, 8.-DM) und kann bei folgender Adresse bestellt werden:

amnesty international
Postfach 17 02 29
5300 Bonn 1

Betr. "Putsch für die Demokratie" von Hartmut Elsenhans, blätter des iz3w Nr. 182, S. 35 ff.

Da bricht wieder einmal echte Kreuzzugstimmung durch: „Der islamische Fundamentalismus bildet..... den Gegenpol zu unserer Kultur und den Gegner, mit dem wir seit der Konstitution des mittelalterlichen Europas in Konflikt über die Kontrolle der für uns (!!) strategisch wichtigen Gebiete im Süden und Osten liegen. Dieser Gegner .... bestreitet die Weltgeltung des europäischen Modells von Gesellschaft und Politik .... ". Also auf zur Verteidigung der abendländischen Kultur? Oder besser vielleicht zum Machtkampf um die Weltherrschaft? Wie sind denn wir selbst mit dem Erbe der Aufklärung umgegangen, vor allem der Toleranz? Da ist nicht mehr allzuviel verteidigungswert.

Jeder Machtkampf endet unweigerlich mit der Tyrannei des Siegers, nicht mit 'Demokratie'. Vielleicht war's nicht ganz so schlimm gemeint wie hingeschrieben, doch war der Verfasser zumindest sehr sorglos in der Wahl seiner Worte. Und die stammen ausgerechnet aus einer Zeitschrift, die den Titel 'Frieden' führt. Der algerische Putsch sollte also den 'Rechtsstaat' (was immer das sein soll) retten? Das ist der Rechtfertigungsversuch aller Diktatoren von Franco bis Pinochet. Machtbesessene haben wirklich kein anderes Instrumentarium als das der Gewalt, da gibt es für sie denn auch keine andere Wahl als die zwischen Pest und Cholera.

Elsenhans meint, wenn 1933 die deutsche Reichsregierung ebenfalls die Verfassung außer Kraft gesetzt hätte, wäre das Naziregime vermeidbar gewesen. Das stimmt wohl nicht. Erstens war die Weimarer Republik durch und durch verfault; zweitens hatte die Regierung ohnehin die Möglichkeit der Ausnahmegesetze, aber gegen Hitler wenigstens wollte sie sie gar nicht anwenden, sie brauchte ihn, weil sie sich selbst nicht in der Lage sah 'Ordnung zu schaffen', die von ihr gewünschte Ordnung. Daß ihr Hitler über den Kopf wuchs, war ihre Fehlkalkulation.

Da wird von Eliten geredet, die versagt hätten. Mit dem Ausdruck Elite (Auswahl der Besten) sollte man behutsam umgehen. In Wirklichkeit handelt es sich in aller Regel um das Establishment. Eine Elite zu sein, konnten allenfalls die Männer des 20. Juli für sich in Anspruch nehmen. Man kann sie aber auch als reine Toren sehen.

Stefan Kafka

Betrifft Tagungsbericht 'Cuba-Solidaritätskongreß' in blätter des iz3w Nr. 182, S. 51

Daß der Cuba-Solidaritätskongreß Ende Mai in Bonn in allen Medien von FAZ bis taz mit Nichterwähnung bedacht wurde, ist bedauerlich, steht aber in der Konsequenz der gesamten Berichterstattung, wie sie hier zu Cuba gepflegt wird. Unverständlich erscheint allerdings, wenn auch Publikationen wie die "Blätter" den Kongreß polemisch als ein "Treffen von 'Linken', die aus dem Zusammenbruch des Realsozialismus nichts gelernt haben" abqualifizieren, anstatt sich mit den Inhalten dieser Veranstaltung auseinanderzusetzen.

Titel dieser Zusammenkunft von rund 1000 Leuten aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen war "Solidarität mit Cuba". Im Gegensatz zum Autor der "Blätter" dürften so die meisten TeilnehmerInnen weniger nach Bonn gefahren sei, um "etwas über die Lösung gesellschaftlicher und politischer Widersprüche auf der Karibikinsel zu erfahren", sondern sich vielmehr über die imperialistischen Aggressionen zu informieren, die diese Widersprüche zu einem guten Teil produzieren.

Es ist schlichtweg falsch, wenn der Autor in seinem Bericht behauptet, auf dem Kongreß sei es "ausschließlich um die Erfolge der 'cubanischen Revolution' und um die Geschlossenheit von Volk und Partei" gegangen. Richtig ist, daß einige RednerInnen den "sozialen Frieden, die Alphabetisierung, den hohen Grad an gesundheitlicher Versorgung, die Chancengleichheit und Qualifizierung in Schule, Studium und Beruf sowie die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Frau und Mann und Schwarz und Weiß" für erwähnenswert befanden. Das hat wohl angesichts der Verhältnisse in allen anderen Ländern des lateinamerikanischen Kontinents auch eine gewisse Berechtigung. Im Vordergrund des Kongresses standen jedoch Beiträge, die sich mit dem Wirtschaftskrieg der USA, der EG-Politik und dem Verhalten der Bundesrepublik gegen Cuba auseinandersetzten. Ein zweiter Themenschwerpunkt war die Frage nach den Möglichkeiten von politischer und praktischer Solidariät mit Cuba.

Die Auseinandersetzung mit dem politischen und ökonomischen Würgegriff, in dem sich Cuba befindet, ist auch ganz sinnvoll, vor allem, wenn mensch sich Gedanken über die Gründe machen will, warum die cubanische Gesellschaft "ständig Versorgungslücken produziert". Vielleicht gelingt es Leuten, die sich "einen kleinen Teil ihrer gesellschaftlichen Ideale zu bewahren" wußten einfacher, sich mit einem Land solidarisch zu zeigen, ohne vorher die Erfüllung der eigenen Ideen von gesellschaftlicher Emanzipation einzuklagen.

Es sei dahingestellt, ob das ein "so offensichtlich falsche(s) Bewußtsein" ist, wie der Autor attestiert. Ebenso, ob damit "dem cubanischen Volk (...) mit Sicherheit nur ein Bärendienst erwiesen" wird. Wir fragen uns, woher der Autor diese Sicherheit nimmt. Ein Fall von Metropolenarroganz? Daß jegliche Unterstützung des Inselstaates die Leiden der Bevölkerung nur verlängere, ist eigentlich ein beliebtes Argument der Exil-Cubanischen-Gemeinde in Florida. Aber die hatten ja auch schon immer ein klares Bewußtsein dieser "total verstaatlichten Gesellschaft mit autoritärem Parteikult" gegenüber.

(Alle Zitate stammen aus dem genannten Artikel)

Laura, Andreas

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 163/64
UNCED-Konferenz in Rio: Claudia Bernhard: Melancholie bei dreißig Grad * C. Bernhard: Nichtregierungsorganisationen - Global Chaos * Abschlußerklärung deutscher NROs * C. Bernhard: Ökologischer Postfeminismus * Das Frauen-Treaty * Textgalerie zu Ökologie * 16. BUKO-Kongreß in Stuttgart: Diskussionen, Vorträge, Ergebnisse: Reinhart Kößler: Ansätze internationaler Solidarität in den neunziger Jahren * AG 13: "Ethno-Konflikte", "Verteilungskämpfe" überall... * Arbeitsgruppen-Ergebnisse * Plenumsdiskussionen: BUKO-Struktur * Frauenplenum * Resolutionen * LeserInnenbriefe zum Kongreß * Anna Guadeloupe Martinez: Die FMNL hat ihre revolutionären Ideale nicht verraten * Rayen Kvych: Man vertraut Menschen nicht, die gut denken, aber nichts tun.
Bezug: Redaktion FORUM, Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/325156, FAX: 0421/3378177. (Bitte DM 8,- in Briefmarken beilegen).

Lateinamerika Nachrichten Nr. 217/218
Nachruf auf Atahualpa Yupanqui / 500 Jahre und die Bundespost * Nicaragua - Nicht die Homosexuellen sind pervers... / Dokumentation: "Das repressivste Gesetz Lateinamerikas / Verwirrung um US-Finanzstopp * Argentinien - Brücke zur Vergangenheit - Mütter der Plaza de Mayo * Haiti - Mr. Clean, Mrs. Washington und Mr. Broker / Rezension: Im Lichte von Pé Titid * Peru - Am Rand - Momentaufnahmen aus Villa El Salvador / Auffällig unauffällig - Die alteingesessenen Zugewanderten aus San Luis * El Salvador - Die Guerilla wird Partei * Venezuela - Auf dem Weg zum nächsten Putsch? * UNCED/ Ökologie - Wohlklang jenseits des Theaterdonners - zur Gegenkonferenz / Gewerkschaften und NROs in Rio / Castro der Öko-Gewinner / Frauen: Analyse vom anderen Planeten / Die Artenvielfalt verstehen und nützen / USA in Rio - viel Feind, viel Ehr' / Costa Rica: Regenwaldausbeutung zum Niedrigstpreis / Der Globale Umweltfond * Brasilien - Collorgate * Peru / Bolivien / Kolumbien: Gefängnisse - Auf dem Weg zur Hölle * Chile - Amputation oder Exitus? Krise im Kohlerevier * Wandmalprojekt Lateinamerika / Europa - Kunst und Widerstand * Berlin / Fotoausstellung - El Salvador zwischen Krieg und Frieden * Solidarität - Fairer Kleinbauernkaffee - eine Stellungnahme und : INDEX des 19. Jahrgangs der LN
Doppelheft: DM 6,50,- Einzelheft: DM 5,-/ Jahresabo: DM 55,-
Bezug: Lateinamerika Nachrichten Vertrieb, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61 Tel. 030/6946100 Fax 030/6926590

Kolumbien Rundbrief Nr. 26, April 1992
Schwerpunktthema: Frauen in Kolumbien - Kolumbianerinnen in der BRD: Die Frauenbewegung in Kolumbien - einige Eindrücke im Frühjahr 1992 * Frauen in der Überlebenswirtschaft * Im Kampf um die Arbeitsplätze der Männer - Frauen von Stahlarbeitern organisieren und politisieren sich * Blumenarbeiterinnen der Sabana de Bogotá sagen aus * Schwarze Frauen an der kolumbianischen Pazifikküste kämpfen gegen Diskriminierung und wirtschaftliche Ausbeutung * "Vom Recht auf Liebe und Politik" - Interview mit einer Aktivistin der indígena-Bewegung * Erklärung der indígena-Frauen zur neuen Verfassung * Kolumbianische Drogenkurierinnen in deutschen Gefängnissen * Bericht zum Kolumbien-Frauenseminar * Zur Diskriminierung von AusländerInnen - Analyse einer kolumbianischen Studentin in der BRD * Eindrücke einer kolumbianischen Mutter in der BRD

Preis: einzeln DM 5,- incl. Porto, Jahresabo DM 20,-, Schnupper-Angebot: 3 Ausgaben DM 10,-
Bezug: Kolumbiengruppe e.V., Postfach 1347, 7440 Nürtingen, Tel. 07022/36242

Brasilien - Rundbrief Nr. 42, 1/92 - März 1992
Schwerpunkt: Kirche - Der Papstbesuch in Brasilien * Eine Stimme, die nicht schweigt - Interview mit L. Boff * Leonardo Boff: Autoritärer Sozialismus und Theologie der Befreiung
Einzelheft: 5,- DM / Jahresabo 20,- DM
Bezug: Brasilien Initiative, In den Weihermatten 27, 7800 Freiburg

---

EPK Heft 2/92 Entwicklungspolitik wohin?
Das heutige Entwicklungsdilemma oder von der Notwendigkeit eines neuen Grundkonsenses über die Grenzen unserer Ansprüche * Nichtregierungsorganisationen - Neue Hoffnungsträger der internationalen Entwicklungspolitik? * Die Süd-NRO - Funktionalisierter Partner der Nord-NRO? * Entwicklungspolitik unter neuen Prämissen * Die BR Deutschland in IWF, Weltbank und Pariser Club * "Freiheit, Glück und Wohlstand" - US-amerikanische Außenpolitik in Afrika * Im Dschungel der Institutionen: Entwicklungspolitische Organisationen im Überblick * Die Protagonisten der deutschen Entwicklungshilfe - Das BMZ im Rückblick * Jedem sein Projekt - Entwicklungspolitik der Bundeländer * Sind unsere Utopien noch tauglich? * Einmischung in die Politik - Entwicklungspolitisches Lobbying * Rezension: Gustavo Esteva, Fiesta. Jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik * EPK-didaktisch: Entwicklungspolitik - Anregungen für den Unterricht
Bezug: EPK, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/3905221
Preis: DM 6,- (im ABO DM 24,- pro Jahr, Institutionen DM 40,-)

Freire-Brief: Rundbrief bewußt: päd: 52/53-92:
"500 Jahre Kolonisierung und Widerstand in Lateinamerika - Der Beitrag der befreienden Pädagogik zur Überwindung kolonialer Strukturen"
Aus dem Inhalt:
Traditionelle Erziehung / Kolumbus und die Pädagogik / Die Volkserziehung in Lateinamerika / Indigene Erziehung für die Amazonasvölker / Indioemanzipation und Volksorganisationen / Internationale Diskussion zur Methodologie in der befreienden Pädagogik / Neue Wege in der Friedenspädagogik / INCA, Jesus und die Schule - eine Geschichte aus Peru / Rassismus - was hat das mit uns zu tun? / Kontinentale Versammlung der kirchl. Basisgruppen in Lateinamerika
Bezug: Jahresabo 10,- DM / Heft 52/53 5,- DM bei AG SPAK, Adlzreiterstr. 23, 8 München 2

Dritte Welt, Nr. 5/Mai 1992
Schwerpunkt: Zentralasien
Zentralasien: Rohstoffkolonien oder neue Industriestaaten? * Aral - so schlimm wie Tschernobyl * Der Islam - Sprengsatz in Mittelasien * Graue Wölfe nach Samarkand * "Heiliger Krieg" in Chinas Alaska? * Afghanistan - Basar der Möglichkeiten * Rezension: Rußlands Dritte Welt * Urugay: Frente Amplio im Aufwärtstrend * Chile - Kein Modell, aber ein Lehrstück * Wahlen in Kamerun: Verpaße Chancen? * Kontroverse: Hat die Dritte Welt eine Perspektive? * Philippinen: "People Power" oder die Vertagung des letzten Gefechts * Indien: Die Shiv Sena in Bombay * Interview mit B. Thackerey: "Mit den Moslems ist das anders" * Türkei: Partner - Komplizen * Stichwort: Opus Dei*
Einzelpreis 6,50 DM; ABO 60,- DM; Bezug: Dritte Welt, Liebigstr. 46, 3550 Marburg.

---

ila 156, Juni 1992
In Weiterentwicklung des Grundlagenheftes zu "500 Jahre Kontinuitäten kolonialistischer Politik" (ila 148, Sept. 91) behandelt die Juni-ila das Thema "Reparationen für 500 Jahre kolonialistische Politik". Eine in den betroffenen Ländern des Südens begonnene Diskussion wird hier erstmals zusammengefaßt und in die bundesdeutsche Diskussion eingebracht. An Länder- bzw. Fallbeispielen aus Peru, Chile, Brasilien, Nicaragua und Namibia wird exemplarisch festgemacht, welche Aspekte in dieses Thema einfließen sowie die Reparationsforderung völkerrechtlich beleuchtet. Außerdem stellt sich die Kampagne zur Rückgabe der geraubten Kulturgüter vor.
Weitere Berichte zu El Salvador, zu politischen Krise in Venezuela, zum indigenen Widerstand in Ecuador, zum 16. BUKO in Stuttgart, ein Inteview mit Rosalina Tuyuc von der guatemalekischen Witwenorganisation CONAVIGUA sowie zwei Diskussionsbeiträge zum "neuen Boom der Indianerstämme" und zum linken Umgang mit der Repression in Cuba.
72 Seiten, Einzelpreis 6,- DM, Abo 50,- DM, Bezug: ila, Heerstraße 205, 5300 Bonn 1 (Der Schwerpunkt "Reparationen" ist auch als 36seitiger Sonderdruck zum Preis von 4,- DM erhältlich).

Sago-Bolivien Informationsheft Nr. 70
Mordaffäre Huanchaca neu aufgerollt * Lehrerstreik und soziale Grenzen der bolivianischen Wirtschaft * Walter Guevara Arze: Grenzen der Demokratie in der Dritten Welt * Aucopaanc: Eine Hochland-Dorfgemeinschaft auf dem Weg in die Zukunft * Rezension: Das Ende der Utopien? Reflexionen über Christentum und Sozialismus nach dem Zusammenbruch des Ostens
Bezug: Bolivia Sago Informationszentrum; Kottbuser Damm 101, 1000 Berlin 61, Preis: Einzelheft DM 3,-; Jahresabo ab DM 18,-

Volker Matties, **Kreuzzug oder Dialog;** J.H.W. Dietz Nachf. Verlag, In der Raste 2 in 5300 Bonn 1; Juni 1992; 176 Seiten, DM 19,80

Thomas Hax/Siegfried Pater, **Hungern für den Weltmarkt**, explizit Nr. 41; Horlemann Verlag, Lohfelderstr. 14 in 5340 Bad Honnef; Mai 1992, 52 Seiten, DM 12,-

Hayo Hayunga/Christine Wittstock, **Regenwälder,** explizit Nr. 43; Horlemann Verlag, Lohfelderstr. 14 in Bad Honnef; Mai 1992, 52 Seiten, DM 12,-

Peter Klein, **Die Illusionen von 1917**; Horlemann Verlag, Lohfelderstr.14 in Bad Honnef; Juni 1992, 201 Seiten, DM 24,-

Frauenkollektiv (Hrsg.), Frauen gegen Kolonialismus, **!BASTA!;** Edition ID-Archiv, Schliermannstr. 23 in O-1053 Berlin; Juni 1992, 311 Seiten, DM 28,-

Kindernothilfe Duisburg (Hrsg.), **Menschen auf der Flucht**; Kindernothilfe Duisburg, Landstr. 180 in 4100 Duisburg 28; April 1992, 26 Seiten

Jürgen Heinrichs, **Familienplanung international**; Gerd J. Holtzmeyer Verlag, Weizenbleck in 3300 Braunschweig; Juni 1992, 157 Seiten, DM 26,-

Lothar Hertzfeld (Hrsg.), **Die Sowjetunion, Zerfall eines Imperiums**; Verlag für Interkulturelle Kommunikation; Postfach 900965 in 6000 Frankfurt 90; Mai 1992, 333 Seiten, DM 39,80

Ekkehard Launer, **Datenbuch Süd Nord**; Lamuv Verlag, Düstere Str. 3 in 3400 Göttingen; Juni 1992, 242 Seiten, DM 16,80

Eduardo Galeano, **Von der Notwendigkeit Augen am Hinterkopf zu haben**; Peter Hammer Verlag, Postfach 200415 in 5600 Wuppertal 2; Juni 1992, 196 Seiten, DM 19,80

Volksmund e.V. (Hrsg.), **Aus Ernährungsgeschichte(n) lernen: Was hat die Kartoffel mit 500 Jahren Kolonialisierung Lateinamerikas zu tun?;** Bezug: Pax-Christi Mannheim c/o Lenninger Bellenstr. 47 in 6800 Mannheim; 1992, 52 Seiten, DM 8,-

EIRENE (Hrsg.), **Bauern lernen von Bauern**; EIRENE, Engerserstr. 74b in 5450 Neuwied 1; 1992, 40 Seiten, DM 6,-

Der andere Buchladen, Köln, Informationsstelle Lateinamerika, Bonn (Hrsg.), **Bücher zu Lateinamerika. Gesamtverzeichnis 1992**; Edition der Andere Buchladen, Köln, Zülpicherstr. 197 in 5000 Köln 41; 1992, 282 Seiten

DELTA - Zeitschrift für Essayistik und Dichtung Doppelheft Nr. 10, **Raíces y Alas, Neue Literatur aus Spanien und Lateinamerika**; Edition DELTA, Obere Waiblingerstr. 156 in 7000 Stuttgart 50; Ende 1991, 100 Seiten, DM 25,-

Wochenschau, Ausgabe Sekundarstufe II, Nr. 3 Mai/Juni 92 **'Multikulturelle Gesellschaft'**. Inhalt: Weltweite Migration/Mulitkulturelle Gesellschaft - Diskussion und Wirklichkeit /Gleichberechtigung - Forderung und Ziel. Einzelheft DM 8,-, Abo DM 59,80
Bezug: Wochenschau-Verlag, Adolf-Damaschke-Str. 103, 6231 Schwalbach

Doppelte Standards bei Lebensmitteln? Zur Pestizidbelastung von Lebensmitteln in Entwicklungsländern.
Seminar von 11.-13.9. in 3257 Springe/Eldagsen. Infos und Anmeldung:
PAN
Gaußstr. 17,
2000 Hamburg 50
Tel.: 040/393978.

Im Slum der unbegrenzten Möglichkeiten - Über Leben und Wirken von Deutschen in Brasilien.
Seminar von 25.-27.9. in Wuppertal. Infos und Anmeldung:
Ökumenische Werkstatt der Vereinigten Ev. Mission,
Missionsstr. 9
5600 Wuppertal 2
Tel.: 0202/82076.

Per Jumbo-Jet zur interkulturellen Begegnung? Studienreisen und entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Fachtagung vom 16.- 18.9.1992 in Schloß Ehringerfeld bei Paderborn. Infos und Anmeldung: Adolf-Grimme-Institut, Projekt NETZWERK MedienBildungKultur, Eduard-Weitsch-Weg 25, 4370 Marl, Tel.: 02365/14034.

500 Jahre Kolonialismus und was wir heute damit zu tun haben.
Bildungsurlaub in Anspach vom 12.-16.10. Infos und Anmeldung (bis 17.8.):
El Pochote Gruppe
c/o Axel Flörke
Pallaswiesenstr. 40
6100 Darmstadt.

Begegnung in der Teilung - Kommunikation ohne Unterwerfung. Das koreanische und das deutsche Beispiel.
Tagung vom 4.-6.9.1992 in Arnoldshain.
Infos und Anmeldung:
Evangelische Akademie Arnoldshain
Martin-Niemöller-Haus
6384 Schmitten 1
Tel.: 06084-400.

Das Ende der Blockfreiheit? Ist die Bewegung der Blockfreien (noch) eine Möglichkeit, Interessen des armen Südens gegenüber dem reichen Norden durchzusetzen? Seminar vom 28.-30.8. in Ammersbek bei Hamburg.
Infos und Anmeldung:
Tagungszentrum Haus am Schüberg
Wulfsdorfer Weg 33
2075 Ammersbek

Weltkaffeehandel vor der Wende?
Das neue Kaffeeabkommen und die Zukunft der Erzeuger. Studienkonferenz am 19.9. in Bensberg.
Infos und Anmeldung:
Thomas-Morus-Akademie
Overather Straße 51- 53
5060 Bergisch-Gladbach 1
Tel.: 02204/408472.

South African Literature.
Konferenz vom 25.-27.9. in Bad Boll.
Infos und Anmeldung
Evangelische Akademie
Akademieweg 11
7325 Bad Boll
Tel.: 07164/790.

Vertiefungsseminare entwicklungspolitisches Grundwissen. Die Seminare wollen Inhalte für entwicklungsbezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit vermitteln und Raum bieten für Informationsaufnahme und gemeinsame Diskussion. Gleichzeitig sollen Methoden der Erwachsenenbildung bekannt gemacht werden. Seminar 1: 21.-24.9. in Mötzow bei Brandenburg. Seminar 2: 23.- 26.11. in Woltersdorf bei Berlin.
Infos und Anmeldung:
INKOTA- Regionalstelle Thüringen
Schillerstraße 9
O-5701 Struth.

Veranstaltungen des Verbandes bi-nationaler Familien und Partnerschaften in Frankfurt: 29.-30.8.: **Unbegleitete minderjährige Flüchtlingskinder** 18.-20.9.: **Einführung in das Ausländerrecht** 25.-27.9.: **Mein Leben ist wie ein fremder Fluß**: lateinamerikanische Frauenleben 25.-27.9. **Anti-Rassismus-Training**
Infos und Anmeldung:
IAF
Kasseler Str. 1a
6000 Frankfurt 90
Tel.: 069/7075087.

Kultur und Psychosoziale Situation in Lateinamerika. Symposium vom 17.-20.9. in Hamburg.
Infos und Anmeldung:
Dr. Horacio Riquelme
Seminar für transkulturelle Psychiatrie
Universität Hamburg
Martinistr. 52
2000 Hamburg 20.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F